

Mitteilungen der Gemeinsamen Kommission
für die Erforschung der jüngeren Geschichte der
deutsch-russischen Beziehungen

Mitteilungen der
Gemeinsamen Kommission
für die Erforschung
der jüngeren Geschichte der
deutsch-russischen Beziehungen

Herausgegeben im Auftrag

der Gemeinsamen Kommission

von Horst Möller und Aleksandr Čubar'jan

R. Oldenbourg Verlag München 2008

Das Projekt wurde unterstützt durch die Gemeinsame Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen und gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums des Innern.

Für die inhaltlichen Aussagen der namentlich gezeichneten Beiträge tragen die jeweiligen Autoren die Verantwortung.

Redaktion

in Deutschland: Jürgen Zarusky, Verena Brunel, Yuliya von Saal
in Kooperation mit dem deutschen Sekretariat der Gemeinsamen Kommission
(Eberhard Kuhrt, Gudrun Schneider-Farschid)
in Russland: Viktor Iščenko, Sergej Slutsch

Band I der „Mitteilungen“ ist nicht über den Buchhandel, sondern nur über das Deutsche Sekretariat der Gemeinsamen Kommission (siehe Kontakte) zu beziehen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Die elektronische Ausgabe dieser Publikation erscheint seit August 2023 open access.

ISBN: 978-3-486-58146-1

e-ISBN (PDF) 978-3-11-133575-9

DOI <https://doi.org/10.1515/9783111335759>



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung 4.0 International Lizenz. Weitere Informationen finden Sie unter <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/>

Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z.B. Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

© 2008 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht).

Satz: Kraus PrePrint, Landsberg am Lech

Druck und Bindung: Humbach & Nemazal, Pfaffenhofen/Ilm

Inhalt

Horst Möller, Aleksandr Čubar'jan

Vorwort	IX
---------------	----

I. Die Sowjetunion und Deutschlands Vereinigung

Beiträge des internationalen Kolloquiums der Kommission, Moskau 2003

Anatolij S. Černjaev

Michail Gorbachev und die deutsche Frage	2
--	---

Aleksej M. Filitov

Die deutsche Vereinigung und die sowjetische Politik	18
--	----

Horst Möller

Die Vereinigten Staaten und die deutsche Wiedervereinigung	38
--	----

Igor' F. Maksimyčev

Der Zusammenbruch der DDR – Blick aus dem Fenster der sowjetischen Botschaft Unter den Linden	50
--	----

Nikolaj S. Portugalov

Zwei Pläne für die deutsche Einheit	74
---	----

Ivan N. Kuz'min

Kurzer Abriss der innenpolitischen Entwicklung in der DDR von 1955 bis zur deutschen Vereinigung	82
---	----

Bernd Faulenbach

Zur Verschränkung von politisch-gesellschaftlichen Prozessen und internationaler Politik 1989/90	102
---	-----

Boris V. Petelin

Die CDU/CSU und die Vereinigung Deutschlands – Zur Rolle der Deutschlandpolitik in den Jahren 1989/90	109
--	-----

Klaus Hildebrand

Deutsche Einheit 1989/90: Wiedervereinigung und Staatenwelt – Betrachtungen über Stand, Probleme und Perspektiven der Forschung	125
--	-----

Aleksandr I. Boroznjak

Die Vereinigung Deutschlands im Schrifttum der russischen Historiographie ..	142
--	-----

II. Resistenz, Opposition, Widerstand im Diktaturenvergleich

Beiträge des internationalen Kolloquiums der Kommission, München 2004

Gilbert Merlio

Widerstand, Opposition und Resistenz im Nationalsozialismus und in der DDR – Überlegungen zur Begrifflichkeit in vergleichender Absicht 150

Hartmut Mehringer

Deutscher Widerstand und Exil – Das Verhältnis von Widerstand und deutscher Emigration, insbesondere in die Sowjetunion 159

Hermann Graml

Anfänge und Entwicklung der Militäropposition gegen Hitler 169

Hans Mommsen

Gesellschaftsbild und Verfassungspläne im deutschen Widerstand gegen Hitler . 178

Aleksandr I. Boroznjak

Widerstand gegen den Nationalsozialismus im Spiegel der sowjetischen und russischen Geschichtswissenschaft 187

Jürgen Zarusky

Russische und deutsche Sozialdemokraten in Widerstand und Exil – Wege des Antitotalitarismus 198

Aleksandr Šubin

Der Kampf gegen den Totalitarismus in Russland: Etappen und Probleme 206

Marlen Korallov

Der letzte Brief – und ein P.S. nach 33 Jahren 225

Denis Fomin-Nilov

Intellektuelle gegen den Totalitarismus in der UdSSR der 30er Jahre 252

Hermann Weber

Opposition des „dritten Weges“ 261

Ehrhart Neubert

Ein Vergleich zwischen dem Widerstand in den fünfziger Jahren und der Opposition in den achtziger Jahren 266

Marianne Birthler

Oppositionelle Gruppen in der DDR der 80er Jahre und ihre Rolle in der friedlichen Revolution 274

Torsten Diedrich

Für Demokratie und Menschenrechte: Der Volksaufstand 1953 in der DDR . . . 282

Bernd Faulenbach

Opposition und Widerstand im dreifachen Diktaturenvergleich – Anmerkungen zu den Möglichkeiten und Grenzen komparatistischer Ansätze	289
--	-----

III. Von der Kommission geförderte Projekte

Forschung und Quellenedition

Werner Link

Die deutsch-sowjetischen Beziehungen zwischen Moskauer Vertrag (1970) und Wiedervereinigung	298
---	-----

Helmut Altrichter, Lilia Antipow

Schlüsseldokumente zur russischen und zur deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts im Internet	343
---	-----

IV. Grundlagen der Kommissionsarbeit

Schreiben des Innenministers der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Wolfgang Schäuble, an den deutschen Co-Vorsitzenden der Kommission	386
---	-----

Die Mitglieder der Kommission in der zweiten Arbeitsperiode	387
---	-----

Die Autoren dieses Bandes	389
-------------------------------------	-----

Kontakte	390
--------------------	-----

Vorwort

Ein weiterer – mittlerweile der dritte – Band der Mitteilungen der Gemeinsamen Kommission zur Erforschung der neueren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen liegt nun dem Leser vor. Seine Besonderheit liegt darin, dass er – neben den Informationen über die Arbeit der Kommission – Material zweier von ihr organisierter wissenschaftlicher Kolloquien enthält. Es handelt sich dabei zum einen um das im Jahr 2003 in Moskau durchgeführte Kolloquium zum Thema „Die Sowjetunion und Deutschlands Vereinigung“, zum anderen um das Kolloquium „Resistenz, Opposition, Widerstand im Diktaturenvergleich“, das 2004 in München stattgefunden hat.

Es hat sich gezeigt, dass die Tätigkeit der Kommission dann besonders viel Beachtung findet, wenn sie sich bei ihren Tagungen Themen zuwendet, die nicht nur aus wissenschaftlicher Sicht aktuell erscheinen bzw. wenig erforschte Aspekte der Geschichte beleuchten, sondern auch auf das Interesse der breiten Öffentlichkeit und der Massenmedien stoßen. Die in den Jahren 2003 und 2004 durchgeführten Kolloquien bilden dafür eine Bestätigung. Die Tagung zum Thema „Die Sowjetunion und Deutschlands Vereinigung“ sorgte für einen vollen Sitzungssaal am Tagungsort, der Diplomatischen Akademie des Außenministeriums der Russischen Föderation, und stieß äußerst interessante Diskussionen an. Besondere Bedeutung erlangte die Veranstaltung aufgrund der Tatsache, dass hier nicht nur Wissenschaftler einen Vorgang der – nach historischen Maßstäben – jüngeren Vergangenheit analysierten, der zu den wichtigsten Ereignissen der europäischen Geschichte der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gehört, sondern auch einige der unmittelbar an den Vorgängen Beteiligten referierten, die damals Gelegenheit hatten, auf die eine oder andere Weise die politischen Entscheidungen zu beeinflussen.

Von nicht geringerer gesellschaftlicher Relevanz war der Gegenstand des im Jahre 2004 in München abgehaltenen Kolloquiums. Er betrifft unmittelbar eine bedeutsame gesellschaftliche Problematik, die für Länder, die im Lauf ihrer Geschichte autoritäre und totalitäre Regime durchleben mussten, nach wie vor äußerst aktuell ist. Hier gerät die Frage der Bildung und der Entwicklung von Zivilgesellschaften in den Blick. Sowohl in Deutschland als auch in Russland bleibt trotz unterschiedlicher Verfassungs- und Gesellschaftsmodelle das Thema der Zivilgesellschaft aktuell.

Werfen wir einen Blick in die Vergangenheit, so besteht keinerlei Zweifel daran, dass die Erscheinungsformen von Opposition und Widerstand gegen Autoritarismus und Diktatur in der Geschichte unserer beiden Länder im 20. Jahrhundert zu den bedeutsamsten Indikatoren dafür gehören, dass auch unter den Bedingungen eines ständig von Repressionsorganen wie Gestapo oder NKWD kontrollierten Lebens sowohl bei den Deutschen als auch bei den Russen Elemente eines zivilgesellschaftlichen Selbstverständnisses und bürgerlichen Verantwortungsgefühls vorhanden waren, ohne die die spätere Wende hin zu Zivilgesellschaft und Demokratie nicht möglich gewesen wäre.

Darüber hinaus ermöglichte es die konkrete Betrachtung der Geschichte von Opposition und Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime in Deutschland, gegen den Stalin'schen Totalitarismus und den sowjetischen kommandobürokratischen Autoritarismus, den Teilnehmern des Kolloquiums, wichtige methodologische Fragen hinsichtlich

des Wesens von Totalitarismus und Autoritarismus in ihrer Gesamtheit aufzugreifen und ihre aktuellen Interpretationen zu analysieren.

Aus verschiedenen Gründen stieß bisher das zeitnahe Erscheinen der Mitteilungen der Kommission auf Schwierigkeiten, die aber nun beseitigt sind, da die Verlagsfrage endgültig geklärt ist und die Kommission ein festes Redaktionsteam der „Mitteilungen“ gebildet hat, dem deutsche und russische Vertreter angehören.

Die Gemeinsame Kommission dankt den verschiedenen Regierungsorganisationen beider Länder sowie der Leitung der Russländischen Akademie der Wissenschaften für die Unterstützung ihrer Arbeit – insbesondere dem Präsidenten der Russländischen Föderation Vladimir Putin und der Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland Angela Merkel, die ihre hohe Schirmherrschaft über die Tätigkeit der Kommission bekräftigt haben.

Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Horst Möller
(Deutscher Co-Vorsitzender)

Prof. Dr. Aleksandr O. Čubar'jan
(Akademienmitglied, Russischer Co-Vorsitzender)

I. Die Sowjetunion und Deutschlands Vereinigung

Beiträge des internationalen Kolloquiums der Kommission

Moskau, 26. September 2003

Anatolij S. Černjaev

Michail Gorbačev und die deutsche Frage

Dass Deutschland irgendwann wieder Deutschland werden würde, ist von kaum jemandem bezweifelt worden. Unter den Bedingungen des Kalten Krieges wurde jedoch von den politischen Kräften – sowohl im Westen als auch im Osten – alles unternommen, damit es nicht dazu kam. Mit Ausnahme vielleicht der deutschen Sozialdemokraten.

Die Tatsache, dass die Vereinigung gerade zum damaligen Zeitpunkt und gerade auf diese Art und Weise zustande kam, hängt mit dem Erscheinen Michail Gorbačevs in der UdSSR und auf dem internationalen Parkett zusammen. Diese Feststellung erscheint recht banal. Es gibt allerdings bis zum heutigen Tag Menschen, die der Ansicht sind, dass Gorbačev für dieses Ereignis nicht unbedingt notwendig war. Was waren die Gründe, warum gerade er hier eine Schlüsselrolle spielte, und worin bestanden seine persönlichen Motive? Davon erzählt er in seinem neuen Buch.¹ Ich sehe meine Aufgabe darin, die Motive Gorbačevs zu erläutern und ihn dabei nahe der Macht, aber etwas entfernt zu betrachten.

Eine der Voraussetzungen für die Deutschland-Politik Gorbačevs bildete eine rein persönliche Eigenschaft: Soweit ich ihn kenne, betrachtete er die Trennung einer großen Nation auf immer und ewig als unnatürlich, als eine Art Bestrafung dafür, was Hitler und der Nationalsozialismus angerichtet hatten.

Eine weitere Voraussetzung ist in den staatlichen und nationalen Interessen des eigenen Landes zu suchen. Als Gorbačev 1985 die Führung der UdSSR übernahm, war das Land bereits langsam in eine Krise mit schwersten Folgen hineingeraten: Dies wurde ihm und seinen Kollegen klar, sobald sie über die Sachlage voll informiert waren. Um einen rettenden Umschwung in der Entwicklung des Landes herbeizuführen, verordnete Gorbačev die Perestroika. Für eine grundlegende Neuordnung, einen Umbau, wurden Ressourcen benötigt. Diese konnten in den 80er Jahren aus keinem anderen Bereich als aus dem militärisch-industriellen Komplex entnommen werden. Daraus ergab sich die Notwendigkeit, das Wettrüsten einzustellen und neue, nicht auf Konfrontation ausgerichtete Beziehungen mit der Außenwelt aufzubauen, anders ausgedrückt – den Kalten Krieg zu beenden.

Dies erforderte vor allem eine grundlegende Umgestaltung der Beziehungen mit Amerika, die ohne Europa nicht möglich war. Im Zentrum Europas jedoch – sowohl geographisch, als auch wirtschaftlich und politisch gesehen – befand sich Deutschland, genauer gesagt die BRD und die DDR. Und gerade dort, zwischen diesen Ländern, verlief die Hauptfront des „Kalten Krieges“. Darüber hinaus war das eine Deutschland der wich-

¹ *Michail Gorbatschow* [Gorbačev], *Wie es war. Die deutsche Wiedervereinigung*, München 2000.

tigste Wirtschaftspartner der UdSSR in der kapitalistischen Welt, das andere in der „sozialistischen“ Welt. *Daher war die „deutsche Frage“ der Schlüssel zur Schaffung der für die Perestroika erforderlichen äußeren Bedingungen.*

So sah die objektive Logik aus, mit der sich Gorbačev konfrontiert sah und nach der er seine Politik auszurichten hatte. In der Realität war alles natürlich viel konkreter, komplizierter, verwickelter. Und es hat sich bei Weitem nicht alles so klar dargestellt, wie ich es jetzt geschildert habe. Als er Generalsekretär des ZK der KPdSU wurde, nahm Gorbačev, wie er sich gerne ausdrückte, „auch die deutsche Frage in Angriff“. Zunächst lief dies hauptsächlich auf die Beziehungen zur DDR hinaus und bewegte sich in der Regel in den Bahnen der Suche nach einer neuen Rolle der UdSSR in der „sozialistischen Staatengemeinschaft“, im Warschauer Pakt und im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW).

Gorbačev schickte sich allerdings nicht an, die „Perestroika“ im gesamten „sozialistischen Lager“ anzuführen. Nach meinen Beobachtungen kam bei ihm zunächst unerschwinglich, dann auch bewusst sehr bald das Gefühl der Bürde auf, hier die „führende und richtungweisende Kraft“ zu sein. Dies stand ihm bei der Entfaltung der Politik des „neuen Denkens“ im Hinblick auf das notwendige Vertrauen im Wege.

Worauf er natürlich setzte, waren die „Freunde“ (so wurden die regierenden kommunistischen Parteien bezeichnet), „die ihn verstehen werden“ und bei sich zu Hause den Versuch unternehmen würden, etwas zu verändern. Gleich beim ersten Treffen mit den führenden Repräsentanten der Länder des Warschauer Pakts während der Trauerfeierlichkeiten für Konstantin Černenko erklärte er ihnen: „Jetzt sind alle gleich“, niemand würde den anderen wie im Kindergarten an der Hand führen, jeder sei seinem eigenen Volk und seiner eigenen Partei verantwortlich. Ab jetzt würde er keinerlei Einmischung mehr zulassen. Damit gab er zu verstehen, dass ein Schlusstrich unter die „Breznev-Doktrin“ gezogen worden sei. Dies wurde zustimmend aufgenommen. Sehr bald jedoch traten Schwierigkeiten auf, zunächst in den Wirtschaftsbeziehungen, da sich die Frage der „Gleichheit“ auch beim Verkauf des sowjetischen Erdöls und anderer Rohstoffe stellte. Später – in dem Maße, in dem Gorbačev die Art und Weise der Umsetzung der „Sowjetmacht“ in der UdSSR zu verändern begann – entstanden ideologische Verdachtsmomente: Bedrohen diese Neuerungen die „Grundpfeiler des Sozialismus“ nicht überall, wird er nicht den sowjetischen Deckmantel für die Herrschaft der „Freunde“ bei ihnen zu Hause entfernen?

Bezeichnend sind die Beobachtungen des Vorsitzenden der Deutschen Kommunistischen Partei, Herbert Mies, die er mit Gorbačev während des 27. Parteitag der KPdSU (im Februar 1986) erörterte:

„Ich habe hier [in Moskau] mit Honecker gesprochen. Er hört sich mit großem Interesse alles an, was auf eurem Parteitag gesagt wird. Aber ich spüre bei ihm eine gewisse geheime Furcht. Denn alle DDR-Bürger werden dein Referat lesen, dann werden sie Honeckers Referat auf dem Parteitag der SED hören. Sie werden vergleichen. Und Honecker spürt anscheinend, dass ein solcher Vergleich eine gewisse Gefahr in sich birgt.“

Nach dem April-Plenum des ZK eurer Partei war ich in der DDR. Damals erhielt das ZK der SED viele Briefe mit Fragen: Sollten nicht auch wir an die Probleme so herangehen wie die KPdSU? Die Führung antwortete auf nicht öffentlichen Aktivtagungen: Nein, im Großen und Ganzen nicht, obwohl ein neues Herangehen an einzelne Fragen gefunden werden muss.“²

² Ebd., S. 60–61.

Während meiner Arbeit bei Gorbachev kam ich mit dem „deutschen Problem“ erstmals anlässlich eines Gesprächs mit ihm über ein Telegramm unseres Botschafters in Berlin (31. März 1986) in Berührung. Dieser gab eine Empfehlung ab, wie man in Bezug auf Honecker am besten vorgehen solle. Ich hatte dazu folgende Meinung: Der Botschafter stiftet Argwohn und zählt die Gefahren der „deutsch-deutschen“ Beziehungen auf, wobei er übertreibt. Im Telegramm fand sich jedoch nicht eine einzige Idee dahingehend, wie sich der Botschafter die weitere Entwicklung unserer Beziehungen mit den Deutschen *auf lange Sicht* vorstellte und wie wir unsere Politik hinsichtlich dieser Perspektive gestalten sollten. Gorbachev schaute mich aufmerksam an: „Was meinst du damit?“ – „Na ... die Perspektive ...“ – „Na ja, wir werden sehen.“

Gorbachev befasste sich mit dem deutschen Problem im Kontext *seiner gesamten europäischen und internationalen Politik*. Wie bereits erwähnt, richtete er sein Hauptaugenmerk in der ersten Zeit auf Amerika. Er ging davon aus, dass man einen für die UdSSR günstigen Umschwung in der internationalen Situation erzielen könne, wenn man seine Anstrengungen auf einen Punkt konzentrierte – nämlich auf die Beendigung des Wettrüstens sowie auf atomare Abrüstung. Aus diesem Grund waren die Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA von zentraler Bedeutung.

Nach dem Treffen mit Präsident Ronald Reagan in Reykjavik im Oktober 1986 hatte er jedoch erkannt, dass sogar allein diese Aufgabe ohne Europa nicht zu lösen war. Den Impuls für grundsätzliche Überlegungen zu diesem Thema gab sein außergewöhnliches Treffen mit der britischen Premierministerin Margaret Thatcher im April 1987, dessen Ergebnisse im Politbüro ausführlich erörtert wurden. Damals sagte Gorbachev:

„Unsere Europa-Arbeit muss umfassend geplant werden. Wir sollten eine Umgruppierung der wissenschaftlichen Kräfte vornehmen, vielleicht ein Zentrum für europäische Forschungen einrichten. Und denkt daran: Westeuropa ist unser wichtigster Partner. Ohne Europa werden wir die Sache nirgends richtig voranbringen.“

Die für uns wesentliche Schlussfolgerung besteht darin, dass Thatcher in den internationalen Beziehungen Vertrauen an erste Stelle setzt. Sie hat sehr vehement aufgezeigt, dass die UdSSR das in sie gesetzte Vertrauen unterminiert hat: ‚Wir glauben Ihnen nicht‘, wiederholte sie die ganze Zeit. ‚Sie machen sich ihre Entscheidungen sehr leicht – einmal zu Ungarn, dann zur Tschechoslowakei, dann zu Afghanistan. Es kam uns nicht einmal in den Sinn, dass Sie 1968 in die Tschechoslowakei einmarschieren könnten. Sie sind aber einmarschiert. Sie haben Truppen nach Afghanistan entsandt. Wir haben Angst vor Ihnen. Wir haben Sie gewarnt, welche Wendung es für Europa, für das Vertrauen Europas Ihnen gegenüber nehmen würde, wenn Sie die ‚SS-20‘ aufstellen. Und Sie haben die Raketen aufgestellt.‘

Das heißt, Genossen, dieses Gefühl sitzt im Westen tief. Und im Wettrüsten operiert, was ihn betrifft, nicht nur der Faktor des ständig auf neue finanzielle Mittel angewiesenen militärisch-industriellen Komplexes, sondern auch noch etwas anderes – die Furcht vor der Sowjetunion.“

Diese Angst zu nehmen, das „Feindbild“ in den Vorstellungen über die Sowjetunion zu zerschlagen – an diese Aufgabe erinnerte Gorbachev ständig sowohl die Propagandachefs als auch die Diplomaten und alle, die mit internationalen Angelegenheiten befasst waren. Wir waren doch tatsächlich der Meinung, dass die „gesamte progressive Menschheit“ (so einen bequemen Terminus gab es!) für uns war, dass die Mehrheit der einfachen Menschen uns als friedliebendes Land, als Friedensfaktor empfand. Als wir jedoch die Situation analysierten, stellte sich heraus, dass es keineswegs so war!

Die Marschrichtung zur Beendigung der Konfrontation wurde im Zuge eines beispiellos offenen, persönlichen Dialogs mit dem Westen und wachsenden gegenseitigen Vertrauens – der beiden neuen Qualitäten und neuen Faktoren in der Weltpolitik – Schritt für Schritt ausgearbeitet. Auf dieser Grundlage stellte man auch die Philosophie des „neuen Denkens“ auf den Prüfstand. In mehr oder weniger konzentrierter Form wurde sie von Gorbačev in seiner Rede vor der UNO-Vollversammlung im Dezember 1988 formuliert. Es war, als würde er hier vor der gesamten Welt sein Credo ablegen, das sich von der ideologischen Plattform seiner Vorgänger grundlegend unterschied. Dieser Umstand darf bei der Betrachtung der Vereinigung Deutschlands keinesfalls unberücksichtigt bleiben.

Das Auftreten und die Ideen des führenden Repräsentanten einer der Supermächte beeinflussten die Geisteshaltungen nicht nur im Westen, sondern – in noch stärkerem Maße – auch in den osteuropäischen Ländern. Besonders in der DDR – umso mehr, als dort der Widerhall der sowjetischen Perestroika auf scharfe Ablehnung seitens der Regierenden stieß. In den einander gegenüberstehenden Lagern der internationalen Gemeinschaft entstand ein gegenläufiger Strom. Dies gestattete Gorbačev, auch in Richtung Deutschland entschiedener zu handeln.

Ich werde nicht alle wichtigen Momente nennen, in denen sich Gorbačev mit der „deutschen Frage“ vertraut machte. Man kann sie in gewisser Weise an seinen Kontakten zu Politikern aus beiden deutschen Staaten im Laufe der Jahre 1986 bis 1988 festmachen: Hans-Dietrich Genscher, Franz-Josef Strauß, Richard von Weizsäcker, Erich Honecker, Herbert Mies, Willy Brandt, Johannes Rau, Hans-Jochen Vogel, Theo Waigel, Egon Bahr, Helmut Kohl usw. Mit den Deutschen traf er sich häufiger als mit irgendjemand anderem. Einige Angaben zur Veranschaulichung der für das Thema dieses Artikels wichtigsten Gespräche mit den Deutschen seien hier angeführt.

Als der Bundespräsident der BRD, Richard von Weizsäcker, im Gespräch mit Gorbačev (Juni 1987, Moskau) von allgemeinen philosophischen Betrachtungen zur deutschen Frage überging, reagierte Gorbačev wie folgt:

„Aufgabe eines jeden Staates, besonders in Europa, ist es, einen Beitrag zur Erhaltung des Friedens und zur Sicherheit zu leisten. Das gilt auch für die beiden deutschen Staaten. Was mit ihnen in hundert Jahren sein wird, *wird die Geschichte entscheiden* [Hervorhebung A. Č.]. Keine andere Haltung ist akzeptabel. [...] Darüber muss absolute Klarheit herrschen.

Heute sind die beiden deutschen Staaten eine Realität, und davon müssen wir ausgehen. Realität sind auch der Moskauer Vertrag [vom 12. August 1970, A. Č.], Ihre Verträge mit Polen und der Tschechoslowakei, mit der DDR sowie mit anderen Staaten. Auf dieser Grundlage ist eine effektive Entwicklung politischer, wirtschaftlicher, kultureller und menschlicher Kontakte möglich. [...] Die Sowjetunion achtet die Nachkriegsrealitäten, achtet das deutsche Volk in der Bundesrepublik und die Deutschen in der DDR. Wir beabsichtigen, auf der Basis dieser Realitäten auch in Zukunft unsere Beziehungen zu gestalten. *Die Geschichte wird zu gegebener Zeit ihr Urteil sprechen* [Hervorhebung A. Č.].“³

Die Geschichte, das wissen wir jetzt, hat ihr Urteil bedeutend früher gesprochen als nach hundert Jahren. *Wichtig ist aber etwas anderes: Gorbačev hat die Wiedervereinigung Deutschlands nicht ausgeschlossen.* Und das Signal wurde aufgenommen. Da ich ihn kenne, kann ich behaupten, dass er bereits damals in seinem Innersten davon überzeugt war, dass es ohne die Lösung der deutschen Frage und ohne die Wiederherstellung der historisch

³ Ebd., S. 64.

bedingten normalen Beziehungen zwischen den beiden großen Völkern – den Russen und den Deutschen – weder in Europa, noch in der Welt zu einer Genesung kommen würde.

Bezeichnend ist auch, dass Gorbačev es unterließ, die Einheit der deutschen Nation zu widerlegen und mit Weizsäcker nicht einmal darüber zu diskutieren begann, obwohl der Bundespräsident der BRD mehrere Male versucht hatte, ihn in eine Debatte zu verwickeln. Gorbačev ließ sich nicht auf das Problem ein. Er zeigte keinerlei „Solidarität“ mit Honecker in Bezug auf zwei deutsche Staaten, unterließ es aber auch, ihm „ein Bein zu stellen“. Zur Illustration der damaligen Stimmung in der sowjetischen Führungsspitze hinsichtlich des Deutschland-Problems ist die folgende Episode des Weizsäcker-Besuches interessant.

Als Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR gab Andrej Gromyko für den Bundespräsidenten der BRD ein offizielles Mittagessen, in dessen Verlauf Tischreden gehalten wurden. Die Rede Weizsäckers – schließlich ist er ein Deutscher! – erwies sich als doppelt so lang wie die Gromykos. Dieser wies Julij Kvicinskij (den Botschafter in der BRD) an, die Rede auf „gleiche Länge“ zu kürzen, natürlich auf Kosten der Passagen, die, laut Gromyko, „den Sowjetmenschen nicht gefallen werden“: zu Kant in Königsberg, zum einheitlichen deutschen Bewusstsein, dass unter Freiheit auch die Besuchsfreiheit zu verstehen sei (eine Anspielung auf die Berliner Mauer) usw. – alles das, was für Weizsäcker wahrscheinlich am wichtigsten war, der – als Aristokrat und Intellektueller – darum bemüht war, diese Gedanken mit größtmöglicher Loyalität und höchstem Feingefühl vorzutragen.

In der Tageszeitung „Izvestija“ wurde die Rede mit diesen Kürzungen abgedruckt, worauf die Deutschen begannen, auf allen Kanälen ihrer Verwunderung und Gekränktheit Ausdruck zu verleihen: Ihr habt doch die Glasnost, Thatcher und Chirac wurden ohne Kürzungen gedruckt! Nach einem reichlich albernem Geplänkel wurde in unserer Führungsspitze ein Kompromiss erzielt: Der volle Text der Weizsäcker-Rede wurde in der „Nedelja“ und in den „Moskovskije Novosti“ veröffentlicht, d. h. in nicht amtlichen Presseorganen.

Danach traf Gorbačev zweimal mit Genscher und mehreren anderen der oben genannten deutschen Persönlichkeiten zusammen. Auch gab er dem „Spiegel“ ein Interview. Im Prinzip jedoch verharrte das „deutsche Problem“ weitere eineinhalb Jahre im gleichen Zustand: Zwei deutsche Staaten sind unabänderliche Realität, also lasst uns die Beziehungen nach allen Richtungen hin entwickeln. Das ist sehr wichtig – sowohl für die beiden Länder als auch für Europa und den Helsinki-Prozess – und bezüglich der Vereinigung wird die „Geschichte ihr Urteil sprechen“.

Die Beziehungen zu Deutschland begannen merklich hinter den Beziehungen zu anderen großen und einflussreichen Staaten zurückzubleiben, obwohl Gorbačev mehrfach im Politbüro und generell in seinem Kreis zum Ausdruck brachte, dass es ohne Deutschland keine echte europäische Politik bei uns geben werde. Bremsend wirkte ein beleidigender Vergleich Gorbačevs mit Goebbels (hinsichtlich seiner propagandistischen Fähigkeiten), den sich der Kanzler bereits 1986 in einer öffentlichen Erklärung erlaubt hatte. Und Gorbačev, der die Beziehungen zu England, Italien und den USA forcierte, wollte zugleich „den Deutschen eine Lektion erteilen“ (seine Worte).

Die Zeit forderte jedoch das Ihre. Politik und Wirtschaft der Perestroika verlangten eine Verbesserung der Beziehungen zu Deutschland. Kohl seinerseits startete Versuchsbalkons, die Gorbačev mit einem Schreiben beantwortete. Man einigte sich auf einen Besuch Kohls in Moskau im Oktober 1988. Am Vorabend des Treffens kam es zu einem Gedankenaustausch zwischen Gorbačev und mir. Wir erörterten die Unterlagen für die Verhandlungen und die Persönlichkeit des Kanzlers.

Ich sagte: Die Situation ist meines Erachtens so, dass das Land (die BRD) bereit ist, mit uns weit zu gehen, der Kanzler ist dazu aber nicht bereit. Gorbačev antwortete: Und bei uns ist es genau umgekehrt – die Führung ist dazu bereit, das Land aber nicht. Gut, dass wir uns beide geirrt haben.

Am 28. Oktober 1988 fand im Katharinensaal des Kreml das Gespräch zwischen Gorbačev und Kohl statt, das den Durchbruch brachte. Mit anwesend waren nur Horst Teltschik und ich. Wir, die beiden Berater, saßen da und wechselten Blicke miteinander. Wie ich mich bald überzeugen konnte, handelte es sich bei ihm um einen Mann von Format mit scharfem, praktischem Verstand. In jener Zeit spielte er in der deutschen Politik – und insbesondere für die deutsch-sowjetische Annäherung – eine große Rolle. Unsere Presse und die Leute aus dem sowjetischen Außenministerium zeichneten ein recht „unangenehmes“ Bild von ihm. Tatsächlich stellte sich heraus – wie auch in vielen anderen Fällen –, dass das alles nicht stimmte.

Was haben Teltschik und ich also gesehen? Zwei hochrangige Staatsmänner sprachen miteinander einfach von Mensch zu Mensch. Ein Deutscher und ein Russe – hinter jedem von ihnen stand die dramatische, bedeutende und miteinander verwobene Geschichte zweier großer Völker. Und es gab keinerlei „Klassenstandpunkte“, kein ideologisches „Geplänkel“, überhaupt keine gegensätzlichen Ansichten, keine Spur von Feindseligkeit oder dem Bestreben, den Gesprächspartner „übers Ohr zu hauen“, ihn bezüglich der eigenen Absichten in die Irre zu führen.

Ein weiteres Mal hatte ich Gelegenheit, der Kühnheit und Weitsicht Gorbačevs und seinem bereits beginnenden Bruch mit der offiziellen Ideologie zugunsten des normalen, gesunden Menschenverstandes meine Anerkennung zu zollen. Das Ergebnis dieses Treffens fassten sie mit folgenden, für ein Vieraugengespräch sogar ein wenig pathetischen Worten zusammen:

„M. Gorbačev: [...] Womit beenden wir das Gespräch? Wir haben meiner Meinung nach einen guten persönlichen Kontakt hergestellt und ein ehrliches, offenes Gespräch geführt. Dies ist die Chance für einen Neubeginn.“

H. Kohl: Ich habe einen sehr guten Eindruck. Dies war ein ehrliches, offenes Gespräch. Und dies ist für mich die Hauptsache. Es hat sich wirklich die Chance für einen Neubeginn ergeben. [...]

M. Gorbačev: Ich möchte das Gespräch folgendermaßen abschließen. Ich habe den Eindruck, dass wir vorankommen und in allen Bereichen unserer Beziehungen ein neues Niveau erreichen können.“⁴

In seiner Rede beim anschließenden offiziellen Mittagessen sprach Kohl sowohl das „ge-einte Deutschland“ als auch das Berlin-Problem an. Am Morgen beriet sich Gorbačev mit mir und Valentin Falin (dem damaligen Leiter der Internationalen Abteilung des ZK und späteren Sekretär des ZK der KPdSU, einem bekannten Germanisten und Bot-

⁴ Ebd., S. 74.

schafter in der BRD in den 60er und 70er Jahren), ob man Kohl beim zweiten Gespräch mit ihm deswegen nicht „die Leviten lesen“ sollte? Er beauftragte Falin sogar, etwas aufzuschreiben, „um es nicht zu vergessen ...“ Allerdings hat er nichts von dem, was Falin niedergeschrieben hatte, ausgesprochen. Und später „erklärte“ er uns: „Das musste Kohl doch sagen, um sich seiner Verbündeten und der Unbeherrschten bei sich zu Hause zu erwehren!“ Im Politbüro zog Gorbačev folgendes Resümee des Kohl-Besuchs:

„Noch ist keine Wende eingetreten. Aber es wurde ein starker Impuls für Fortschritte auf diesen wichtigen Gebieten der europäischen Politik und der Weltpolitik gegeben.“⁵

Nach dieser Begegnung zwischen Gorbačev und Kohl begann das gegenseitige Vertrauen schnell zu wachsen und ging bald in eine richtiggehende Freundschaft über, wobei man sich gegenseitig „duzte“. Diese Freundschaft spielte eine ausnehmend wichtige Rolle dabei, dass die Vereinigung Deutschlands ohne „Blut und Eisen“ vonstatten ging.

Häufig werden ich und Gorbačev selbst gefragt: Wann genau (gerade, dass sie nicht nach dem genauen Datum fragen) hat er der Vereinigung Deutschlands zugestimmt? Ein solches Datum gibt es nicht. Es gab eine sich über einen langen Zeitraum erstreckende Annäherung an das Problem im Zuge des „neuen Denkens“. Wesentliche Bedeutung hatte sein BRD-Besuch vom Sommer 1989. Gorbačev überzeugte sich endgültig davon, dass die Westdeutschen überhaupt nicht so waren, wie sie über Jahrzehnte hinweg von der sowjetischen Propaganda, als deren Gefangene sich sogar auch unsere führenden Persönlichkeiten – von Chruščev bis Andropov – erwiesen, dargestellt worden waren.

Selbstverständlich wurden wichtige Verhandlungen mit dem Kanzler, dem Bundespräsidenten der BRD sowie dem Vizekanzler und Außenminister Genscher geführt, der übrigens aktiver als alle anderen westdeutschen Staatsmänner für eine Annäherung an die UdSSR eintrat. Man unterzeichnete ein Dutzend außergewöhnlicher und weitreichender Dokumente, darunter welche zur Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen. In der abschließenden Gemeinsamen Erklärung wurde erstmals vom Recht der Völker auf Selbstbestimmung gesprochen. Damit bestätigte Gorbačev in der Praxis, dass das Prinzip des „neuen Denkens“ – die Wahlfreiheit – für ihn weder Diplomatie noch Demagogie, sondern untrennbarer Bestandteil realer Politik war. Und trotzdem, ich wiederhole es: Die wichtigste Rolle bei der Annäherung Gorbačevs an die „Zustimmung zur Vereinigung“ spielte die Art und Weise, wie ihn die Deutschen aufnahmen – Menschenmassen, die sich aus ganz unterschiedlichen Deutschen zusammensetzten –, und wie er selbst sie überall wahrnahm.

Ein anderer und wohl entscheidender Aspekt war der Zusammenbruch des Honecker-Regimes, von dem sich Gorbačev persönlich überzeugte, als er Anfang Oktober 1989 zum 40. Jahrestag der DDR-Gründung nach Berlin kam. Die Demonstrationen, Kundgebungen und Aufmärsche in Dutzenden von Städten der DDR mit vielen Tausenden, später auch mit Millionen von Teilnehmern, die Forderungen nach Reformen und Freizügigkeit, das Durchbrechen der „Mauer“, die Vertreibung Honeckers und die Selbstauflösung der SED führten zur endgültigen Überzeugung, dass der Drang der Deutschen nach Wiedervereinigung unbezwingbar war.

⁵ Ebd., S. 77.

Von immenser Bedeutung waren der weltweite und europäische Kontext der deutschen Ereignisse. Als Symbol für die grundlegende Veränderung des gesamten internationalen Klimas kann das Treffen der obersten Repräsentanten beider Supermächte, Michail Gorbačev und George Bush, an der maltesischen Küste am 2. Dezember 1989 angesehen werden. Hier gaben sie faktisch die Beendigung des „Kalten Krieges“ bekannt: Sie reichten einander über den Tisch hinweg die Hände und erklärten, dass sie ihre Länder nicht mehr als Gegner betrachteten. Somit war die Stunde „X“ angebrochen, der „Prozess hatte begonnen“, die Geschichte, an die Gorbačev in den Gesprächen mit Genscher, Weizsäcker und Kohl appelliert hatte (die Geschichte, die 1945 ihr Urteil gesprochen habe, hatte er gesagt, möge neu urteilen, wenn die Zeit reif dafür sei), begann rasend schnell voranzuschreiten.

Was das Tempo des Prozesses betrifft, so wurde dieses vom deutschen Volk selbst bestimmt. Bei der Entfaltung seiner nationalen Energie spielte (wie übrigens auch in den „samtenen Revolutionen“ in den anderen Ländern des Warschauer Pakts) die Einsicht – sowohl von Seiten der Politiker, als auch der Bevölkerung – eine nicht geringe Rolle, dass eine sowjetische bewaffnete Einmischung, wie sie in den Jahren 1953, 1956 und 1968 stattgefunden hatte, ausgeschlossen war. Während die Politiker noch nachdachten und über mögliche Formen einer Vereinigung verhandelten, eine Annäherung der beiden deutschen Staaten prognostizierten, die Möglichkeit der anfänglichen Gründung einer Konföderation erwogen und sich mit ihren Verbündeten berieten – von denen bei weitem nicht alle Deutschland geeint sehen wollten –, kurz gesagt, während also die Politiker ihre Arbeit machten, ging das Volk auf die Straße, riss die Berliner Mauer nieder und demonstrierte machtvoll und zielstrebig seinen Willen zur Einheit. Die Deutschen nahmen das Schicksal der Nation in ihre eigenen Hände. Und vielleicht irgendjemand, aber schon nicht mehr Gorbačev, hätte sie daran hindern können.

Vor einigen Jahren sprach Gorbačev, der den Kreml schon lange verlassen hatte, auf einem Platz in Leipzig vor einer großen deutschen Menschenmenge. Man fragte ihn: „Wer, glauben Sie, ist der Hauptheld der Vereinigung – Sie, Kohl, Bush oder jemand anderer?“ Im gleichen Atemzug antwortete er: „Der Hauptheld ist das deutsche Volk und (nach einer Pause) ... das russische Volk.“

Das zuletzt über das russische Volk Gesagte ist äußerst wichtig. Die russischen Menschen, die sowjetischen Menschen nahmen allmählich „Abstand“ vom antideutschen Syndrom, die Wunden des Krieges verheilten, die Erinnerung an die Gefallenen wurde schwächer. Es zeigte sich der versöhnliche Charakter der Russen und ein Gefühl für Gerechtigkeit: Wie lange noch soll man die einfachen Deutschen für die Verbrechen Hitlers bestrafen? Hilfreich war die Annäherung – nicht nur auf politischer Ebene, sondern auch auf der Ebene von Tausenden und Abertausenden von Menschen – an die Ostdeutschen, an die Menschen der DDR. Man lernte sich gegenseitig kennen, knüpfte Freundschaften und berufliche Kontakte zwischen Betriebsangehörigen. In das Alltagsbewusstsein schlich sich allmählich die Empfindung, wie absurd es war, dass es so etwas wie „unsere“ und „nicht unsere“ Deutschen gab. Wem gehören denn Goethe, Schiller, Bach, Beethoven, Schumann, Thomas Mann, Remarque, Humboldt, Planck und andere herausragende Deutsche, mit denen die russische Kultur so vertraut geworden war?! Mit einem Wort, das russische Volk stand einer möglichen Vereinigung Deutschlands ruhig und verständnisvoll gegenüber. Ohne dieses sein – wenn auch stillschweigendes – Einverständnis wäre

auch die Zustimmung Gorbachevs sowie der damaligen sowjetischen Führung wohl kaum möglich gewesen.

Anlässlich des zehnten Jahrestages des Falls der Berliner Mauer stellte die amerikanische Zeitschrift „Newsweek“ Gorbachev einige Fragen, die auf eines hinausliefen: weshalb er nichts unternommen habe, um den Zerfall des Regimes in der DDR zu verhindern und warum er sich der Vereinigung Deutschlands nicht widersetzt habe. Hier seine Antwort (bei uns wurde dieses Interview nicht abgedruckt):

„Sich dem Willen eines Volkes zu widersetzen, um das zum Scheitern verurteilte Regime von Erich Honecker zu retten, wäre hoffnungslos gewesen. Die Anwendung von Gewalt hätte möglicherweise in einem riesigen Blutbad geendet – schließlich hatte der Wunsch nach Vereinigung im Herbst 1989 Millionen von Deutschen erfasst – und zu einer militärischen Konfrontation der Supermächte führen können. Selbst wenn es uns gelungen wäre, dies zu vermeiden, hätte eine Intervention die Umkehrung der Grundprinzipien meiner politischen Philosophie bedeutet. Eine Militäraktion hätte das sich gegenüber dem Westen und den Vereinigten Staaten entwickelnde Vertrauen zerstört und die lebenswichtige wirtschaftliche und politische Unterstützung für die Perestroika aus dem Ausland abgeschnitten. Und sie hätte bedeutet, auf normale Menschen zu schießen, was gegen meine moralischen Prinzipien verstoßen hätte. Der Kalte Krieg wäre wieder aufgenommen und meine politische Position insgesamt diskreditiert worden.“⁶

Dies also waren die Motive des Gorbachev'schen Handelns, die Prinzipien, von denen er sich leiten ließ. Indessen, als führender Repräsentant einer der Supermächte, als Vertreter einer der vier Siegermächte des Zweiten Weltkriegs, die für die deutsche Nachkriegsordnung verantwortlich waren, nahm er ganz unmittelbaren Anteil an der Lösung der internationalen Probleme, die mit der Wiederherstellung der deutschen Einheit verbunden waren.

Anfangs hatte niemand einen Plan. Das Wichtigste war, in der DDR, die sich nach dem Fall der Berliner Mauer als Staat schnell aufzulösen begann, ein Chaos zu verhindern. Im Zuge des häufigen, böswilligen Geredes und der zahlreichen Streitgespräche hinsichtlich der Aktivitäten Gorbachevs in der Zeit der deutschen Vereinigung, wird ihm Inkonsequenz vorgeworfen und dass er sich selbst widersprochen habe. Den einen habe er dieses gesagt, den anderen – nicht genau das Gleiche. Ich allerdings befürchte, dass, wäre Gorbachev durchgehend konsequent gewesen – so, wie ihn seine Opponenten und Gegner gerne gesehen hätten – und hätte stur an seinen einmal irgendjemandem gegenüber geäußerten Worten festgehalten, ohne sich um den Gang der Ereignisse zu kümmern, über Europa ein großes Unglück hereingebrochen wäre.

Im Oktober/November 1989 ging Gorbachev davon aus, dass die DDR imstande sein werde, sich nach einer Radikalreform über einen mehr oder weniger langen Zeitraum hinweg zu halten, indem sie sich der BRD annäherte. Eine Zeit lang waren sowohl Kohl, als auch Genscher seiner Meinung. *Übrigens hat Kohl, als er Gorbachev einen Tag nach dem Fall der Mauer anrief, ihm „zum Beginn der Reformen in der DDR“ gratuliert, die sehr spät gekommen seien. Und nicht mehr!*

Von diesem Standpunkt aus verhandelte Gorbachev mit Egon Krenz und Hans Modrow, die Erich Honecker ablösten, und sicherte ihnen seine Unterstützung und Solidarität zu. Am 2. Dezember 1989 spricht er in Malta mit Bush jedoch bereits darüber, ob ein vereinigtes (!) Deutschland in der NATO verbleiben würde, und bringt erstmals

⁶ *Mikhail Gorbachev, Doomed to Disappear*, in: Newsweek, 8. November 1999.

die Idee einer „Neutralisierung“ ins Spiel. Dies freilich mit dem Vorbehalt, dass es noch zu früh sei, diese Frage offiziell zu erörtern. Und drei Tage später in Moskau kommt es zwischen ihm und Genscher buchstäblich zu einem Eklat wegen der „Zehn Punkte“, die der Kanzler – für ihn unerwartet – im Bundestag vorgetragen hatte. Der Hauptvorwurf lautet: Anschlag auf die Souveränität der DDR, Einmischung in deren innere Angelegenheiten, Kurs auf eine Konföderation. Anfang Dezember 1989 erklärt Gorbačev nach einer Begegnung mit dem französischen Präsidenten François Mitterrand in Kiew seinem Gesprächspartner:

„Mehr als die Hälfte der Einwohner der DDR wollen ihr Land in seiner derzeitigen Form erhalten, indem sie seine politische Struktur verändern, die Demokratie ausbauen usw. Sie stellen sich die Beziehungen zwischen der DDR und der BRD als Beziehungen zwischen zwei souveränen Staaten vor.“

Ende Januar 1990 gehen bei einer Beratung im engsten Kreis im Arbeitszimmer Gorbačevs im ZK der KPdSU alle Gesprächsteilnehmer davon aus, dass das Schicksal der DDR besiegelt sei, dass sich der Staat dort bereits aufgelöst habe.⁷ Man erteilt der Idee der „Sechsergruppe“ (4+2; 2+4)⁸ seine Zustimmung, die dazu aufgerufen ist, die Beziehungen der Siegermächte zu einem bereits im Wesentlichen geeinten und völlig souveränen Deutschland festzulegen. Und hier erteilt Gorbačev Marschall Sergej Achromeev auch die Weisung, den Abzug der Truppen aus Ostdeutschland vorzubereiten.

Nur eine Woche später allerdings, am 30. Januar 1990, setzt Gorbačev bei einem Treffen mit Modrow in Moskau die sachliche Erörterung von Fragen der Lebensfähigkeit der DDR und ihrer Zusammenarbeit mit der UdSSR fort. Und das, obwohl Modrow selbst zugibt, dass sich „die überwiegende Mehrheit der gesellschaftlichen Kräfte – von kleinen linken Sekten abgesehen“⁹ auf die eine oder andere Weise mit der Idee der Vereinigung identifiziere. Modrow bittet darum, den Vereinigungsprozess zu bremsen, rät Gorbačev, an die Rechte der UdSSR in Deutschland zu erinnern und gemeinsam mit den anderen Mächten Zurückhaltung zu vereinbaren. Das heißt, er drängt Gorbačev faktisch dazu, das Verlangen der Deutschen nach Vereinigung mit seinen Händen von außen zu unterdrücken. Er lädt Gorbačev zu einem Besuch in die DDR ein. Dieser lehnt ab und beruft sich dabei darauf, dass er erst kürzlich dort gewesen sei und weist mit einer Kopfbewegung auf Nikolaj Ryžkov (den damaligen Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR) – vielleicht wird der fahren.

⁷ Menschenmassen demolieren staatliche Einrichtungen. Offiziere der Nationalen Volksarmee ersuchen um Aufnahme in die Bundeswehr. Es haben 100 Gerichtsprozesse gegen ehemalige Führungskräfte und Funktionäre der SED sowie Regierungsbeamte begonnen. Die gesamte SED-Führung ist gestürzt worden. Einige befinden sich in Haft, darunter auch Honecker. Die regierende Partei hat sich in alle Windrichtungen zerstreut, obwohl Versuche unternommen werden, sie in neuer Eigenschaft und unter neuem Namen zu reanimieren. Die Massenflucht von Ostdeutschen in den Westen – manchmal 3 000 Personen pro Tag – dauert an.

⁸ Mit dieser Formel wurden die UdSSR, die USA, Frankreich und Großbritannien sowie die BRD und die DDR bezeichnet. Die Reihenfolge der Ziffern war später Gegenstand von Diskussionen. Der Vorrang wurde der zweiten Variante eingeräumt, wodurch betont wurde, dass die Deutschen ihre inneren Angelegenheiten selbst lösen und die vier Mächte die äußeren Aspekte der Vereinigung sicherstellen sollten.

⁹ *Gorbatschow*, Wie es war, S. 99.

Gorbačev rät Modrow, konsequent „durchzuhalten“, „nicht den Kopf zu verlieren“, sich auf den Abschluss eines Vertrages mit der BRD über Zusammenarbeit und gute Nachbarschaft mit Bestandteilen einer Konföderation einzustellen und danach „zu konföderativen Strukturen und auf sehr lange Sicht zu einem Zusammenwachsen beider Staaten in einen geeinten Staat überzugehen. [...] Das Wichtigste in diesem Moment“, erklärt er, „ist der Erhalt der staatlichen Souveränität der DDR.“ Übrigens, wie wir gesehen haben, hatte Gorbačev erst kurz zuvor dem Kanzler gezürnt, weil sich dieser in den „Zehn Punkten“ erlaubt hatte, auf eine Konföderation auch nur anzuspüren.

Bei einem Treffen mit dem Kanzler in Moskau am 10. Februar 1990 schien es, als würde Gorbačev – in völligem Widerspruch zu dem, was er zehn Tage zuvor zu Modrow gesagt hatte – mit Kohl Fragen erörtern, die faktisch die Probleme eines geeinten Deutschland betrafen (Zugehörigkeit zur NATO oder Neutralisierung, Grenzen, Beziehungen zu Polen, zur Tschechoslowakei, Kontinuität hinsichtlich der von der DDR geschlossenen Verträge usw.). Hier spricht er die berühmten und entscheidenden Worte: „[...] die Deutschen müssen ihre Wahl selbst treffen. Und sie sollen diesen unseren Standpunkt kennen.“ Kohl, deutlich aufgeregt, hat nachgefragt: „Sie sagen, die Einheit ist Sache der Deutschen?“ – „Ja, im Kontext der Realitäten.“¹⁰ Allerdings wirft er dem Kanzler hier auch vor, dass dieser den Bundestagswahlkampf benutze, um die Vereinigung zu forcieren. Obwohl klar ist, dass der Wahlkampf eine rein deutsche Angelegenheit ist und die Tatsache, wer sich dort wie verhält, Außenstehende nichts angeht.

Was die Form der Vereinigung betrifft, so ist es angebracht, daran zu erinnern, dass die Konzeption einer schrittweisen Annäherung der beiden souveränen deutschen Staaten – über Bestandteile einer Konföderation zu einer vollwertigen Konföderation, danach Umwandlung in eine Föderation und schließlich in einen geeinten Staat – dem Druck von unten abermals nicht standgehalten hat (was durch die Aktivitäten Kohls, der bestrebt war, sämtliche Lorbeeren des „Einigers“ – eines modernen Bismarck – in Empfang zu nehmen, klarerweise beträchtlich befördert wurde).

Gorbačev wird vorgeworfen, er habe sich faktisch damit abgefunden, dass die Vereinigung auf der Grundlage des Artikels 23 des Grundgesetzes erfolgte, die (natürlich auf lange Sicht) einen *Beitritt* „der ostdeutschen Länder“ vorsah. Aber diese Frage wurde doch von den Deutschen selbst entschieden. Bei den Parlamentswahlen in der DDR vom 18. März 1990 siegte die Christlich-Demokratische Union. Und sie siegte mit der Losung: „Vereinigung nach Artikel 23!“ Bei einem Treffen mit Gorbačev am 22. April 1990 beschrieb der neue und letzte Premierminister der DDR, Lothar de Maizière, dies detailliert, mit entsprechendem Zahlenmaterial in der Hand, als den Willen der überwältigenden Mehrheit der DDR-Bürger.

Als „Inkonsequenz“ wird Gorbačev auch sein Verhalten hinsichtlich der Frage des Beitritts eines vereinigten Deutschland zur NATO ausgelegt. Einen Tag bevor Kohl am 10. Februar 1990 ein weiteres Mal in Moskau eintrifft, verteidigt Gorbačev in einem Gespräch mit US-Außenminister James Baker rigoros seine Ablehnung der Zugehörigkeit des vereinigten Deutschland zur NATO. Dies erfolgt allerdings im Kontext einer detaillierten Erörterung des Arbeitsprogramms des „2+4“-Mechanismus, der, wie bereits von mir erwähnt, geschaffen wurde, um die äußeren Aspekte der Vereinigung und die

¹⁰ *Gorbatschow*, Wie es war, S. 108.

Abschaffung jener Verpflichtungen und Einschränkungen zu regeln, die aus der Unterlegenheit Deutschlands in der NATO herrührten.

Das Politbüro instruiert den Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Eduard Ševardnadze, auf der „Zwei-plus-Vier“-Tagung in Bonn, dem Beitritt Deutschlands zur NATO auf keinen Fall zuzustimmen. Dort gelang es nicht, diese Position zu verteidigen – sie war ja auch aussichtslos und widersprach der objektiven Logik des Prozesses: Ist Deutschland erst einmal ein absolut souveräner Staat im völkerrechtlichen Sinn, steht es ihm frei, einem beliebigen Block beizutreten oder nicht.

Von großer Bedeutung war das Argument, dem insbesondere Außenminister Baker Nachdruck verlieh: Der neutrale Status Deutschlands könne zur Wiederholung dessen führen, was sich nach dem Ersten Weltkrieg als Konsequenz des Versailler Vertrages ergeben habe. Ein – wie damals – isoliertes Deutschland könne die Gewährleistung seiner Sicherheit mit Hilfe eigener Atomwaffen anstreben.

Ein wichtiger Faktor im Annäherungsprozess Gorbačevs an die Lösung der Hauptprobleme der Vereinigung war ein weiteres Treffen mit Baker, das am 18. Mai 1990 in Moskau stattfand. Besprochen wurden die wichtigsten Voraussetzungen für eine Befreiung Deutschlands von den ihm im Jahr 1945 in Potsdam auferlegten Verpflichtungen. Deutschland solle seine Streitkräfte – die Bundeswehr – deutlich reduzieren. Die sowjetischen Truppen sollten über einen Zeitraum von drei bis fünf Jahren auf dem Hoheitsgebiet der DDR verbleiben, wobei die Beibehaltung ihrer Finanzierung durch die Deutschen vorgesehen war, was diese übrigens in Bezug auf die westlichen Streitkräfte auf dem Hoheitsgebiet der BRD und in Westberlin nicht taten. Die Kompetenz der NATO sollte während des Übergangszeitraums nicht auf das Hoheitsgebiet Ostdeutschlands ausgedehnt werden. Deutschland sollte für immer darauf verzichten, eigene Atomwaffen und andere Massenvernichtungswaffen zu besitzen. Die NATO wird beginnen, sich von einer vorwiegend militärischen in eine vorwiegend politische Organisation umzuwandeln. Die NATO wird vorschlagen, einen Nichtangriffsvertrag mit dem Warschauer Pakt zu schließen, der übrigens ein Jahr später zu existieren aufhört.¹¹

Trotzdem hegte Gorbačev noch die schwache Hoffnung, dass es gelingen würde, irgendeine andere Formel des militärischen Status eines vereinigten Deutschland durchzusetzen, die keine reine NATO-Formel darstellte. Er schlug insbesondere den Beitritt Deutschlands zu beiden Blöcken vor. Bei seinem Treffen mit Mitterrand am 25. Mai 1990 musste Gorbačev sich allerdings davon überzeugen, dass der französische Präsident ihn nicht unterstützen würde und seinen Versuch, auf seinen Positionen zu beharren, als aussichtslos einstufte. Er argumentierte ungefähr so (ich fasse zusammen, verbürge mich aber für die genau Wiedergabe des Sinns seiner Äußerungen): Die NATO kann etwas

¹¹ Ich halte es für notwendig, an die früheren Zusicherungen Bakers – während seines Moskauer Treffens mit Gorbačev am 9. Februar 1990 – zu erinnern. Ich zitiere aus der stenographischen Mitschrift des Dolmetschers und meiner eigenen: „Wir verstehen, dass nicht nur für die Sowjetunion, sondern auch für die anderen europäischen Länder Garantien wichtig sind, dass, falls die Vereinigten Staaten im Rahmen der NATO ihre Deutschland-Präsenz aufrechterhalten, die Jurisdiktion bzw. die militärische Präsenz der NATO *keinen einzigen Zoll in östlicher Richtung ausgedehnt wird*. Wir sind der Ansicht, dass die Vereinigung Deutschlands nicht zur Ausdehnung der militärischen Organisation der NATO in Richtung Osten führen wird.“ – Archiv der Gorbačev-Stiftung.

sehr Einfaches tun – sie kann beschließen, das geeinte und souveräne Deutschland auf sein Ersuchen hin in die atlantische Allianz aufzunehmen. Er, Mitterrand, würde sich mit seinen Bündnispartnern deshalb auf keinen Konflikt einlassen. Thatcher, obwohl es ihr lieber wäre, wenn es überhaupt kein geeintes Deutschland gäbe, würde sich genauso verhalten. Der französische Präsident fragte:

„Was werden Sie in diesem Fall tun? Mündlich Protest einlegen? Das wäre demütigend und nutzlos. Ihre Truppen in Deutschland belassen? Dann wären Sie Besatzer. Denn ausländische Truppen können sich auf dem Hoheitsgebiet eines souveränen Staates nur auf dessen Bitte hin oder auf Grundlage einer internationalen Vereinbarung aufhalten. Kurz gesagt, was Sie bekommen, ist eine Wiederaufnahme der Konfrontation mit den USA und mit ganz Westeuropa.“

Nach diesem berühmten Gespräch mit Mitterrand musste Gorbatschow sich selbst eingestehen, dass es für ihn, realistisch gesehen, keine Alternative zum Einverständnis mit einer deutschen Mitgliedschaft in der NATO gab.

Am 31. Mai 1990 fährt er zu einem turnusmäßigen sowjetisch-amerikanischen Gipfeltreffen nach Washington. Und dort, nach langen Auseinandersetzungen, einigt er sich mit Bush auf die bekannte Formel. Sie findet sich in den Memoiren Gorbatschows und in seinem Buch „Kak eto bylo“ [Wie es war]. Ich gebe das Wichtigste laut Stenogramm wieder:

„M. Gorbatschow: So werden wir das formulieren: Die Vereinigten Staaten von Amerika und die Sowjetunion sind dafür, dass das vereinigte Deutschland nach einer endgültigen Regelung, welche die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges berücksichtigt, selbst entscheidet, welchem Bündnis es angehören wird.

G. Bush: Ich würde eine etwas andere Fassung vorschlagen: Die USA sind eindeutig für die NATO-Mitgliedschaft des vereinten Deutschland, doch wenn es sich anders entscheidet, werden wir keine Einwände erheben, sondern seine Wahl akzeptieren.

M. Gorbatschow: Einverstanden. Ich akzeptiere Ihre Formulierung.“¹²

Ich wiederhole: Liest man heute die Stenogramme der Gespräche Gorbatschows mit verschiedenen führenden Persönlichkeiten zur deutschen Frage, die eigenen Aufzeichnungen seiner Wortmeldungen im Politbüro und bei anderen Beratungen, der Gespräche mit ihm unter vier Augen oder im Beisein einer weiteren Person, stößt man auf nicht wenige Diskrepanzen zwischen seinen Worten und seinem Vorgehen.

Dahinter steht jedoch eine *Taktik*, die verhindern sollte, dass die Vereinigung Deutschlands all das zunichte macht, was innerhalb von vier Jahren für die Beseitigung des „Kalten Krieges“ und die Einstellung des Wettrüstens, für die Schaffung einer Atmosphäre der politischen Zusammenarbeit mit dem Westen und der für das Land lebensnotwendig gewordenen wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit ihm, getan wurde.

Ich möchte nochmals unterstreichen: Sobald Gorbatschow zur endgültigen Überzeugung gelangt war, dass *der Drang der Deutschen nach Wiedervereinigung unüberwindlich war, dass es sich dabei tatsächlich um eine auf demokratischen Grundsätzen beruhende Volksbewegung handelte und nicht um ein politisches Spiel oder Gefühlswallungen eines unter dem Einfluss westlicher Propaganda stehenden Teils der Jugend*, hat er für sich selbst eine unverrückbare Entscheidung getroffen: die Geschichte, auf die er sich berufen hat, hat ihr

¹² Gorbatschow, Wie es war, S. 138.

Wort gesprochen, und es bleibt nur, ihr dabei zu helfen, dieses Wort in die Tat umzusetzen – *auf friedlichem Weg*.

Man kann Kanzler Kohl vorwerfen, dass er sich zuweilen verstellt hat, zu dick auftrug, die Ereignisse vorantrieb und sie für den Wahlkampf instrumentalisierte. Aber vom historischen (und sogar moralischen) Standpunkt aus gesehen, ist dies ebenso irrelevant wie die äußerlichen Widersprüche in den Aussagen Gorbačevs. Denn das, was sie taten, spiegelte den Willen des deutschen Volkes wider – entsprach den Interessen der Völker der UdSSR, Europas und der Welt. Gorbačev und Kohl beseitigten den wichtigsten Herd des „Kalten Krieges“. Sie schufen einen Präzedenzfall für einen neuen Ansatz zur Lösung weltpolitischer Probleme nach den Kriterien des kommenden Zeitalters.

Nach dem Washingtoner Treffen zwischen Gorbačev und Bush wurde die Frage, ob es ein geeintes Deutschland geben würde oder nicht, von der Tagesordnung der Geschichte genommen. Es blieb nur noch die politische und juristische Ausgestaltung, die binnen drei Monaten in Moskau, Archyz (im Nordkaukasus, der Heimat Gorbačevs) und Bonn vorgenommen wurde. Hier fanden natürlich auch die Probleme der Regulierung der äußeren Aspekte der Vereinigung Deutschlands – über den Mechanismus „2+4“ – Eingang.¹³ Es ist bezeichnend, dass der Kanzler bereits im Juli 1990 den Entwurf eines „Großen Vertrages“ zwischen der UdSSR und dem geeinten Deutschland nach Moskau mitbrachte. Und Gorbačev betrachtete dies als eine völlig normale und dem Zeitpunkt angemessene Geste (ich erinnere mich an diesen Moment in der Villa des Außenministeriums in der Spiridonovka-Straße, wo nur die Berater – Teltschik und ich – mit anwesend waren).

* * *

In dem in Russland herrschenden geistigen Wirrwarr kursieren viele Einschätzungen der Politik Gorbačevs hinsichtlich der deutschen Vereinigung. Die einen sind der Ansicht, man hätte entschiedenen Widerstand leisten sollen. Die Mittel dazu waren vorhanden: In der DDR war ein fast eine halbe Million Soldaten zählendes sowjetisches Heer stationiert, das bestens ausgerüstet war. Die Tatsache, dass alles eben „kampfflos“ ablief, wird als Verrat an den Interessen des eigenen Landes und an den Freunden aus der DDR interpretiert. Andere denken, man hätte der Vereinigung zwar zustimmen können, aber für dieses Einverständnis mehr verlangen sollen. Wie es ein ehemaliger Agent im Fernsehen ausdrückte: „ihnen das Fell über die Ohren ziehen“. Dritte meinen, dass man Deutsch-

¹³ – Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken;
 – Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland;
 – Vereinbarte Protokollnotiz zum Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland vom 12. September 1990;
 – Vertrag über die Entwicklung einer umfassenden Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, Industrie, Wissenschaft und Technik zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken;
 – Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Bedingungen des befristeten Aufenthalts und die Modalitäten des planmäßigen Abzugs der sowjetischen Truppen aus dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland;
 – Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über einige überleitende Maßnahmen.

land auf keinen Fall in die NATO hätte lassen dürfen – man hätte sowohl die Deutschen, als auch die Amerikaner erpressen müssen. Damit wäre auf Zeit gespielt und der Prozess vielleicht zum Scheitern gebracht worden. Was ist dazu zu sagen?

Weder das eine, noch das andere, noch das dritte, ... noch das fünfte (es gibt Varianten und Nuancen dieser Standpunkte) hätte Gorbatschow tun können. Sonst wäre er nicht Gorbatschow gewesen. Seine Haltung und seine Politik in der Frage der deutschen Vereinigung sind mit seiner im Jahr 1985 begonnenen, überragenden historischen Leistung untrennbar verbunden und waren für den großen Staatsmann, zu dem Gorbatschow im Laufe der Perestroika heranreifte, nachgerade logisch. Es ist völlig unvorstellbar, dass Gorbatschow das Schicksal der großen Nation im Zentrum Europas als Faustpfand im diplomatischen Spiel benutzt hätte.

Eine richtige „Schulung“ in diesem Spiel erfuhr Gorbatschow bereits in den Jahren 1987 bis 1988 anlässlich der scharfen Polemik mit US-Außenminister George Shultz zu einer Kardinalfrage der internationalen Politik – der atomaren Abrüstung. Nachdem sie die Nutzlosigkeit der Methode, den Partner auszutricksen zu wollen, erkannt hatten, wurden sie Freunde. In einer Frage wie der Vereinigung Deutschlands konnte Gorbatschow natürlich kein Spiel spielen und hatte dies auch nicht vor, ganz zu schweigen von einer Erpressung.

Gorbatschow hob die internationale Politik auf eine neue Ebene, bei der Moral eine Rolle spielte. Das mag nicht ganz gelungen sein, aber – mochten die zynischen Traditionalisten aus den Reihen der Diplomatie auch noch so sticheln – die Anstrengungen waren nicht umsonst. Die Logik der Geschichte verlangte die Beseitigung der Gefahr eines Atomkrieges und eine substanzielle Änderung der internationalen Politik. Im Zuge dieser Logik war Gorbatschow derjenige, der recht hatte. Unter den gegebenen Bedingungen tat er für die Erreichung dieses Zieles das maximal Mögliche, auch durch seine Rolle bei der Vereinigung Deutschlands. Im Rahmen der „diplomatischen“ Logik, die das „nationale Interesse“ zum höchsten Gut erhob und das Allerwichtigste darin sah, den Partner oder Gegner zu bezwingen, ihm möglichst viel zu entreißen und möglichst wenig zu überlassen, wäre es einfach unmöglich gewesen, dieses Ziel zu erreichen.

Was Deutschland im Ergebnis der Vereinigung erhielt, bedarf keiner Erklärung. Von uns wollte es eines: Wir sollten mit all dem Schluss machen, was über das Postulat „Sieger – Besiegter“ definiert wurde. Das war nicht allzu viel, wenn man bedenkt, wie viele Jahrzehnte seit dem Krieg vergangen waren. Wir haben so viel bekommen, wie uns Deutschland – selbst bereits Großmacht und wichtigster Verbündeter der USA, einer atomaren Supermacht – nicht hätte geben müssen: die Unterhaltskosten unserer Truppen, die über einen langen Zeitraum hinweg in Deutschland verblieben, die Errichtung von Wohnungen für Offiziere, Kredite, Hilfe, inklusive humanitärer Hilfe, aktive Unterstützung in internationalen Angelegenheiten, vor allem im Rahmen der „G7“. In Geld ausgedrückt machte dies Hunderte Milliarden von Mark aus.

Eine andere Sache ist, wie wir darüber verfügt haben. Kohl hat ehrlich und loyal, mit der Unterstützung einer großen Mehrheit der Deutschen, all das erfüllt, was er durch sein Wort bekräftigt und mit seiner Unterschrift besiegelt hatte. Diese seine Herangehensweise hat er auf Russland übertragen, wobei er, nebenbei gesagt, seine Anständigkeit Gorbatschow gegenüber immer beibehalten hat. Er hat sich nicht durch diplomatischen „Gedächtnisverlust“ entehrt.

In einer Situation, die sich grundlegend verändert hatte, „gab“ der Kanzler, „was er konnte“. Das war aber um einiges weniger – sowohl in geopolitischer, als auch materieller Hinsicht –, als er geben hätte können, wenn die „Achse Moskau – Berlin“ mit einem solch „kräftigen Motor“, wie ihn die Sowjetunion und das wiedervereinigte Deutschland in freundschaftlicher Verbundenheit dargestellt hätten, zum Funktionieren gebracht worden wäre, das heißt, dann, wenn die UdSSR nicht zerfallen wäre, sondern sich in einen erneuerten, tiefgreifend reformierten, demokratischen und auf freiwilliger Basis föderalen Staat verwandelt hätte.

Die Geschichte verzeiht ungenutzte Chancen nicht. Die Vereinigung Deutschlands hätte eine bedeutende und unersetzliche Rolle bei der Umgestaltung unseres Landes spielen und ihm die Übergangsperiode deutlich erleichtern und verkürzen können, die sich als so dramatisch und widerwärtig erwies.

Aleksej M. Filitov

Die deutsche Vereinigung und die sowjetische Politik

Die Erstellung eines angemessenen „Geschichtsbildes“ zu den Ereignissen der Jahre 1989/1990 in Deutschland und den Peripetien des damaligen internationalen Dialogs zur Lösung der deutschen Frage ist eine große und bei Weitem noch nicht gelöste Aufgabe der Geschichtswissenschaft. Denkt man an die russische Geschichtsschreibung, so kann man hier eher von „Geschichtsbildern“ als von einem „Bild“ sprechen. Dies ist im Prinzip auch gar nicht so schlecht, insbesondere wenn man sich die düsteren Prognosen der Zeitgenossen jener schicksalsträchtigen Ereignisse in Erinnerung ruft.

Der deutsche politische Publizist Josef Joffe prophezeite seinerzeit, „die Russen werden die nächsten 20 Jahre damit verbringen, eine Antwort auf die Frage ‚wer hat Deutschland verloren?‘ zu finden“.¹ Eine solche Fragestellung und die entsprechenden Antworten (Thesen über Schwäche, Inkompetenz oder gar direkten „Verrat“ der damaligen sowjetischen Führung – eine Art Analogie zur „Dolchstoßlegende“, mit der die Gründe für die Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg erklärt werden sollten) waren und sind in der Tat festzustellen, doch sind sie nur für einen Teil der einheimischen Memoirenschreiber und Historiker charakteristisch (und hier eher für Erstere als für Letztere).

Gleiches gilt auch für die diametral entgegengesetzte Konzeption, nach der die Vereinigung Deutschlands in dem völkerrechtlichen Rahmen, in dem sie erzielt wurde, der Erfolg eines durch Michail Gorbachevs Mannschaft sorgsam durchdachten und entwickelten Plans zum Eintritt in „besondere Beziehungen“ mit dem vereinten Deutschland, zum Aufbau einer „Achse Moskau – Berlin“ („Stavrapallo“!) gewesen sei. Eines Plans, der durch den von Gorbachevs Konkurrenten provozierten Zerfall der UdSSR vereitelt wurde, der keineswegs das Ergebnis seiner Politik, jedenfalls nicht seiner Deutschlandpolitik, gewesen sei. Die erste Reaktion des ehemaligen amerikanischen Außenministers Henry Kissinger auf „Stavrapallo“ verbreitete übrigens geradezu Alarmstimmung: Er sprach sogar vom „Ende der NATO“.² Philip Zelikow, Mitarbeiter des Nationalen Sicherheitsrats der USA, den ich bei einer Begegnung am Rande einer internationalen Konferenz bat, diese Äußerung zu kommentieren, antwortete ganz einfach: „Henry hat sich geirrt.“ Das war allerdings bereits im Jahr 1995. Im Sommer 1990 war man sich in der Bewertung wohl noch nicht so sicher.

Ich persönlich zum Beispiel verstand die Vereinbarungen von Archyz über den militärischen Status des vereinten Deutschland ebenfalls in Kissingers Sinn – als Zeichen für

¹ *Josef Joffe*, What Just Happened. A Lite History, in: *The New Republic* vom 13. August 1990, S. 20.

² *Henry Kissinger*, The End of NATO?, in: *The Washington Post* vom 24. Juli 1990, S. 23.

die bekannte Erosion von Kernpostulaten der NATO-Strategie, insbesondere derjenigen, die davon ausgingen, dass atomwaffenfreie Zonen in Europa und ein Sonderstatus der BRD innerhalb des Bündnisses inakzeptabel seien. Ich stellte damals Dennis Ross, einem hochrangigen Mitarbeiter des State Department folgende Frage: „Die beiden Begriffe ‚denuclearization‘ und ‚delinking‘ waren für Sie immer Schreckgespenster, und nun haben Sie sie faktisch als Teil des ‚deutschen Pakets‘ akzeptiert, wenn auch zeitlich und räumlich begrenzt, aber das bedeutet doch, dass sie nicht grundsätzlich Furcht erregend sind; gibt es also auch keine Schreckgespenster mehr?“ Die Antwort lief darauf hinaus, dass „wir auf viele Schreckgespenster der Vergangenheit verzichten müssen“. Natürlich wich der Diplomat einer direkten und konkreten Antwort aus, doch zumindest bestritt er meine Deutung nicht. Im Übrigen waren wir damals wohl alle viel zu optimistisch.

Neben den beiden „extremen“ Konzeptionen (wir wollen sie einmal die „pessimistische“ und die „optimistische“ nennen) gibt es noch eine mittlere, die man als die „realistische“ bezeichnen kann. Am deutlichsten findet sie ihren Ausdruck in den Erinnerungen Michail Gorbachevs. Nach meinem Verständnis sah sie ungefähr folgendermaßen aus: Die sowjetische Führung hatte zwei Programme zur Lösung der deutschen Frage – ein „Maximalprogramm“ und ein „Minimalprogramm“; man unternahm alles, um das erste durchzusetzen. Nachdem man jedoch begriffen hatte, dass dies nicht möglich sein würde, orientierte man sich rechtzeitig auf die Realisierung des zweiten um, womit man auch durchaus Erfolg hatte. In kurzen Worten: kein vollständiger Sieg, aber auch keineswegs eine Niederlage, es wurde das maximal Mögliche erreicht, und da Politik die „Kunst des Möglichen“ ist, bedeutet dies, dass sie in diesem Fall unbestreitbar und offensichtlich richtig und effektiv war.

Hier findet sich ein gewisser Anflug von Selbstrechtfertigung, aber unabhängig von subjektiven Motiven erscheint genau diese Konzeption als Ausgangspunkt für die historische Analyse besser geeignet als die beiden oben erwähnten. Der Versuch einer solchen Analyse soll in diesem Beitrag unternommen werden. Zunächst ein Vorbehalt: Dem Verfasser stand eine recht begrenzte Zahl neuer Primärquellen zur Verfügung; im Wesentlichen sind dies Informationsvermerke, einige konzeptionelle Ausarbeitungen sowie Behördenkorrespondenz aus der Abteilung BRD des Außenpolitischen Archivs der Russischen Föderation. In Verbindung mit der bereits bekannten Memoirenliteratur und den Presseveröffentlichungen scheinen sie jedoch die Möglichkeit zu eröffnen, die damalige sowjetische Politik und Diplomatie teilweise neu zu betrachten, die vorhandenen „Geschichtsbilder“ stellenweise zu korrigieren, unser historisches Denken sowohl von nihilistischen als auch von apologetischen Ablagerungen zu säubern, unser Wissen über die Faktoren, die die eine oder andere Festlegung und Aktion der sowjetischen Führung bestimmten, zu erweitern und auf diese Weise zu erklären, warum die Geschichte sich so und nicht anders entwickelte.

I.

Wie sahen die programmatischen Festlegungen der sowjetischen Führung zur Lösung der deutschen Frage aus? Bei näherer Betrachtung zeigt sich, dass man nicht von zwei („Maximal-“ und „Minimalprogramm“), sondern eher von *drei Programmen* sprechen

sollte, die einander abwechselten und zeitweise sogar überlagerten. Am Anfang stand das Modell der Beibehaltung der beiden deutschen Staaten in Verbindung mit einer gewissen Liberalisierung des Regimes in der DDR und einer Reduzierung (allerdings nicht vollständigen Beseitigung) der Konfrontation der Blöcke in Europa. Dann wurde die Idee der Vereinigung Deutschlands bei gleichzeitiger Neutralisierung vorgebracht. Die dritte und letzte Variante sah die Zugehörigkeit eines vereinten Deutschland zur NATO vor, jedoch ohne deren Jurisdiktion auf das Gebiet der ehemaligen DDR auszudehnen.

Wenn man von den öffentlichen Äußerungen der sowjetischen Führung ausgeht, so wird der Übergang von der ersten zur zweiten Konzeption am 11. Februar 1990 sichtbar, als die Mitteilung über die Begegnung zwischen dem Präsidenten der UdSSR und dem Kanzler der BRD in Moskau veröffentlicht wurde. In der sowjetischen Presse sah diese Mitteilung wie folgt aus:

„M. S. Gorbačev stellte fest – und der Kanzler stimmte ihm zu –, dass es zwischen der UdSSR, der BRD und der DDR heute keine Meinungsverschiedenheiten darüber gibt, dass die Frage der Einheit der deutschen Nation von den Deutschen selbst entschieden werden muss, und dass sie selbst ihre Wahl treffen müssen, in welchen staatlichen Formen, in welchem Zeitraum, in welchem Tempo und unter welchen Bedingungen sie diese Einheit verwirklichen werden.“³

Es ist etwas zweifelhaft, wie adäquat diese Formulierung den Standpunkt der damaligen DDR-Regierung wiedergibt (beide Verhandlungspartner hatten sich offensichtlich nicht mit ihr beraten), aber auf jeden Fall spiegelte sie die Position der BRD und der UdSSR (für letztere eine neue) korrekt wider. Übrigens konnten aufmerksame Leser der „Pravda“ dieses Neue bereits aus der vorherigen Ausgabe erahnen, in der über ein Gespräch zwischen Gorbačev und dem amerikanischen Außenminister James Baker berichtet worden war: Darin war die Rede vom deutschen „Staat“ gewesen – genau so, im Singular.⁴ Was nun den Übergang vom zweiten zum dritten Programm betrifft, so erfuhr die Weltöffentlichkeit von dieser Änderung der sowjetischen Position am 16. Juli desselben Jahres – nach dem Treffen von Kohl und Gorbačev in Archyz.

Wesentlich schwieriger ist die Frage, wann und in welcher zeitlichen Abfolge in der sowjetischen Führung die Entscheidungen zur Änderung der programmatischen Vorgaben zur deutschen Frage, die dann öffentlich wurden, heranreiften und getroffen wurden.

Die Abkehr von der Formel der „zwei deutsche Staaten“ beim Treffen Gorbačev–Kohl war durch die Erörterung der deutschen Angelegenheiten auf der Sitzung des ZK der KPdSU vom 26. Januar vorbereitet und vorherbestimmt worden, auf der ein Konsens hinsichtlich der Feststellung, dass die staatlichen Strukturen der DDR zerrüttet waren, festgehalten worden war. Zu betonen ist, dass es nicht um die persönliche Meinung und nicht um eine persönliche Entscheidung Gorbačevs ging, sondern um eine abgestimmte Position der Partei- und Staatsführung der UdSSR. Meinungsverschiedenheiten gab es lediglich in dem Punkt, „an wem man sich am besten orientieren“ solle – an der Regierungskoalition oder an der SPD (eigentlich ist auch nicht ganz klar, was unter dem Begriff „Orientierung“ verstanden wurde).

Es gibt allerdings Gründe zu der Annahme, dass in gewissen Kreisen des sowjetischen außenpolitischen Apparats die Einsicht, dass man vergeblich damit rechnete, „eine de-

³ Pravda vom 11. Februar 1990.

⁴ Pravda vom 10. Februar 1990.

mokratisierte DDR in einem pluralistischen Warschauer Pakt erhalten zu können“⁵, viel früher aufkam. Mehr noch: Diese Einsicht blieb nicht auf Meinungsaustausch oder interne Vermerke beschränkt, sondern äußerte sich in konkreten Handlungen. Genau vor diesem Hintergrund ist der Besuch des Mitarbeiters der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU, Nikolaj S. Portugalov, beim Vertrauten des Kanzlers der BRD, Horst Teltschik, am 21. November 1989 zu sehen. Die verschiedenen Beschreibungen dieser Episode durch den Letztgenannten weichen etwas voneinander ab. In seinem bekannten Buch, das unmittelbar nach den Ereignissen erschien, spricht er von einem aus zwei Teilen bestehenden „handgeschriebenen“ Papier, dessen erster Teil mit Falin und Černjaev (der als Initiator genannt wird) abgestimmt gewesen sei, der zweite jedoch nur mit Falin. In dem genannten zweiten Teil sei es um „Fragen der Zusammenarbeit zwischen den beiden deutschen Staaten“ gegangen, wobei die Meinung des Gesprächspartners zu „Fragen der Wiedervereinigung, zum Beitritt der DDR zur EG, über die Allianzzugehörigkeit und über die Möglichkeit eines Friedensvertrages“ eingeholt werden sollte. Allem Anschein nach war Teltschik vor allem von den mündlichen Äußerungen des Mitarbeiters der Internationalen Abteilung des ZK beeindruckt, die er wie folgt wiedergibt: „Wie Sie sehen, denken wir in der deutschen Frage alternativ über alles Mögliche, sogar quasi Undenkbares nach.“ Konkret sei übrigens lediglich die Möglichkeit, „mittelfristig einer wie immer gearteten deutschen Konföderation grünes Licht“ zu geben, erwähnt worden. In einer späteren Interpretation erscheint Teltschiks Partner bereits als „Journalist“, der über den mitgebrachten Text „erzählte, dass er es mit Anatolij Tschernjajew [Černjaev] abgestimmt hätte und andere in der Umgebung Gorbatschows an diesen Überlegungen beteiligt gewesen seien.“ Es wurde offenbar als politisch nicht ganz korrekt angesehen, angesichts des Zerfalls der UdSSR und der KPdSU direkt zu sagen, dass der Berater des Bundeskanzlers Kontakt mit Parteifunktionären und deren Wirken gehabt hatte. Wesentlich lakonischer wurde auch die Beschreibung der durch den sowjetischen Vertreter vorgeschlagenen Tagesordnung: Es heißt nur, dass „Fragen in Richtung Friedensvertrag für Deutschland, deutsche Einigung, Wiedervereinigung“ gestellt worden seien.⁶

In der Geschichtsschreibung findet man unterschiedliche Einschätzungen dieser Episode. Nach einer davon sei es um einen sowjetischen Versuch gegangen, den „Geist von Rapallo“ wiederzubeleben, die BRD hinter dem Rücken der anderen Großmächte in ein Separatgeschäft hineinzuziehen (mit dem Versprechen eines „günstigeren Friedensvertrages als diejenigen, die von anderen angeboten würden, insbesondere von London und Paris“⁷), nach einer anderen um eine Demarche „im Auftrag Falins“ und „ohne Gorbatschows Wissen“, die das Ziel verfolgte, „eine Preisgabe der DDR nach Möglichkeit zu verhindern“, was man im Bundeskanzleramt „nicht mitbekam“.⁸

⁵ *Wilfried Loth*, Helsinki, 1. August 1975. Entspannung und Abrüstung, München 1998, S. 262.

⁶ *Horst Teltschik*, 329 Tage. Innenansichten der Einigung, Berlin 1991, S. 44; *ders.*, Die Deutschlandpolitik Gorbatschows, in: *Boris Meissner/Alfred Eisfeld* (Hrsg.), 50 Jahre sowjetische und russische Deutschlandpolitik sowie ihre Auswirkungen auf das gegenseitige Verhältnis, Berlin 1999, S. 185.

⁷ *William R. Smyser*, From Yalta to Berlin. The Cold War Struggle over Germany, New York 1999, S. 355.

⁸ *Loth*, Helsinki, S. 262.

Auf jeden Fall waren die nachfolgenden öffentlichen Äußerungen Gorbachevs im Geiste einer Leugnung der Aktualität einer Vereinigung Deutschlands gehalten. Es reicht aus, sich seine Reaktion auf die „Zehn Punkte“ Kohls im Gespräch mit dem Außenminister der BRD, Hans-Dietrich Genscher, am 5. Dezember 1989 und seine Erklärung auf der gemeinsamen Pressekonferenz mit dem französischen Staatspräsidenten François Mitterrand am darauffolgenden Tag in Erinnerung zu rufen. Zugleich bleibt festzuhalten, dass Genscher gerade anhand der Ergebnisse des Dezemberbesuchs in Moskau den Schluss zog: „Das Tor zur deutschen Einheit war bereits geöffnet, [...] die sowjetische Führung hatte sich auf die Unausweichlichkeit der deutschen Vereinigung eingestellt.“⁹ Was nun die Kiewer Begegnung zwischen Gorbachev und Mitterrand betrifft, so beschreibt einer der gut informierten Autoren ihre Hintergründe wie folgt:

„[Der französische Präsident] lud Gorbachev ein, sich mit ihm in der DDR zu treffen, wo ein gemeinsamer Auftritt der beiden Männer ihre starke Unterstützung des deutschen Status quo signalisiert hätte. Mitterrand ersuchte Gorbachev auch, sich ihm bei der Blockierung der deutschen Einheit anzuschließen. Beide Einladungen wurden von Gorbachev ausgeschlagen.“¹⁰

Offenbar war der sowjetische Spitzenpolitiker trotz seines verbalen Bekenntnisses zur Konzeption der „zwei deutschen Staaten“ wesentlich früher von dieser abgewichen, als es sich aus den offiziellen Erklärungen ergibt.

Dasselbe kann auch über die Konzeption eines vereinten neutralen Deutschland gesagt werden, die, wie bereits erwähnt, die offizielle sowjetische Position von Februar bis Juli 1990 bestimmte. Gorbachev selbst datiert seine Zustimmung zum Prinzip der „freien Wahl“ des militärpolitischen Status eines vereinten Deutschland (was im Grunde genommen auch mit der Bereitschaft gleichzusetzen war, die Ausdehnung der NATO auf ganz Deutschland zu akzeptieren) auf den 31. Mai 1990 und führt dafür einen Ausschnitt aus der Mitschrift seines Gesprächs mit dem US-Präsidenten George Bush im Weißen Haus an.¹¹ Eine wesentliche Rolle spielte bei dieser Entscheidung, wie sich aus seinen Erinnerungen ergibt, die Position Mitterrands, der ihm während seines Moskaubesuchs am 25. Mai anschaulich und überzeugend vor Augen führte, dass es zur Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO keine Alternative gab.¹²

War die Entscheidung Gorbachevs bei dem Gespräch mit Bush improvisiert, eine einsame Überraschungsaktion auf eigenes Risiko, gegen die Meinung der Kollegen und Experten? Die Ansicht, genau so sei es gewesen, ist sehr verbreitet. Sehen wir uns zum Beispiel einen Auszug aus dem Buch des bereits zitierten amerikanischen Verfassers an:

„Zoellick [ein Mitarbeiter des State Department, Berater von Außenminister Baker, A. F.] beschrieb die nächste Szene als ‚eine der außergewöhnlichsten‘, die er je erlebt hätte. Viele von Gorbachevs Beratern, hauptsächlich Karrierebeamte des Außen- und des Verteidigungsministeriums, zeigten durch ihr Mienenspiel und ihre Körpersprache, dass sie sich von Gorbachevs Äußerungen zu distanzieren wünschten. Achromeev gestikulierte wütend, während er mit Falin sprach, der ebenso aufgeregt erschien. Bush erinnerte sich später, dass sich die sowjetische Delegation geradezu in ‚offener Rebellion‘ gegen Gorbachev zu befinden schien.“

⁹ *Hans-Dietrich Genscher, Erinnerungen*, Berlin 1995, S. 687.

¹⁰ *Smyser From Yalta to Berlin*, S. 368–369.

¹¹ *Michail Gorbatschow, Wie es war. Die deutsche Wiedervereinigung*, Berlin 1999, S. 137f.

¹² *Ebd.*, S. 134–137.

Einige dieser Differenzen traten auch in der Besprechung zutage. Falin versuchte, sich gegen eine von Gorbachev soeben abgegebene Erklärung auszusprechen. Sogar Ševardnadze weigerte sich anfangs, an Gesprächen auf Außenministerebene teilzunehmen, die von den Amerikanern zur Implementierung der Vereinbarung vorgeschlagen wurden. Offensichtlich wollte er keine Verantwortung dafür übernehmen. Gorbachev, obgleich durch die Reaktionen seiner Kollegen beunruhigt, zog seine Zustimmung zu Bushs Interpretation des KSZE-Vertrags aber nicht zurück [der US-Präsident hatte die Wahlfreiheit bezüglich der deutschen Bündniszugehörigkeit mit einem Hinweis auf die Schlussakte von Helsinki begründet, A. F.].

Später führte Gorbachevs Delegation eine lebhafte Diskussion auf dem Südrasen des Weißen Hauses. Mehrere Beamte des Außen- und des Verteidigungsministeriums beschuldigten Černjaev, Gorbachev dazu überredet zu haben, eine deutsche NATO-Mitgliedschaft zu akzeptieren. Er erwiderte, dass Gorbachev dieser spontan zugestimmt hätte. Aber alle waren überrascht gewesen, denn Gorbachev hatte Mitterrand noch am 15. Mai [richtig ist der 25. Mai, A. F.] mitgeteilt, dass er ein vereintes Deutschland in der NATO niemals akzeptieren würde.¹³

Ein ganz ähnliches Bild der Konfrontation zwischen Gorbachev einerseits und Außenministerium, Verteidigungsministerium und Internationaler Abteilung des ZK der KPdSU andererseits, zeichnet auch ein anderer, ebenfalls sehr kompetenter Forscher.¹⁴ Dieser zählt insbesondere auch den ganzen Apparat der 3. Europäischen Abteilung des Außenministeriums, die „sich bei ihren Papieren für Außenminister und Präsidenten an den Vorstellungen des stellvertretenden Außenministers Kwizinskij [Kvicinskij] orientierte“, zu den auf eine harte Linie eingestellten Orthodoxen. Letzterer wird solchermassen auch als Vertreter der „Anti-Gorbachev-Front“ ausgewiesen.

Es ist schwer zu sagen, welche „Papiere“ in diesem Fall konkret gemeint waren. Diejenigen, die der Verfasser dieser Zeilen einsehen konnte, zeigen etwas ganz anderes. Wir wollen (möglichst vollständig) den Text eines Vermerks vom 14. Mai 1990 an Eduard A. Ševardnadze zitieren, der die Unterschrift eines verantwortlichen Mitarbeiters im Außenministerium, I. Jakovlev, trägt (offenbar handelt es sich um den Leiter der Völkerrechtsabteilung, Igor N. Jakovlev). Dieser Text stellt eine Zusammenfassung des Meinungsaustauschs mit den Leitern der Rechtsabteilungen der Außenministerien der BRD, Frankreichs und der DDR, Jürgen Oesterheld, Jean-Pierre Puissechet und Herbert Süß, im Rahmen des „2 + 4“-Prozesses einschließlich Schlussfolgerungen dar. Im Verlauf der Diskussion, so der Verfasser des Vermerks, zeigte sich die Möglichkeit, „die militärpolitischen Aspekte der deutschen Vereinigung“ in Form eines „einheitlichen Pakets endgültig zu regeln“ (so die Formulierung des Vertreters der BRD). Dessen Inhalt und die Position des Verfassers selbst zeigen sich im Folgenden:

„2. Im Prinzip könnte das Paket aus zwei Hauptteilen bestehen, deren Ausgleich zu einer optimalen realistischen Regelung aus Sicht aller Beteiligten führen könnte. Der eine Teil sollte die Grenzfragen beinhalten sowie ein allgemeines Kapitel über die Achtung der Grundsätze und Normen des Völkerrechts und der bestehenden Verträge, den Verzicht auf die Beendigung der Rechte und Pflichten der vier Mächte [offensichtlicher Druckfehler: Es hätte heißen müssen: „Verzicht auf die Rechte und Pflichten“ oder „Beendigung der Rechte und Pflichten“, A. F.], die Souveränität Deutschlands über sein Gebiet, den Luftraum und Berlin, Bestimmungen über die Grundfreiheiten und Menschenrechte, die Rechtsnachfolge und die friedliche Streitbeilegung.

¹³ Smyser, From Yalta to Berlin, S. 377.

¹⁴ Fred Oldenburg, Die sowjetische Deutschlandpolitik im Vereinigungsprozess, in: *Deutscher Bundestag* (Hrsg.), Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“. Bd. VIII/1, Baden-Baden 1999, S. 255.

Der Meinungsaustausch mit Oesterheldt und den anderen zeigte reale Möglichkeiten, wie juristische Formeln für allseitig akzeptable Vereinbarungen zu diesen Fragen bei gleichzeitiger Beibehaltung und Entwicklung der Handels- und Wirtschaftskooperation der UdSSR mit einem geeinten Deutschland gefunden werden könnten.

3. Der zweite, besonders komplizierte und widersprüchliche Teil des Pakets sollte die Bestimmungen über den militärpolitischen Status eines geeinten Deutschlands und den Aufenthalt ausländischer Truppen auf seinem Hoheitsgebiet enthalten. Unsere derzeitige Linie ermöglicht keinen für alle Seiten akzeptablen Ausweg und kann eine endgültige Regelung blockieren. Ein flexiblerer Ansatz in der Frage des außenpolitischen Status könnte unseren langfristigen Interessen entsprechen und eine für die UdSSR günstigere Regelung zum ersten Teil des Pakets befördern. Im Ergebnis würde ein Gesamtgleichgewicht innerhalb des Pakets schwerer wiegen als eventuelle Zugeständnisse beim militärpolitischen Status.

Eine Kompromisslösung für die militärpolitische Regelung könnte sich an der zum Zeitpunkt der Bildung eines geeinten Deutschlands real entstehenden Situation ausrichten. Es ist klar, dass wir die NATO-Mitgliedschaft der BRD und später auch eines geeinten Deutschlands nicht verhindern können. Eventuelle politische ‚Verbrämungen‘ würden an diesem Kern der Sache nichts ändern. Anstrengungen in Richtung auf eine Zusammenarbeit zwischen NATO und BWV [Bündnis des Warschauer Vertrages, d. Red.] würden das rasch zerfallende System des Warschauer Pakts kaum wiederbeleben können. Eine Modifizierung der politischen Seite des Genscher-Plans, die unseren Interessen entgegenkäme, könnte insofern das Element einer politischen Zusammenarbeit, einer Assoziation, einer Kooperation zwischen UdSSR und NATO beinhalten. Wir könnten vereinbaren, dass diese Zusammenarbeit sich auch auf alle anderen Mitglieder des Warschauer Pakts erstrecken soll. Zusätzlich könnte man auch die Einrichtung eines Beratenden Organs (Kommission) für einen Meinungsaustausch zwischen NATO und Warschauer Pakt prüfen.

Im Hinblick auf die Regelung im militärischen Bereich wäre es wohl nicht realistisch, langfristig mit dem Aufenthalt unserer Truppen auf dem Hoheitsgebiet eines geeinten Deutschland zu rechnen. Angesichts der Lage und der Stimmung in der Bevölkerung sowie des wirtschaftlichen Aspekts werden unsere Truppen Deutschland früher oder später verlassen müssen. Es wäre wichtig, im Rahmen der Gesamtregelung sowie in einem gesonderten Abkommen zwischen uns und Deutschland oder in einem Rahmenabkommen der vier Mächte mit dem geeinten Deutschland Vereinbarungen über den Status und die Aufenthaltsbedingungen für unsere Truppen, ihre schrittweise Reduzierung und die Beteiligung Deutschlands an den Kosten zu treffen. Unsere Flexibilität beim zweiten Teil des Pakets könnte die Bedingungen für eine optimale Lösung der Kostenfrage hinsichtlich Aufenthalt, Abzug und Unterbringung unserer Truppen schaffen.

Oesterheldt und Puissechot sagten zu, die Möglichkeit des Aufbaus eines Systems der Kooperation zwischen den in Deutschland stationierten ausländischen Truppenkontingenten und der deutschen Armee als Keimzelle eines neuen Systems der kollektiven Sicherheit in dieser Region und in ganz Europa zu prüfen.

4. Wesentlich und höchst kompliziert bleibt die Frage eines Stationierungsverbots für atomare Waffen der NATO auf dem Hoheitsgebiet Deutschlands. Man hat das Gefühl, dass die Amerikaner hier zu wenig mit den Deutschen rechnen. Wenn kein komplettes Stationierungsverbot durchzusetzen ist, könnte man Bestimmungen über eine schrittweise Reduzierung vorsehen. Interessant ist die Äußerung Oesterheldts im persönlichen Gespräch, dass die Amerikaner, sollten die sowjetischen Truppen aus Deutschland abgezogen werden, nicht mit einem langfristigen Aufenthalt ihrer Truppen auf dem Hoheitsgebiet Deutschlands würden rechnen können. Es ist auch wichtig, den freundschaftlichen Charakter der Gespräche mit Oesterheldt zu betonen, besonders seine Äußerung, dass eine für alle Seiten akzeptable Regelung auf der Grundlage des Völkerrechts gefunden werden könnte.¹⁵

Das Papier blieb nicht unbemerkt: Im Auftrag des Ministers wurde es umgehend den vier Mitarbeitern des Außenministeriums zur Kenntnis gebracht, die am meisten mit

¹⁵ Archiv vnešnej politiki RF (nachf.: AVP RF), f. 757, op. 35, d. 9, p. 196, ll. 65–68.

der deutschen Problematik zu tun hatten: Anatolij G. Kovalev, Julij A. Kvicinskij, Aleksandr P. Bondarenko und Sergej P. Tarasenko. Offenbar wurden die Überlegungen des Verfassers des Vermerks als recht interessant betrachtet, und er bekam den Auftrag sie weiterzuentwickeln. Im Ergebnis gab es einen weiteren Vermerk mit Datum 21. Mai, diesmal bereits an Kvicinskij; die Überschrift lautete: „Über das völkerrechtliche Paket zur deutschen Frage“. Leider ist es aus Platzgründen nicht möglich, den Text dieses zweiten Vermerks vollständig wiederzugeben und ihn mehr oder weniger eingehend zu kommentieren. Es soll lediglich erwähnt werden, dass darin der Gedanke eines „Austauschs“ von Zugeständnissen zum militärpolitischen Status Deutschlands gegen die deutsche Verpflichtung, die Wirtschaftsabkommen zwischen der UdSSR, der DDR und der BRD (es wird auch deren konkrete Zahl genannt – „über 370“) nicht außer Kraft zu setzen, noch deutlicher betont wird.

Welche Schlussfolgerungen legt dies nahe? Offenbar war die von Gorbačev bei seinem Gespräch mit Bush am 31. Mai vertretene Position weder improvisiert noch eigenmächtig entwickelt. Sie gab die Meinung der verantwortlichen Experten des Außenministeriums wieder (und anscheinend auch die der Hausleitung, und zwar nicht nur des Ministers allein). Es ist unschwer zu erkennen, dass die Konzeption des Vermerks (genauer gesagt, der Vermerke) Jakovlevs in dem „Paket“ von Vereinbarungen, die die deutsche Frage schließlich „beantworteten“, umgesetzt wurde. Ein weiterer wesentlicher Aspekt sei noch hinzugefügt – diese Konzeption war im Rahmen der Zusammenarbeit von Diplomaten der UdSSR, der beiden deutschen Staaten und Frankreichs entstanden – ohne erkennbare Beteiligung der USA und Großbritanniens.

II.

Es wäre falsch, die häufig gestellten Fragen nach Alternativen und „verpassten Möglichkeiten“ außer Acht zu lassen. Gab es realistische Perspektiven für eine Umsetzung des „ersten“ und des „zweiten“ sowjetischen Programms? Ist das „dritte“, endgültige Programm vollständig verwirklicht worden? Entsprach das Endergebnis vollständig den Staatsinteressen der Sowjetunion und ihres Rechtsnachfolgers – des heutigen Russland? Wenn es irgendwelche Spesen gab, worin liegen die Gründe dafür?

Wir wollen versuchen, diese Fragen zu untersuchen und zumindest annäherungsweise Antworten zu geben.

Am eindeutigsten sieht es wohl bei der Frage aus, wie lebensfähig und realistisch die Konzeption eines Erhalts der beiden deutschen Staaten war. Spätestens seit dem Fall der Berliner Mauer war die DDR als Staat dem Untergang geweiht. Eine Alternative zur Vereinigung hätte nur eine Politik der „Abgrenzung“ von Seiten der BRD sein können. Es gab dort auch bestimmte Tendenzen in diese Richtung, und zwar nicht nur innerhalb der Opposition, aber sie fanden keine breite Unterstützung und hatten bald keine Bedeutung mehr. Anscheinend erzeugten die anfänglichen Vorbehalte der Westmächte, insbesondere Frankreichs und Großbritanniens, gegen die deutsche Vereinigungsbewegung in bestimmten sowjetischen Kreisen die Illusion, die Situation in Deutschland könne sich zu einem Konflikt zwischen der BRD und ihren NATO-Partnern entwickeln und sogar zu einer Verschlechterung der Beziehungen zu Polen führen, ohne dass dies eine besondere

Bedrohung für die UdSSR und die existierende militärpolitische Struktur Europas darstellen würde, sodass es für die UdSSR keinen Grund gebe, sich Sorgen zu machen und sich in irgendeiner Weise zu engagieren. Jedenfalls könnte man dies aus einigen Informationen schließen, die sowjetische Vertreter in der BRD an die Zentrale übermittelten. So heißt es in der von einem Attaché der sowjetischen Botschaft in der BRD, Aleksandr N. Bykov, verfassten Auswertung „Über die Diskussion zur Frage der Vereinigung Deutschlands in der BRD“ vom 22. Januar 1990 insbesondere:

„Die Ereignisse in der DDR [...] haben die nationalistischen Gefühle der Deutschen aufgewühlt und ihnen die Hoffnung gegeben, die ‚nationale Aufgabe der Deutschen‘ könne bereits in nächster Zukunft gelöst werden. [...] Sowohl die Regierungskoalition als auch die Sozialdemokraten halten es für möglich, dass eine Zeit lang konföderative Strukturen unter gleichzeitiger Beibehaltung der Mitgliedschaft der BRD in der NATO und der DDR im Warschauer Pakt existieren können.“

Nach Ansicht des Verfassers des Vermerks waren die SPD-Vertreter „weniger zurückhaltend“ in ihrer Einschätzung der Vereinigungsperspektiven als die Regierungskreise: Während der Kanzler „die Festlegung eines konkreten Zeitrahmens für das Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten vermeidet“, „erklärte zum Beispiel der nordrhein-westfälische Ministerpräsident [Johannes] Rau, dass im Jahr 1994 seiner Ansicht nach kein Präsident der BRD, sondern der Präsident einer deutschen Konföderation gewählt werde.“ In jener Zeit galt eine solche Äußerung offenbar als extrem mutig.

Der Verfasser des Papiers zeichnet folgendes Bild der politischen Tendenzen in der BRD: Während die Oppositionspolitiker „die Aufgabe sehen, die ‚minderwertige‘ Situation der BRD im Rahmen der militärpolitischen Integration des Westens zu ändern, die von den USA, England und Frankreich vorgenommenen Einschränkungen der Souveränität der BRD aus der Welt zu schaffen“ (Bykov nennt eine Reihe von Forderungen folgender Art: Einräumung „des gleichen Status für die BRD in der NATO, wie ihn Frankreich und Italien haben“, Überprüfung der „Verträge der BRD mit den Westmächten aus dem Jahre 1952“, seien in der Regierungskoalition Stimmungen zu verzeichnen, die man zu einer anderen Zeit durchaus als revanchistisch hätte bezeichnen können. Der Verfasser des Vermerks vermeidet zwar dieses Epitheton, aber die von ihm angeführten Beispiele legen diesen Schluss gewissermaßen nah: „Der deutschlandpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Lintner, erklärte in einem SAT1-Interview am 11. Januar 1990, er schließe Änderungen an der künftigen Westgrenze Polens nicht aus. Der Generalsekretär des ‚Bundes der Vertriebenen‘, Hartmut Koschyk, erklärte am 8. Januar d. J., dass man von den Grenzen von 1937 ausgehen müsse, dass jedoch ein Kompromiss möglich sei, der zum Beispiel eine gemeinsame deutsch-polnische Verwaltung einiger Gebiete vorsehe.“ Zwar werden in dem Vermerk „gewisse Korrekturen“ an dieser Linie festgestellt (Rede von Kanzler Kohl in Paris am 17. Januar 1990). Dennoch weist der Verfasser darauf hin, dass „der Kanzler den Süßmuth-Vorschlag einer gemeinsamen Erklärung des Bundestages der BRD und der am 6. Mai d. J. zu wählenden Volkskammer der DDR über den endgültigen Charakter der Oder-Neiße-Linie nicht unterstützte“.¹⁶

Allem Anschein nach ließ man sich jedoch im sowjetischen außenpolitischen Establishment durch diese Information, die im Grunde genommen auf ein passives Warten auf eine Verschärfung des Konflikts im westlichen Lager einstimmte, nicht beruhigen. Ein

¹⁶ AVP RF, f. 757, op. 35, d. 9, p. 196, ll. 1–3.

Beispiel für einen Versuch, die sowjetische Politik in Sachen Vereinigung zu aktivieren, war die oben genannte Portugalov-Initiative. Paradoxerweise führte diese jedoch nur zu einer Aktivierung der Politik der Regierung der BRD, was wiederum eine negative Reaktion der obersten sowjetischen Führung (zumindest in der Öffentlichkeit) und eine verstärkte Immobilismusstimmung (zumindest zeitweilig) zur Folge hatte. Es gab eine Zeit, da die Äußerungen sowjetischer Spitzenpolitiker, der Status quo in Deutschland müsse erhalten bleiben, wobei auch die Sorge um die Souveränität der DDR zum Ausdruck kam, die Rhetorik der DDR-Spitze selbst sogar übertrafen (Modrow lehnte Kohls „Zehn Punkte“ keineswegs rundweg ab!). Dies war eine ausgesprochen unrealistische, kontraproduktive Vorgabe, zumal sie offenbar die tatsächliche Stimmungslage in der sowjetischen Führung nicht widerspiegelte. Es genügt, sich die kühle Reaktion Gorbatschews auf die Vorschläge Mitterrands vom Dezember in Erinnerung zu rufen. Diese Reaktion war übrigens durchaus korrekt; der französische Präsident hatte keineswegs die Absicht, die DDR ernsthaft „zu stützen“ und die Vereinigung Deutschlands „zu blockieren“: Er handelte mit Kohl um die Bedingungen für die Vereinigung und wollte die „sowjetische Karte“ für diesen Handel nutzen; nachdem er sich durchgesetzt (also die Zustimmung der BRD zur Einführung des Euro erhalten) hatte, änderte er seine Haltung abrupt.

Dass die Konzeption eines vereinten Deutschland außerhalb der NATO von Anfang an untauglich war, ist keineswegs genauso offensichtlich. In unserer Literatur findet sich die Auffassung, dass „die sowjetische Argumentation für ein neutrales Deutschland ausgesprochen wenig überzeugend klang“.¹⁷ Dies ist ein allzu kategorisches und daher kaum zutreffendes Urteil. Man kann auch nicht behaupten, die westlichen Spitzenpolitiker hätten überzeugende Argumente für eine NATO-Zugehörigkeit des vereinten Deutschland gefunden. Argumente wie: ein wirtschaftlich starkes Land könne überhaupt nicht neutral sein oder: zwischen den Grenzen eines neutralisierten Deutschland und den sowjetischen Truppen würden lediglich 800 km liegen, in die USA seien es jedoch 8000 oder: „eine Neutralisierung Deutschlands hätte schon sehr bald eine Erosion und dann das Ende von NATO und EG“ bedeutet (Helmut Kohl¹⁸), oder aber: „in diesem Fall könnten die Deutschen ein eigenes nukleares Potential schaffen“ (James Baker¹⁹) – all das kann schwerlich ernst genommen werden.

Die sowjetische Seite wies zu Recht auf die Widersprüche in der Position der Westmächte hin: Einerseits wurde erklärt, man müsse den Deutschen als durchaus reifen Demokraten vertrauen, andererseits jedoch darauf hingewiesen, eine der wichtigsten Aufgaben der NATO sei es, die Kontrolle über Deutschland sicherzustellen.²⁰ Der einzige gewichtige Aspekt der westlichen Position hinsichtlich der NATO-Mitgliedschaft eines vereinten Deutschland war wohl der Hinweis, dies sei der Wunsch der Nachbarn Deutschlands, vor allem sämtlicher Mitgliedsstaaten des Warschauer Pakts (außer natürlich der UdSSR). Dieses Argument ist übrigens später aktiv bei der Diskussion über das Problem der NATO-Osterweiterung eingesetzt worden, und man muss sagen, dass die russische Diplomatie einfach keine passende Antwort darauf finden konnte. Es würde

¹⁷ N. V. Pavlov, *Germanija na puti v tret'e tysjačelietie*, Moskva 2001, S. 117.

¹⁸ Kai Diekmann / Ralf Georg Reuth (Hrsg.), Helmut Kohl: „Ich wollte Deutschlands Einheit“, Berlin 1996, S. 254.

¹⁹ Zitiert nach Gorbatschow, *Wie es war*, S. 102.

²⁰ Ebd., S. 128.

zu weit führen, wollten wir an dieser Stelle die Gründe und Motive für diese Position der mittel- und südosteuropäischen Staaten (so nennt man wohl heute diese Region) untersuchen. Jedenfalls kann festgehalten werden, dass hier ein weiteres Beispiel für die Inkonsequenz der Westmächte vorliegt: Während sie dazu aufriefen, die Wünsche der mittel- und südosteuropäischen Länder zu respektieren, lehnten sie doch zugleich entschieden den Wunsch ausnahmslos aller europäischen Länder (einschließlich der eigenen NATO-Partner) ab, sich an der Diskussion über die Lösung der deutschen Frage zu beteiligen. Vor diesem Hintergrund darf bezweifelt werden, ob es richtig war, dass die sowjetische Seite die Konzeption eines Friedensvertrags mit Deutschland und einer Friedenskonferenz als natürliche Methode, diesen auszuarbeiten, übereilt aufgegeben hatte.

Der sowjetischen Diplomatie wurde häufig ihr „propagandistischer Charakter“ vorgehalten. In der Situation der Jahre 1989/90 scheint sie ins andere Extrem verfallen zu sein. Die intensiven vertraulichen Kontakte und der Dialog mit den westlichen Partnern wurden nicht von einer breit angelegten und gezielten Informations- und Öffentlichkeitsarbeit begleitet und noch weniger von Maßnahmen zur Beeinflussung der deutschen und internationalen öffentlichen Meinung. In den öffentlichen Äußerungen der sowjetischen Spitzenpolitiker wurde dasselbe Problem – „Vereintes Deutschland/NATO“ – entweder ziemlich inkonsequent und widersprüchlich behandelt (Interview Ševardnadze für die „Izvestija“ am 19. Februar 1990) oder überhaupt nicht angesprochen (Interview Gorbačev für die „Pravda“ am 20. Februar) oder man beschränkte sich auf reine Negativrhetorik (Gorbačev beim Gespräch mit Modrow am 6. März 1990). Dazu ist zu sagen, dass all dies im Westen aufmerksam verfolgt und dahingehend interpretiert wurde, dass die sowjetische Position entweder noch nicht gefunden oder nicht gefestigt sei.

Nach Einschätzung von Augenzeugen war indes die Stimmung in der Öffentlichkeit so, dass gewisse Möglichkeiten für die Verwirklichung der Konzeption „Deutschland außerhalb der NATO“ vorhanden waren. Der bekannte sowjetische Diplomat Igor F. Maksimyšev führt dazu die durchaus charakteristische Meinung von Philip Zelikow (von diesem war bereits zuvor die Rede) an:

„Die damalige sowjetische Politik erleichterte es den USA ungemein, das vereinte Deutschland in die NATO einzubinden, denn sie versuchte kein einziges Mal, den Ereignissen zuvorzukommen. Wenn die UdSSR [...] Ende 1989 zu bestimmten Bedingungen (zum Beispiel insbesondere keine Mitgliedschaft in der NATO) die deutsche Einheit angeboten hätte, wären Bonn und Washington in eine höchst unangenehme Lage geraten.“²¹

Nach Ansicht von Kanzler Kohl war das „Fenster des Möglichen“ sogar noch größer: In der Schilderung der Situation Ende Januar – Anfang Februar 1990 schreibt er in seinen Erinnerungen:

„Hätte Michail Gorbatschow jetzt das Angebot einer raschen Wiedervereinigung gegen NATO-Austritt und Neutralität unterbreitet, so hätte dies in der Öffentlichkeit beider deutscher Staaten auf breite Zustimmung stoßen können. Der daraus resultierende Druck auf die Politik hätte fatale Folgen haben können.“²²

²¹ *I. F. Maksimyšev*, Padenie berlinskoj steny. Zapiski očevidca, in: *Novaja i novejšaja istorija*, 2000, Nr. 4, S. 128–135, hier S. 135.

²² *Diekmann/Reuth*, Helmut Kohl, S. 254.

Vielleicht sind diese Einschätzungen etwas übertrieben (bei Kohl ist eine gewisse Dramatisierung der Situation durchaus verständlich: so konnte er seine eigenen Verdienste um einen „Durchbruch“ in der deutschen Frage in ein besseres Licht rücken). Die öffentliche Meinung ist ein recht komplexes Phänomen, und ihre Messung durch Meinungsumfragen ergibt nicht immer ein adäquates Bild. Insbesondere war die Beziehung der Bevölkerung der BRD zur NATO nie eine einfache, sie passte nicht einfach in die Kategorie „ja/nein“. So wurde die Frage, ob man eine Vereinigung Deutschlands auf der Grundlage des Austritts der BRD aus der NATO, der DDR aus dem Warschauer Pakt und der Neutralisierung des vereinten Deutschland befürworte, bei Umfragen Anfang der achtziger Jahre von über 50 % (53–54 %) der Befragten mit ja beantwortet. Als jedoch die Frage anders formuliert wurde: Was ist wichtiger – die Wiedervereinigung bei gleichzeitiger Neutralisierung, aber ohne Sicherheitsgarantien der Westmächte, oder aber Sicherheitsgarantien, da sprachen sich nur 23 % für die erste Variante, 54 % dagegen für die zweite aus! Auf die Frage nach der Anwesenheit amerikanischer Truppen in der BRD antworteten im Jahr 1984 73 % der Befragten, sie hielten diese für „unerlässlich oder wichtig“ (die meisten positiven Antworten gab es im Jahr 1978 mit 83 %).²³

Selbst wenn man es in diesem Kontext als unbestrittene Tatsache akzeptiert, dass 84 % der Bürger der BRD für die „Denuklearisierung“ Deutschlands waren,²⁴ so bedeutete dies nicht automatisch eine genauso breite Unterstützung für das Programm der Neutralisierung eines vereinten Deutschland. Vielleicht stellt die Ansicht, dass das Programm, wie „es Bush und auch Kohl befürchteten, [...] bei den Deutschen nicht mehrheitsfähig gewesen“ wäre,²⁵ das andere Extrem dar. Unserer Meinung nach ist eine andere Aussage desselben Verfassers, die das Moment der „verpassten Chance“ betont, zutreffender:

„Nur zögernd und in allgemeiner Form brachte Gorbatschow den Gedanken vor, die Vereinigung Deutschlands mit der Schaffung eines neuen Sicherheitssystems zu verknüpfen, in dem die bisherigen Bündnisse aufgehen sollten. Statt einen plausiblen Vorschlag zur Handlungsfähigkeit eines solchen Sicherheitssystems zu entwickeln, betonten die sowjetischen Vertreter in den nächsten Wochen [gemeint ist die Zeit nach dem Februar-Treffen zwischen Gorbatschow und Kohl, A.F.] nur immer wieder, daß eine NATO-Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands nicht hingenommen werden könne. Die Sympathie der Deutschen für eine Ablösung der Militärorganisationen ließ sich auf diese Weise nicht gegen Bush und Kohl mobilisieren. Genscher mußte in der Frage der NATO-Ausdehnung nachgeben und sprach vom April an auch nicht mehr von einem Aufgehen der Bündnisse in der europäischen Sicherheitsstruktur.“²⁶

Allerdings kann auch dieses Urteil nicht vorbehaltlos akzeptiert werden. Erstens angesichts der persönlichen Positionen einzelner deutscher Politiker in den für Deutschland schicksalhaften Monaten und Tagen der Jahre 1989/90. Naturgemäß sind die diesbezüglichen Zeugnisse in Memoiren von persönlichen Voreingenommenheiten geprägt, was gewisse Probleme verursacht. Man hat den Eindruck, dass Teltschik in seiner bekannten Arbeit die besondere Linie Genschers in Sachen Beziehungen zwischen BRD und NATO wohl allzu stark betont, während Genscher sie etwas herunterspielt. Es verwundert etwas,

²³ Gebhard Schweigler, *Grundlagen der außenpolitischen Orientierung der Bundesrepublik Deutschland*, Baden-Baden 1985, S. 126–127, 135.

²⁴ V. M. Falin, *Bez skidok na obstojatel'stva*, Moskva 1999, S. 449.

²⁵ Loth, Helsinki, S. 265.

²⁶ Ebd., S. 265–266.

dass Kohl in seinen Erinnerungen, die bereits nach den Büchern von Teltschik und Genscher erschienen, seine Einstellung zu dieser Kontroverse überhaupt nicht darstellt. Auch die Erwähnung seines, Kohls, Interviews für die „Washington Post“ vom 18. Januar 1990 in Genschers Buch kommentiert er nicht: Dort erklärte der Kanzler, er stimme nicht mit der Position Bushs überein, „dass die deutsche Vereinigung im Kontext der fortbestehenden deutschen Verpflichtungen in der NATO herbeigeführt werden müsse“.²⁷ Die in der bekannten Publikation aus dem Bundeskanzleramt angeführten Quellen sprechen dafür, dass Kohl zumindest anfangs eher dem Standpunkt Genschers und seines „Plans“ (um den es, wie wir gesehen haben, in den internen Dokumenten des sowjetischen Außenministeriums ging) zugeneigt war. Jedenfalls unterstützte der Kanzler in dem Konflikt zwischen Verteidigungsminister Stoltenberg und dem Außenminister Letzteren.²⁸

Ein konsequent starrer Kurs der Ausrichtung auf die USA (man kann dies primitiven Atlantizismus nennen) wurde anscheinend von Teltschik verfolgt. Es entbehrt nicht der Ironie, dass trotzdem gerade er es war, an dem sich die Vertreter der sowjetischen Diplomatie in ihren vertraulichen Kontakten orientierten. Offenbar handelte die sowjetische Führung nach den Erfahrungen, die sie bei den der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages von 1970 vorausgehenden Verhandlungen gemacht hatte, als die entscheidende Rolle auf deutscher Seite nicht vom Auswärtigen Amt, sondern von Kanzlerberater Egon Bahr gespielt worden war, mit dem die sowjetischen Verhandlungsführer enge und vertrauensvolle Beziehungen aufbauten und von dem man – zu Recht oder zu Unrecht – mehr Verständnis für die sowjetische Position erwartete als zum Beispiel vom damaligen Außenminister der BRD Scheel oder gar von Botschafter Allardt. Aber Teltschik war in vielerlei Hinsicht das genaue Gegenteil von Bahr, sodass man sich hier auf sowjetischer Seite klar in der Adresse geirrt hatte.

Zweitens scheint der Vorwurf, die sowjetische Seite habe es nicht verstanden, einen „Entwurf“ des neuen Sicherheitssystems für Europa zu entwickeln, einigermaßen ungerichtet. Es wäre kaum möglich gewesen, dies in dem kurzen Zeitraum zwischen Februar und Juni 1990 zu bewerkstelligen. In dem oben zitierten Vermerk von Jakovlev sind erste Ansätze eines solchen Entwurfs zu entdecken, mehr jedoch nicht.

In den sowjetischen diplomatischen Kreisen entstand in dieser Situation eine andere Idee: Der bestehende Pro-NATO-Konsens könnte durch Initiativen geschwächt werden, die keine langwierigen Vorarbeiten und Verhandlungen voraussetzten, wie zum Beispiel durch Erklärungen, sei es über die Auflösung des Warschauer Pakts und seiner militärischen Organisation oder über einen einseitigen Abzug der sowjetischen Truppen aus Deutschland. Derartige Empfehlungen finden sich in einem der im Bestand der Abteilung BRD des sowjetischen Außenministeriums gelandeten Dokumente, dem Vermerk „Einige Überlegungen zur militärpolitischen Situation in Europa im Lichte der deutschen Vereinigung“ vom 1. Juni 1990 (unterzeichnet durch „den diensthabenden Referenten der Botschaft der UdSSR in der BRD“, Nikolaj Platoškin). Nach der Feststellung, dass „nach gesamtdeutschen Wahlen und der Aufnahme der DDR in die BRD nach Artikel

²⁷ *Genscher, Erinnerungen*, S. 713.

²⁸ *Hanns Jürgen Küsters/Daniel Hofmann* (Hrsg.), *Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90*, München 1998, S. 112.

23 Grundgesetz (diese Variante ist am wahrscheinlichsten²⁹) das Gebiet der DDR automatisch zur NATO gehören wird“, schlägt der Verfasser zwei Möglichkeiten vor, „diesem Automatismus zuvorzukommen“. Die erste sieht ein „Einfrieren der Mitgliedschaft der BRD in der NATO“ vor („ruhende Mitgliedschaft“), die zweite, die er selbst für realistischer hält, beinhaltet folgende Maßnahmen:

„Deutschland scheidet aus den militärischen Strukturen der NATO (den Militärausschüssen und Regionalkommandos) aus, beteiligt sich aber weiterhin in vollem Umfang uneingeschränkt an der politischen Struktur des Bündnisses (NATO-Rat, Generalsekretariat, Eurogruppe). Die UdSSR könnte in diesem Fall die Auflösung der militärischen Organisation des Warschauer Pakts vorschlagen oder einseitig aus dieser ausscheiden. Gleichzeitig würden NATO und Warschauer Pakt (oder NATO und UdSSR) einen Vertrag über Gewaltverzicht und Verzicht auf den atomaren Erstschlag abschließen.“³⁰

Das Dokument enthält noch eine Reihe weiterer Vorschläge, darunter auch recht mutige (allerdings unter den damaligen Bedingungen kaum realistische) – zum Beispiel, „gemischt-nationale Truppenteile“ zu schaffen, die auf „dem Gebiet einiger europäischer Staaten“ stationiert und einem „gesamteuropäischen Kommando“ unterstellt sein sollten (als konkretes Beispiel wird eine „deutsch-sowjetisch-amerikanische“ Einheit genannt). An Frankreich ist ein recht kategorischer Rat gerichtet: Um eine Kluft zwischen der nördlichen und der südlichen Flanke der NATO infolge des Ausscheidens von Deutschland zu vermeiden, sollte Frankreich „seine Beteiligung am Block wieder beleben“ (aus irgendeinem Grund lediglich für zwei Jahre) oder Deutschland eine atomare Garantie geben (die UdSSR sollte in diesem Fall Polen ebenfalls eine solche Garantie geben). All diese Konstruktionen sind natürlich höchst spekulativ und verleihen dem Vermerk eine etwas impressionistische Gestalt. Überdies entbehrt er nicht gewisser Widersprüche: Wenn der Verfasser anerkennt, dass „die einzige vollwertige Sicherheitsstruktur in Europa heute die NATO ist“³¹, so fragt man sich doch, warum das vereinte Deutschland sie verlassen sollte?

Dieses Dokument zeigt den „Geisteszustand“ der sowjetischen diplomatischen Gemeinschaft zu einer Zeit, da sie vor der Aufgabe stand, Argumente für die Haltung „Deutschland außerhalb der NATO“ zu entwickeln. Die Aufgabe war extrem schwierig und zu dem Zeitpunkt, als Platoškin sich den Kopf darüber zerbrach, offensichtlich bereits unlösbar und nicht mehr aktuell (wir erinnern daran, dass der Präsident der UdSSR bereits am Vortag des Tages, an dem Platoškin seine Unterschrift unter das Papier setzte, den Standpunkt Bushs – „Deutschland in der NATO“ – übernommen hatte, was ein einfacher Diplomat natürlich weder wissen noch erahnen konnte).

Man sollte die „Wende“ in der sowjetischen Politik, die sich am 31. Mai ereignete, bestimmt nicht dramatisieren. Im Grunde war die Entscheidung Gorbatschvs die logische Fortführung seiner Position bei den Gesprächen mit Baker vom Februar, als er erklärt hatte, „die UdSSR fordere im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung Deutschlands nicht den Abzug der amerikanischen Streitkräfte“.³² In Verbindung mit der damaligen Ablehnung eines Blockstatus für Deutschland bedeutete dies faktisch, dass die deutsche

²⁹ Später wurde beschlossen, die Wahlen nach der Ausführung von Artikel 23 durchzuführen.

³⁰ AVP RF, f. 757, op. 35, d. 9, p. 196, l. 80.

³¹ Ebd., l. 79.

³² *Gorbatschow, Wie es war*, S. 102.

„Neutralität“ einer Rückkehr zum Besatzungsregime gleichkam (wie hätte man sonst die Präsenz ausländischer Truppen auf deutschem Boden rechtfertigen können?). Ein solches Verständnis von „Neutralisierung“ konnte natürlich für die Deutschen überhaupt nicht attraktiv sein und ist vielleicht aus eben diesem Grund nie offen von der sowjetischen Seite vorgebracht worden. Wieso wurde es den Amerikanern zur Kenntnis gebracht? Anscheinend rechnete der sowjetische Präsident mit Gegenseitigkeit – mit einer entsprechenden Erklärung der USA, dass diese den Abzug der sowjetischen Truppen aus Deutschland nicht fordern würden. Allerdings wurde diese Geste im Gegenzug nicht gemacht, sie hätte wohl auch kaum gemacht werden können. Die amerikanische Seite konnte keinen anderen Schluss ziehen als den, dass die UdSSR kein Programm hatte, das den Deutschen imponieren konnte, und hinsichtlich der eigenen Militärpräsenz in Deutschland und in Europa überhaupt gab es keinen Grund zur Sorge – im Unterschied zu der Situation, die für die UdSSR entstanden war. In dem erwähnten Vermerk vom 1. Juni wurde diese recht passend beschrieben:

„Es ist nicht ausgeschlossen, dass alle unsere Verbündeten nach dem Beispiel der Tschechoslowakei und Ungarns bestrebt sein werden, die sowjetischen Truppen einseitig loszuwerden. Einen ähnlichen Druck gibt es für die USA in Europa nicht.“³³

Hätte man einen solchen „Druck“ mit entschlossenen einseitigen sowjetischen Aktionen zur Demontage des Warschauer Pakts und zum Abzug der Westgruppe der Streitkräfte herstellen können? Es ist sehr schwierig, diese Frage eindeutig zu beantworten. Bei dieser Variante wäre es wohl wesentlich schwerer gewesen, eine materielle Entschädigung durch die BRD sicherzustellen. Vielleicht gab es für die UdSSR in der damaligen Situation keine andere Wahl als die, die getroffen wurde. Das Problem ist wohl ein anderes: Wenn die sowjetische Führung faktisch bereits im Februar 1990 für sich entschieden hatte, dass es keine Alternative zur Einbeziehung der BRD in die NATO geben würde, und diese Entscheidung sogar den Amerikanern zur Kenntnis brachte, warum wurden dann enorme Anstrengungen sowjetischer Diplomaten mobilisiert, um gerade nach solchen Alternativen zu suchen und sie zu vertreten?! Denn der sowjetische Entwurf eines „Sechservertrags“, der der Leitung des Außenministeriums am 6. August 1990 durch den stellvertretenden Minister Julij A. Kvicinskij und den Leiter der 3. europäischen Abteilung, Aleksandr P. Bondarenko, vorgelegt wurde und der nach deren Worten „unter Berücksichtigung der Vereinbarungen von Archyz“ vorbereitet worden war, beinhaltete immer noch eine Bestimmung „über den vorübergehenden Aufenthalt, die Konzentration und den Abzug der Truppen der Westmächte aus Deutschland“.³⁴ Sie wurde erst („angesichts ihrer Undurchsetzbarkeit“) am 13. August 1990 gestrichen, nachdem Gespräche zwischen Kvicinskij und dem Leiter der Politischen Abteilung 2 des Auswärtigen Amts der Bundesrepublik, Dieter Kastrup, stattgefunden hatten.³⁵ Als ob diese „Undurchsetzbarkeit“ nicht schon vorher klar gewesen wäre!

Die Formel „Deutschland in der NATO“ hatte zunächst eine gewisse einschränkende Ergänzung: „abzüglich des Hoheitsgebiets der DDR“. Der Vorzug dieser Lösung lag darin, dass sie anscheinend allen passte und für die Positionen der unterschiedlichsten

³³ AVP RF, f. 757, op. 35, d. 9, p. 196, l. 76.

³⁴ Ebd., l. 151, 157.

³⁵ Ebd., d. 8, p. 196, l. 94.

Personen und politischen Kräfte zum gemeinsamen Nenner wurde: Auf sie einigten sich der Außenminister der USA, Baker (im Gespräch mit Gorbatschow am 9. Februar 1990)³⁶, die Sozialdemokraten auf beiden Seiten der noch existierenden deutsch-deutschen Grenze (unabhängig vom sowjetisch-amerikanischen Dialog wurde die These von der „Irrealität“ sowohl der Einbeziehung Gesamtdeutschlands in die NATO als auch von dessen Neutralisierung im Namen der Kommission der beiden Parteien durch den Vertreter der DDR-SPD Stefan Hilsberg vorgetragen³⁷) und sie wurde seit langem von Außenminister Genscher befürwortet – mit dem stillschweigenden Einverständnis des Kanzlers. Allerdings trat relativ bald eine „Verhärtung des westlichen Standpunkts“ ein (Wilfried Loth), und dies bereits vor den Wahlen in der DDR im März, mit denen gewöhnlich die scharfe Wendung im Vereinigungsprozess in Verbindung gebracht wird. Während Baker zunächst die Formel von einer „Beschränkung der NATO-Jurisdiktion“ auf das Gebiet der „alten“ BRD gebrauchte, änderte Bush diese ab: Es ging nur um einen „besonderen militärischen Status“ für die künftigen „neuen Länder“. Nach dem Treffen Bushs mit Kohl am 24./25. Februar 1990 wurde eben diese neue Formel zu einem Element in der Position der westdeutschen Regierung. Anfang April lehnte der Kanzler das Prinzip einer Entmilitarisierung des DDR-Gebiets bereits kategorisch ab.³⁸

Es ist durchaus wahrscheinlich, dass eine schnelle, transparente und positive Reaktion auf die ursprünglichen Vorschläge Bakers vom Februar diese negativen Tendenzen in der westlichen Politik hätte blockieren können; in Wirklichkeit war die Zeit jedoch verspielt worden. Die sowjetische Politik wiederholte wohl denselben Fehler, der bei den Verhandlungen mit Bahr 1970 begangen worden war, als man lange überlegt hatte, ob man den Entwurf eines „Briefs zur deutschen Einheit“ zu sehr günstigen Bedingungen akzeptieren sollte oder nicht, und eine Regelung akzeptiert hatte, die diese „Zugabe“ beinhaltete, als die Position der BRD sich bereits verhärtet hatte.

Es bleibt festzuhalten: In der konkreten Situation des Jahres 1990 ging diese Verhärtung der Standpunkte, gingen die Initiativen zur Verstärkung des Drucks auf die UdSSR in der Regel nicht von der BRD aus, sondern von ihren Verbündeten in der NATO. Vielmehr spielte die Diplomatie der BRD ihre Rolle bei der Abweisung besonders grober Versuche dieser Art. Hier ist insbesondere der Zwischenfall am Vorabend der Unterzeichnung des „Vertrags über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“ gemeint, als die Westmächte ultimativ forderten, die Streitkräfte der Westmächte müssten das Recht erhalten, auf dem Gebiet, aus dem die sowjetischen Truppen abgezogen werden sollten, Manöver abzuhalten, wofür Artikel 5 Absatz 3 des Vertrags entsprechend abgeändert werden sollte (dort war vorgesehen, dass ausländische Streitkräfte und Atomwaffen oder deren Träger nicht in diesem Teil Deutschlands stationiert oder dorthin verlegt werden durften). Ševardnadze schreibt in diesem Zusammenhang: „Ich bat darum, den Kollegen mitzuteilen, dass, wenn diese Bestimmung von ihnen akzeptiert werde, die morgige Sitzung nicht stattfinden werde“ und „es keinen Vertrag geben werde“. „Morgens teilte man mir dann mit, der Vorschlag sei zurückgezogen worden“, so der Memoirenschreiber.³⁹

³⁶ *Gorbatschow*, Wie es war, S. 101.

³⁷ *Izvestija* vom 20. Februar 1990.

³⁸ *Loth*, Helsinki, S. 265.

³⁹ *Éduard A. Ševardnadze*, *Moj vybor*, Moskva 1991, S. 244.

Das ist alles richtig, aber es ist durchaus wahrscheinlich, dass dieses Ergebnis auch hätte ausbleiben können, wenn nicht der Außenminister der BRD so aktiv gewesen wäre. Nach Einschätzung Kvicinskij's war es nämlich

„Genscher, der die Situation rettete. Es ging um die Zukunft seines Volkes, und er erfüllte seine Pflicht als deutscher Patriot. [...] Das Problem war mit Hilfe eines interpretierenden Schreibens der BRD zur Auslegung des Begriffs ‚Verlegung‘, das dem Dokument über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland beigelegt wurde, rasch gelöst.“⁴⁰

Vielleicht liegt hier eine allzu forsch-emotionale Einschätzung vor. Das ist für einen Zeitzeugen und Memoirenschreiber ganz verständlich und unvermeidbar, doch der Historiker muss „strengere“ Maßstäbe anlegen. In diesem Fall gibt es Grund, sich Gedanken darüber zu machen, ob die von Genscher vorgeschlagene Formel tatsächlich so tadellos ist – nicht nur aus Sicht der Staatsinteressen der UdSSR und ihres Rechtsnachfolgers Russland, sondern auch aus Sicht der europäischen Friedensordnung. Soweit es ein Laie in Sachen Völkerrecht beurteilen kann, sah sie Folgendes vor: Die Entscheidung darüber, was eine „Verlegung“ ist und was nicht, was als Vertragsverletzung zu betrachten ist und was nicht, wird allein der Regierung der BRD obliegen. Das Recht, die Verhaltensregeln eines Militärbündnisses festzulegen, wird also einem einzigen Bündnismitglied zugestanden – ein etwas seltsames Monopol. Ich kann mir die Argumente schon vorstellen: Das ist eine innere Angelegenheit der NATO, die BRD hat dieses Vertrauen verdient, dieses System ist dem des „doppelten Schlüssels“ ähnlich und stellt eine weitere Garantie gegen jeden Missbrauch militärischer Gewalt dar. Das stimmt alles, doch das Völkerrecht gründet sich zu einem bedeutenden Teil auf Präzedenzfälle, und da stellt sich folgende Frage: Was ist, wenn ein, sagen wir einmal, neues NATO-Mitglied an der Grenze zu Russland sich auf diesen Präzedenzfall beruft und erklärt, es wolle sein Gebiet für NATO-Manöver mit Einsatz von Kernwaffen oder den Aufbau einer entsprechenden Infrastruktur oder einfach für „den vorübergehenden Aufenthalt“ ausländischer Truppen zur Verfügung stellen, ohne dies als „Stationierung“ oder „Verlegung“ zu bezeichnen? Natürlich hat sich die BRD verpflichtet, ihr Recht „vernünftig und verantwortungsvoll, unter Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen aller Beteiligten“ auszuüben, aber wo sind die Kriterien für diese Begriffe? Wenn man davon ausgeht, dass die BRD, wie jedes andere Land auch, diese für sich selbst festlegt, warum musste dann zum Beispiel eine Begrenzung der Stärke der Bundeswehr im Vertrag vereinbart werden? Die deutsche Regierung hätte sie doch durchaus „vernünftig und verantwortungsvoll“ selbst festlegen können. Kurzum, einige logische Brüche scheint es hier zu geben, und das sollte nicht verschwiegen werden. Der Verfasser der analytischen Einführung in der erwähnten Dokumentation des Bundeskanzleramts, Hanns J. Küsters, spricht übrigens vom „völkerrechtlich ungewöhnlichen“ Charakter dieses Kompromisses, den er darin sieht, dass „einer Vertragspartei allein das Interpretationsrecht zusteht“.⁴¹ Wir wollen noch auf ein nicht unwichtiges Detail hinweisen: Die „Genscherformel“ wurde dem Vertrag nicht nur „beigelegt“ und ist kein „interpretierendes Schreiben der BRD“ (dies hätte lediglich für Deutschland selbst entsprechende Rechtsfolgen nach sich gezogen), sondern trägt den Titel „Abgestimmte

⁴⁰ J.A. Kvicinskij, *Vremja i slučaj*, Moskva 1999, S. 68.

⁴¹ Küsters/Hofmann, *Deutsche Einheit*, S. 224.

Protokollnotiz⁴² und ist somit ein Teil dieses Dokuments, der die gleiche Rechtskraft besitzt wie der Vertrag selbst. In diesem Zusammenhang ist es höchst verwunderlich, dass in dem Vertragstext vom 12. September 1990, der in der Anlage der Erinnerungen Gorbatschovs veröffentlicht wurde, diese Ergänzung zu Artikel 5 völlig fehlt – als gäbe es sie nicht und hätte sie nie gegeben! Vielleicht kommt auf diese indirekte Weise die negative Meinung dazu zum Ausdruck, aber Verschweigen ist nicht die beste Art, auf die Realität zu reagieren.

Die Maximalzugeständnisse beim militärpolitischen Teil des „deutschen Pakets“, so erinnern wir uns, waren in dem Dokument des Außenministeriums vom 14. Mai 1990 als Preis und Mittel empfohlen worden, um entsprechende, für die UdSSR günstige Bedingungen beim anderen Teil zu erreichen, der die Grenzen betraf sowie die Achtung der Grundsätze des Völkerrechts, die Sicherung der Bürgerrechte und -freiheiten, die Rechtsnachfolge, die wirtschaftliche Zusammenarbeit und schließlich die materielle Absicherung des Abzugs der Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte. Von diesem ganzen Katalog wurden mehr oder weniger „maximal“ die Fragen der Grenzen und des Truppenabzugs gelöst. Ansonsten machte die sowjetische Seite ebenfalls wesentliche Zugeständnisse.

In Artikel 9 des erwähnten sowjetischen Entwurfs einer „Abschließenden völkerrechtlichen Regelung mit Deutschland“ vom 6. August 1990 findet sich eine klar formulierte Liste der Verpflichtungen, die das vereinte Deutschland eingehen sollte. Es handelt sich um die Anerkennung der Rechtmäßigkeit der Maßnahmen der Besatzungsmächte „in den Bereichen Entnazifizierung, Entmilitarisierung und Demokratisierung“ (es heißt insbesondere, dass „die Rechtmäßigkeit dieser Entscheidungen, unter anderem in Fragen von Vermögen und Grundbesitz, nicht von deutschen Gerichten oder anderen deutschen Staatsorganen überprüft wird“), die Unterstützung dafür, „dass Personen, die im Zweiten Weltkrieg in Deutschland zur Zwangsarbeit herangezogen wurden, eine gerechte Entschädigung zuteil wird“, die Ergreifung von Maßnahmen zur Verhinderung „des Wiederauflebens der nazistischen politischen Ideologie sowie der nationalsozialistischen Parteien und Bewegungen“, die Gewährleistung der Unversehrtheit der Denkmäler und Grabstätten „von Bürgern aus den Ländern der Anti-Hitler-Koalition“, die Bestätigung der Gültigkeit der durch die BRD und die DDR in der Vergangenheit abgeschlossenen internationalen Verträge und Abkommen.⁴³

Von diesen fünf Punkten gelangte derjenige, der die Entschädigung für „Ostarbeiter“ betraf, überhaupt nicht in das Abschlussdokument der „Gruppe der Sechs“⁴⁴, die anderen gingen nicht in den eigentlichen Vertragstext ein, sondern in den „Brief an die

⁴² Vgl. Izvestija vom 13. September 1990.

⁴³ AVP RF, f. 757, op. 35, d. 9, p. 196, l. 159–160.

⁴⁴ Er gelangte auch nicht in den sowjetisch-deutschen „Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit“, der am Tag nach der Unterzeichnung des „Sechservertrags“ paraphiert wurde, obwohl sich in dem durch das Außenministerium der UdSSR erarbeiteten Entwurf eine entsprechende Bestimmung (Artikel 15) fand (s. AVP RF, f. 757, op. 35, d. 8, p. 196, l. 79). Das Fehlen einer Regelung zu diesem Thema rief eine besorgte Reaktion des weißrussischen Außenministeriums hervor, das am 15. November 1990 eine Anfrage an das sowjetische Außenministerium schickte. Die Antwort des Unionsministeriums kann nur schwer als zufriedenstellend bezeichnet werden (s. AVP RF, f. 757, op. 35, d. 8, p. 196, ll. 157–163).

Außenminister der vier Mächte im Namen der Regierungen der DDR und der BRD“, und zwar in einer wesentlich weniger klaren und verbindlichen Form. Von Parteien und Bewegungen, die sich gegen „die verfassungsmäßige Ordnung oder den Gedanken der Völkerverständigung“ wenden, heißt es, sie „können verboten werden“ (im sowjetischen Entwurf hatte gestanden: „werden verboten“), wobei hinzugefügt wird: „Dies gilt auch für Parteien und Organisationen mit nationalsozialistischer Ausrichtung.“ Es bleibt ein Rätsel, welche Parteien wohl in erster Linie gemeint sind, wenn nicht neonazistische? Auch die Formulierung, dass „das vereinte Deutschland [...] seine Haltung zum Übergang völkerrechtlicher Verträge der DDR nach Konsultationen mit den jeweiligen Vertragspartnern und den europäischen Gemeinschaften“ festlegen wird, konnte die sowjetische Seite kaum zufriedenstellen. Über die Gründe und Motive für diese Nachgiebigkeit (und den faktischen Rückzug von dem „Paket“ von Archyz, das im Prinzip die Gedanken der Dokumente des Außenministeriums vom 14. und 21. Mai enthielt und eben keinen solchen „Rückzug“ darstellte!), über das Verhältnis objektiver und subjektiver Faktoren ließe sich lange streiten. Doch es würde den Rahmen dieses Beitrags sprengen, wollte man diesen Streit führen.

Zum Abschluss möchte ich noch ein Quäntchen Optimismus einbringen. Bei internationalen Akten sind manchmal nicht so sehr die juristischen Formeln das Wichtigste als vielmehr ihr Geist und ihre Zielsetzung. Insofern haben die Dokumente der deutschen Einheit die in sie gesetzten Hoffnungen und Erwartungen durchaus erfüllt. Die Deutschen kommen den übernommenen Verpflichtungen loyal nach, obwohl sie, wie wir gesehen haben, nicht immer klar genug formuliert worden sind. Die deutschen Gerichte haben zwar in einer Reihe von Fällen Verfahren zur Überprüfung der Rechtmäßigkeit von Enteignungsfällen aus den Jahren 1945–1949 zugelassen, was sie entsprechend der sowjetischen Rechtsposition nicht gedurft hätten. Allerdings haben die Urteile dieser Gerichte im Grunde genommen das bestätigt, wofür die Sowjetunion eingetreten war. Es kann einem nur um die Zeit der Richter und die Gelder der Steuerzahler, die für diese Prozesse aufgewendet wurden, leidtun, aber das sind letzten Endes interne Probleme der Deutschen selbst. Übrigens konnten sich deutsche Juristen, gestützt auf eben den Geist und die Buchstaben des Vertrags von 1990, der Ansprüche ehemaliger Nazis erwehren – erinnern wir uns an die skandalöse Klage des ehemaligen Chemnitzer Gestapo-Chefs, der die Rückgabe von Bildern aus dem städtischen Museum, die früher angeblich zu seiner Privatsammlung gehört hatten, forderte. Hätte es den Vertrag nicht gegeben, oder wäre die Beschlagnahme nach 1949 erfolgt, hätte der Nazi sich vermutlich durchsetzen können! In diesem Sinne sind die von den Deutschen eingegangenen Verpflichtungen ein wichtiger Faktor bei der Ausübung der Rechte der Gesellschaft gegenüber einzelnen unverbesserlichen Missgeburten. Anders als Versailles ist die Regelung von 1990 nicht zu einer Fessel, sondern zu einer Hilfe für die deutsche Nation geworden.

Andererseits haben die Deutschen freiwillig dort Verpflichtungen übernommen, wo dies von ihrer Führung anno 1990 abgelehnt worden war – im Bereich der Entschädigung der Opfer der Naziherrschaft. Dieser humane Akt spiegelt ohne Zweifel die neue Rolle Deutschlands in Europa wieder.

Man kann auch auf folgenden, etwas paradoxen Umstand hinweisen: Was 1990 als Mangel erschien – eine zu weit gefasste, gefährlich unbestimmte Definition der antidemokratischen Organisationen, die verboten werden können – mag sich heute als Vorteil

erweisen. Der klassische Nationalsozialismus stellt heute keine aktuelle Bedrohung mehr dar, und wenn man sich allzu einseitig an ihm orientiert hätte, gäbe es wahrscheinlich nicht die Möglichkeit, die durch die deutsche Regelung stimulierten Normen und Instrumente der völkerrechtlichen Ordnung gegen, zum Beispiel, religiösen Extremismus einzusetzen. Aber dafür bedarf es neben dem Recht natürlich auch noch des politischen Willens.

Wenn man schließlich von der deutschen auf die internationale Ebene übergeht, so kann man feststellen, dass die Unzulänglichkeiten und „Klippen“, die trotz allem in der während der Vereinigung Deutschlands ausgehobenen Fahrrinne noch verblieben sind, bisher erfolgreich umschifft werden konnten und den internationalen Schiffsverkehr nicht allzu sehr behindern. Die mit der NATO-Erweiterung verbundenen Wogen haben sich insgesamt wieder gelegt. Unser Land hat einen großen Schritt unternommen, um die Beziehungen „der politischen Kooperation, Assoziation und Zusammenarbeit“ mit dem Atlantischen Bündnis herzustellen, von denen in einem der interessantesten Papiere unserer Diplomatie zu jener Zeit die Rede war. Wir wollen hoffen, dass sich dieser Prozess auch weiterhin fortsetzt – in jenem Geiste der Verständigung, Zusammenarbeit und Suche nach allseits akzeptablen Kompromissen, der die deutsche Vereinigung möglich gemacht hat – aber ohne den Zickzackkurs und ohne die Abschottung von der Öffentlichkeit (trotz aller „Glasnost“!), die damals zu verzeichnen waren.

Horst Möller

Die Vereinigten Staaten und die deutsche Wiedervereinigung

I.

Wäre es ohne die USA 1989/1990 zur Wiedervereinigung Deutschlands gekommen? Die Frage ist spekulativ, zeigt aber das Problem: Vom Frühjahr 1989 bis zum Sommer 1990 gab es zahlreiche wichtige Akteure im diplomatischen Prozess, der die Wiedervereinigung herbeiführte. Drei Staatsmänner aber spielten eine zentrale Rolle: der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl, der Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow und der amerikanische Präsident George Bush sen. Zwar standen sie in diesem weltpolitischen Schachspiel nicht allein, auch andere Staatsmänner sowie ihre politischen und diplomatischen Berater nahmen wichtige Aufgaben wahr, beispielsweise die Außenminister Hans-Dietrich Genscher, Eduard Ševardnadze und James Baker, doch ohne die drei erstgenannten führenden Politiker wären die Verhandlungen anders verlaufen: Die politische Mitwirkung der amerikanischen und der europäischen Regierungen war unterschiedlich, Zustimmung und Ablehnung waren ebenso wie der jeweilige Zeitpunkt für ihr Engagement verschieden; bei fast allen Akteuren veränderte sich während weniger Monate ihre Haltung.

Die einleitende Frage bleibt hypothetisch, nicht aber die folgende Feststellung: Präsident Bush hat früher als andere Staatsmänner den weltpolitischen Wandel infolge der Auflösung der kommunistischen Diktaturen erkannt und in diesem Prozess früher als alle anderen eine Chance zur Wiedervereinigung Deutschlands gesehen. Er ist jedoch noch weiter gegangen, er hat diese Möglichkeit begrüßt. Und während der dritte entscheidende Akteur, die sowjetische Führung, nur widerwillig und zögerlich diese Richtung einschlug, war Bush neben Kohl derjenige, der die Wiedervereinigungspolitik mit Energie vorangetrieben hat. Allerdings gab es auch in der amerikanischen Administration unterschiedliche Positionen, außerdem banden die USA ihre Unterstützung an Bedingungen, ohne deren Erfüllung sie der Wiedervereinigung nicht zugestimmt hätten.

Bereits am 12. Mai 1989 schrieb Präsident Bush vertraulich an Bundeskanzler Kohl, „dass sich uns eine historische Chance bietet“, die Ost-West-Beziehungen zu verändern.¹ Welche Konsequenzen daraus für Deutschland zu ziehen waren, blieb zu diesem Zeitpunkt allerdings offen. Noch im Herbst 1989 zeichneten sich zwei Denkschulen in der amerikanischen Administration ab: Sie stimmen aber in der grundlegenden Diagnose

¹ *Hanns Jürgen Küsters / Daniel Hofmann* (Hrsg.), *Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90*, München 1998, S. 35.

überein, dass der weltpolitische Wandel eine nachhaltige Veränderung der innerdeutschen Beziehungen herbeiführen werde. Die Differenz lag im Ausmaß dieser Konsequenz. Außenminister James Baker sprach in einer Rede am 16. Oktober 1989 in New York vor der Foreign Policy Association noch von „reconciliation“, Bush hingegen in einem Interview mit der New York Times am 24. Oktober, das unmittelbar nach einem Telefongespräch mit Kohl stattfand, von „reunification“. Der amerikanische Präsident erklärte unter anderem: Er teile nicht die Sorgen einiger europäischer Länder hinsichtlich einer möglichen Wiedervereinigung Deutschlands, er befürchte keinen deutschen Neutralismus. Es sei Aufgabe der deutschen, britischen und französischen NATO-Partner, sich über dieses Thema zu verständigen.

Der Führer der demokratischen Mehrheit des amerikanischen Senats, George Mitchell, bezeichnete die Wiedervereinigung sogar schon im Oktober 1989 als „unvermeidlich“. Die Mauer werde in relativ kurzer Zeit abgerissen werden, es werde zu einem „gewissen Grad an größerem Föderalismus zwischen Ost- und Westdeutschland“ kommen.²

II.

Warum erwiesen sich die USA so aufgeschlossen gegenüber der konstruktiven Lösung der deutschen Frage?

Eine Reihe langfristiger Gründe standen neben kurzfristigen. Die langfristigen nenne ich nur summarisch, die unmittelbare Vorgeschichte behandle ich etwas ausführlicher.

1. Schon während der Besatzungsjahre steuerten die Amerikaner früher und intensiver als die anderen Besatzungsmächte auf den Wiederaufbau einer deutschen Demokratie zu. Sie betrachteten die Teilung als Ergebnis des Kalten Krieges und setzten auf eine schnelle politische, ökonomische und verteidigungspolitisch-strategische Integration der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt. Im Laufe der Jahrzehnte war die Bundesrepublik auch ökonomisch zu einem der wichtigsten Partner der USA geworden. Da die Amerikaner selbst in großräumigen Kategorien dachten, lag für sie die Integration Europas auch im amerikanischen Interesse. Die Zweiteilung Europas betrachteten die USA nicht als endgültig. Stärker als andere Staaten des Westens verbanden sie die militärische Sicherung mit einer politischen Mission zugunsten der weltpolitischen Ausdehnung der demokratischen Staaten. Aufgrund dieser Ausgangsbasis standen für die amerikanische Politik militärische Sicherung des Westens, Antikommunismus und Demokratisierung Osteuropas, die Ostdeutschland einbezog, in engem Zusammenhang. Die damals naiv erscheinende Berliner Rede, die Präsident Ronald Reagan vor dem Brandenburger Tor an die Adresse des sowjetischen Generalsekretärs richtete: „Herr Gorbatschow, öffnen Sie dieses Tor, reißen Sie diese Mauer nieder!“, zielte zwar – wie alle vergleichbaren Reden – auf den öffentlichkeitswirksamen rhetorischen Effekt, besaß aber zugleich eine ideelle, auf Demokratisierung und Freiheit ausgerichtete Komponente.

² Zusammenfassung dieser Äußerungen in einem Bericht *Teltschiks* für Bundeskanzler Kohl am 24. Oktober 1989, in: ebd., S. 465–467.

Die deutsch-amerikanischen Beziehungen waren für die Bundesrepublik Deutschland „existentiell“: Dies betonte der Bundeskanzler am 30. Mai 1989 beim ersten Deutschlandbesuch, den Bush in seiner Eigenschaft als amerikanischer Präsident durchführte, nicht allein in öffentlichen Äußerungen, sondern auch im kleinen Kreis. Bush und Kohl stimmten überein, dass die Beziehungen nie besser gewesen waren als im Frühjahr 1989.³ Wie die anderen beiden Westalliierten, Großbritannien und Frankreich, besaßen die USA gemäß dem Generalvertrag von 1952 bzw. 1954 weiterhin Rechte und Pflichten in Bezug auf Deutschland als Ganzes, alle drei hatten Teil an der Vier-Mächte-Verantwortung in Berlin. Jede grundlegende Veränderung des Ost-West-Verhältnisses in Europa betraf also wesentlich auch die USA.

2. Die kurzfristigen Gründe für die Sensibilität der amerikanischen Führung in Bezug auf die deutsche Frage lagen in der Sicherheitspolitik. Die neue amerikanische Regierung Bush bereitete seit 1987 eine außen- und sicherheitspolitische Bestandsaufnahme vor. Sie behandelte auch Perestroika und Glasnost' in der Sowjetunion und sollte Grundlage des außenpolitischen Konzepts der Bush-Administration werden. Aus Präsident Bushs erster diesbezüglicher Weisung an den Politischen Koordinierungsausschuss ging die Analyse unter dem Titel „Nationale Sicherheitsüberprüfung – Westeuropa 12“ (*NSR 12*) hervor. In ihr findet sich eine zusammenhängende Darstellung der Beziehungen der USA und Westeuropas zur Sowjetunion unter dem Aspekt der Verteidigungspolitik und der Rüstungskontrolle.

Weitere Analysen folgten, doch waren es, wie Philip Zelikow – damals außenpolitischer Berater in der Bush-Administration – und Condoleezza Rice feststellten, nicht die Analysen, sondern die Ereignisse, die eine Wendung herbeiführten. Bush wollte vermeiden, dass sich die Niederschlagung von Reformbewegungen durch sowjetische Truppen wie in Ungarn 1956 und Prag 1968 wiederholte. Er wartete deshalb, bis das Solidarność-Verbot in Polen aufgehoben wurde, bevor er am 17. April 1989 ein offizielles Signal gab: Hilfe aus dem Westen könne gleichzeitig mit einer Liberalisierung in den osteuropäischen Staaten erfolgen:

„Der Westen kann jetzt eine kühne Vision der Zukunft Europas mutig vorschlagen: Wir träumen von dem Tag, an dem es keine Schranken für die Bewegungsfreiheit von Menschen, Waren und Ideen mehr gibt.“⁴

Präsident Bush verfolgte von Beginn seiner Amtszeit an viel weitergehende Ziele als die führenden Beamten des Außenministeriums, er wünschte eine Revision der gesamten Europapolitik, die den Auflösungserscheinungen innerhalb der kommunistischen Diktaturen Rechnung trug. In Bezug auf die Deutschlandpolitik wurden die beiden unterschiedlichen Positionen schon im März 1989 deutlich: So betrachtete die Leiterin des Koordinierungsausschusses für Europapolitik, die frühere amerikanische Botschafterin in der DDR Rozanne Ridgway den Status quo als Basis des Friedens, sie hielt es – in Übereinstimmung mit der Mehrheitsmeinung im amerikanischen Außenministerium – nicht allein für voreilig, sondern auch für unklug, die deutsche Frage von amerikanischer Seite

³ Ebd., S. 271ff.

⁴ *Philip Zelikow/Condoleezza Rice*, Sternstunden der Diplomatie. Die deutsche Einheit und das Ende der Spaltung Europas. 2. Aufl., Berlin 1997, S. 54.

aufzugreifen. Demgegenüber vertraten andere Mitglieder des Ausschusses, Philip Zelikow und Robert Blackwill, in der Debatte über einen unter dem Kürzel NSR 5 vorgelegten Bericht die Ansicht, die USA müssten ihrerseits in der deutschen Frage in die Offensive gehen, wenn der Kalte Krieg sich dem Ende nähere.⁵ Auch innerhalb der CIA sowie bei den Vereinigten Stabschefs bestanden analog die beiden Positionen. Außenminister James Baker und seine engsten Berater repräsentierten eher die Status-quo-Politik.

Damit sind die beiden hauptsächlichen Denkschulen bezeichnet, es hing nun zum einen von der politischen Entwicklung selbst ab, zum anderen von der Zielsetzung des amerikanischen Präsidenten. Dabei kam es entscheidend auf die Reaktion an, denn das Tempo der Entwicklung bestimmten nicht die Politiker des Westens. Dies haben nicht nur Diplomaten verkannt, sondern auch Staatsmänner wie François Mitterrand. Doch anders als Margaret Thatcher, die aufgrund ihrer Starrheit und ihres Denkens in Klischees zu einer realistischen außenpolitischen Diagnose unfähig war, erwies sich der französische Staatspräsident nach anfänglich eher hinhaltendem Widerstand als flexibel. Seit dem Zusammentreffen mit Bundeskanzler Kohl in Latché am 4. Januar 1990 modifizierte er seine Haltung, dadurch gewann er im Zusammenwirken mit Kohl Einfluss, zwar nicht auf den Prozess der Wiedervereinigung im engeren Sinn, aber auf ihre europapolitische Einbindung.

Je stärker sich in den USA im Laufe der Monate die Waage zu einer offensiven Europa- und Deutschlandpolitik neigte, desto mehr geriet die britische Politik in die Isolation, zumal sie zunächst ähnlich wie Mitterrand auf Gorbatschows Weigerung vertraute, die sowjetische Deutschlandpolitik zu verändern; einmal mehr erwies sich, dass amerikanisch-britische Kooperation nicht so selbstverständlich ist, wie es heute erscheint.

III.

Der Dualismus in der amerikanischen Deutschlandpolitik war also bereits im Frühjahr 1989 erkennbar und dauerte bis zum Herbst an. Doch schon im Frühjahr belebte sich nicht allein die Diskussion über einen Strategiewechsel der USA in der Europapolitik. Vielmehr verdichteten sich die Anzeichen, dass Bush eher den Beratern vertraute, die seiner Veränderungsdynamik Rechnung trugen. Im Mai 1989 erklärte er in einem Interview mit der *Washington Times*, dass ihn eine Wiedervereinigung Deutschlands erfreuen würde:

„Jeder, der zurückschaut, dann die Gegenwart betrachtet und ein durch Teilung entzweites Land und durch die Teilung getrennte Menschen sieht, sollte die Wiedervereinigung auf einer angemessenen Grundlage befürworten.“⁶

Was aber war eine „angemessene Grundlage“? Darüber war zu gegebener Zeit zu verhandeln, sie hing jedenfalls mindestens so sehr von der Sowjetunion ab wie von den Deutschen. Ich werde darauf noch eingehen.

Von Gorbatschov kamen zwar keine konkreten Vorschläge zur deutschen Frage, doch machte der Generalsekretär mit ständig neuen Formulierungen, beispielsweise vom „ge-

⁵ Ebd., S. 55.

⁶ Ebd., S. 58f.

meinsamen Haus Europa“ von sich reden, die – außensowjetische – Öffentlichkeit reagierte jeweils elektrisiert, in der amerikanischen Administration wuchs die Befürchtung, Gorbachev könne sogar einen deutschlandpolitischen Vorschlag machen, der den Amerikanern das Heft aus der Hand nähme – doch in dieser Hinsicht zeichneten sich 1989 tatsächlich keine sowjetischen Initiativen ab, die Wiedervereinigung lag noch außerhalb des Vorstellungsvermögens der sowjetischen Politik dieser Monate, die amerikanische Befürchtung vor einem solchen Schachzug Moskaus war also übertrieben.

Aus Anlass der Europareisen des amerikanischen Präsidenten mit dem 40-jährigen NATO-Jubiläum als Höhepunkt stand im Übrigen eine neue sicherheitspolitische Initiative auf der Tagesordnung. Innerhalb der NATO und in der Bundesrepublik gab es Streit über eine Modernisierung der nuklearen Kurzstreckenraketen (Lacos), innerhalb der amerikanischen Administration vertraten der Sicherheitsberater von Präsident Bush, Brent Scowcroft, und sein Stab die Auffassung, die USA hätten das konventionelle Gleichgewicht in Europa zu lange vernachlässigt, eine sicherheitspolitische Initiative sei an der Zeit. Ergebnis war der Vorschlag, sehr zügig zu einer dramatischen Reduzierung der konventionellen Streitkräfte in Europa zu gelangen und so das konventionelle Gleichgewicht herzustellen.

Tatsächlich bot der Brüsseler NATO-Gipfel am 29. und 30. Mai 1989, der durch die amerikanische Diplomatie mit geheim gehaltenen Informationsreisen zu den wichtigsten Partnern vorbereitet wurde, die beste Gelegenheit. Der stellvertretende Außenminister Lawrence Eagleburger und Robert Gates, Stellvertreter Scowcrofts, wurden zu Margaret Thatcher, François Mitterrand und Helmut Kohl gesandt. Nicht nur der NATO-Gipfel wurde ein großer Erfolg für die amerikanische Politik, die hier nicht allein ihre machtpolitische, sondern ihre konzeptionelle Führungsrolle bewies. Auch die anschließenden Pressekonferenzen und die Reise Bushs durch die Bundesrepublik boten Gelegenheit, die neue Vision vom Ende des Kalten Krieges, dem Ende der weltpolitischen Teilung und der Teilung Europas zu verkünden sowie schließlich in diesem Kontext eine Lösung der deutschen Frage anzudeuten.

Blieben auch manche Formulierungen noch vage, so hatte die Deutschlandpolitik doch eine Aktualität zurückgewonnen, die sie seit Jahrzehnten nicht mehr besessen hatte. Auf diese Weise gewann die strategische Debatte im Kontext der Reformpolitik Gorbachevs, der sich mit den Parlamentswahlen in Polen abzeichnenden Demokratisierung und der wachsenden Protest- und Fluchtbewegung in der DDR zunehmend an politischer Signifikanz, die über die bis dahin üblichen Lippenbekenntnisse zur Wiedervereinigung Deutschlands hinauswies.

Nach der Verstärkung der Fluchtbewegung aus der DDR zeigte sich: Auch die kommunistischen Nachbarstaaten der DDR waren eher an einer Verbesserung des Verhältnisses zur Bundesrepublik Deutschland interessiert als an der DDR. Außerdem begannen sich nach Polen, wo die erste demokratisch gewählte Regierung ins Amt gelangt war, auch andere Staaten des kommunistischen Systems zu reformieren und dem Westen zu öffnen, allen voran Ungarn, aber auch die Tschechoslowakei. Die DDR geriet durch ihre Ablehnung der Gorbachev'schen Reformpolitik zunehmend in die Isolierung und war katastrophal verschuldet. Sie stand sogar, was der Bundesregierung aus internen Informationen bekannt war, unmittelbar vor dem Staatsbankrott. Die sowjetische Führung ihrerseits stand vor einer Fülle eigener gravierender Probleme, sie war nicht mehr bereit und in

der Lage, die maroden kommunistischen Systeme zu stützen, sie war nicht mehr willens, Reformbewegungen niederzuschlagen oder in anderen Staaten militärisch einzugreifen wie zu Zeiten Chruščevs oder Brežnevs 1953 in der DDR, 1956 in Ungarn, 1968 in der Tschechoslowakei, 1980 in Afghanistan. Die Brežnev-Doktrin war, wie man gespottet hat, durch die Sinatra-Doktrin abgelöst worden, die den eigenen Weg zum Kommunismus zuließ: „My way!“

Bundeskanzler Kohl steuerte nach der Öffnung der Berliner Mauer am 9. November 1989, die ungeplant und chaotisch, vermutlich durch ein Missverständnis innerhalb der verschreckten DDR-Führung erfolgte, immer klarer auf die Wiedervereinigung zu. Der mit niemandem, auch nicht mit François Mitterrand oder der eigenen Regierung abgesprochene Zehn-Punkte-Plan, den der Kanzler am 28. November 1989 im Deutschen Bundestag vortrug, versuchte den Prozess der Wiedervereinigung in geordnete Bahnen zu lenken und zeitlich zu planen. Doch dieser Versuch der Rationalisierung misslang, die Ereignisse überstürzten sich, Kohl reagierte äußerst sensibel und betrieb mit seinem Außenminister und seinen Beratern eine pausenlose Gipfeldiplomatie, mit der der Prozess der Wiedervereinigung welt- und vor allem europapolitisch eingebettet werden sollte.

IV.

Wie reagierten die USA auf diese dramatischen Veränderungen? Die prinzipielle Bereitschaft zur konstruktiven Lösung der deutschen Frage war seit Monaten erkennbar, Präsident Bush musste sich durch die Entwicklung bestätigt fühlen, die Frage war, zu welchen Bedingungen die USA die Wiedervereinigung selbst aktiv betreiben wollten, nicht aber mehr, ob sie sie prinzipiell wollten. In der amerikanischen Außenpolitik gewann diejenige Denkschule an Boden, die für Präsident Bushs konstruktive Deutschlandpolitik eintrat. Präsident Bush hatte in seiner Rede am 31. Mai 1989 in Mainz konkret an Reagans Berliner Appell angeknüpft:

„Wie in Ungarn müssen überall in Osteuropa die Grenzen fallen. Nirgends wird die Trennung zwischen Ost und West deutlicher als in Berlin. Dort trennt die brutale Mauer Nachbar von Nachbar, Bruder von Bruder. Diese Mauer ist ein Monument des Versagens des Kommunismus. Sie muss fallen.“⁷

Der Unterschied zur Rede Reagans lag in der Situation. Zum einen sprach Bush vom „Versagen des Kommunismus“ zu einem Zeitpunkt, als das System an vielen Stellen zu bröckeln begann, zum anderen verwies er auf Ungarn, wo die Auflösung schon weit fortgeschritten war. Ungarn sollte wenige Monate später eine noch entscheidendere Rolle spielen, als Ministerpräsident Miklós Németh und Außenminister Gyula Horn nach Verhandlungen mit Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher die Grenze nach Österreich öffneten und damit der Fluchtweg aus der DDR über Ungarn offen war. Nachdem auch für die 6000 DDR-Flüchtlinge in der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Prag Ende September eine Lösung durch Verhandlungen mit der tschechoslowakischen Regierung gefunden worden war, hatte die Mauer Löcher bekommen, bevor sie tatsächlich am 9. November geöffnet wurde.

⁷ James Addison Baker, *Drei Jahre, die die Welt veränderten. Erinnerungen*, Berlin 1996, S. 150f.

Auf der anderen Seite war nicht klar, wie die Sowjetunion reagieren würde, die auf dem vergleichsweise kleinen Territorium der DDR (110 000 km²) nahezu 400 000 Angehörige der Roten Armee stationiert hatte. Auch Kurzschlusshandlungen der sowjetischen Armee oder der DDR-Führung, die immerhin über die Nationale Volksarmee und paramilitärische Einheiten der Volkspolizei verfügte, waren in dieser dramatischen Situation nicht ausgeschlossen. Die Zahl und die Teilnehmer der Demonstrationen gegen das DDR-Regime wuchsen ständig, die Situation wurde beinahe täglich kritischer. Die Destabilisierung des Warschauer Paktes und der kommunistischen Regime barg also durchaus Gefahren. Aber noch am 9. November sagte Baker in einem Telefongespräch zu Genscher:

„Die Vereinigten Staaten begrüßen die dramatischen Ereignisse, aber es ist noch ein langer Weg von der Reisefreiheit bis zur Vereinigung. Vielleicht ist es voreilig, die Vereinigung jetzt anzusprechen.“

Andererseits hatte der amerikanische Botschafter in der Bundesrepublik, Vernon Walters – ohne von Baker dazu autorisiert zu sein – im Herbst 1989 mehrfach öffentlich die Wiedervereinigung prophezeit. Es ist nicht ganz von der Hand zu weisen, dass öffentliche Erklärungen der Beteiligten damals den Zweck hatten, den Boden jeweils für die eigenen Vorstellungen zu bereiten.

Im November lautete die Frage nicht mehr, ob die USA die Wiedervereinigung im Prinzip wollten, sondern zu welchen Bedingungen sie die Wiedervereinigung selbst aktiv betreiben würden. In der amerikanischen Außenpolitik hatte sich diejenige Denkschule durchgesetzt, die für die Wiedervereinigung, und damit Präsident Bushs Politik eintrat. Außenminister James Baker hat in seinen Erinnerungen „The Politics of Diplomacy“ (1995), diesen Prozess beschrieben. So mussten beispielsweise noch im September Redentwürfe mehrmals überarbeitet werden, damit die Presse nicht die unterschiedlichen Positionen innerhalb der amerikanischen Außenpolitik heraushören konnte. In diesem Fall hätte die sowjetische Politik vermutlich versucht, mit der ihr genehmeren Richtung eine restriktive Politik in der Wiedervereinigungsfrage durchzusetzen. Zu Recht konstatierte Baker:

„In gewisser Weise ist die internationale Politik ein ständiger Verhandlungsprozess. 1989, als der Niedergang der Großmacht Sowjetunion sich abzeichnete, gab es keine kritischeren Verhandlungen als jene, die die Art und Weise dieses Niedergangs regeln sollten. Imperien entschwinden nicht einfach still in die Nacht; Macht wird selten einfach abgegeben; friedliche Transitionen sind die Ausnahme. Zwar war bis Jahresmitte ziemlich sicher, dass die Sowjets ihre Positionen rund um den Globus abbauen würden, doch die entscheidende Frage lautete: Wie weit wird der Kreml tatsächlich gehen?“⁸

So war Gorbatschow sehr verärgert, als Präsident Bush nach dem NATO-Gipfel im Juli 1989 nach Polen und Ungarn reiste und dort begeistert begrüßt wurde. Bushs Triumph wurde zu Recht als Niederlage der Sowjetunion in ihrer eigenen machtpolitischen Einflusszone, also innerhalb des Warschauer Pakts, angesehen. Auch die deutsche Frage war eingebettet in die gesamte transatlantische Politik der USA.

Als die Zielrichtung klar war, kristallisierten sich Ende November 1989 vier Bedingungen der amerikanischen Politik heraus. Anlass war der 10-Punkte-Plan, den der Bundeskanzler am 28. November im Deutschen Bundestag ohne Absprache mit irgendeiner

⁸ Ebd., S. 122f.

Regierung oder auch nur seinen Ministern vorgetragen hatte. Washington erkannte, dass Kohl damit das Gesetz des Handelns an sich gerissen hatte und wollte ihn bremsen bzw. das Verfahren bestimmen. Die vier amerikanischen Bedingungen lauteten:

1. Ohne verschiedene Varianten der Wiedervereinigung auszuschließen, musste das Prinzip der Selbstbestimmung der Deutschen, in dieser Situation also der DDR-Bevölkerung, gelten.
2. Die deutsche Vereinigung müsse im Kontext der dauerhaften Verankerung des vereinigten Deutschland in der NATO und der sich weiter integrierenden Europäischen Gemeinschaft erfolgen. Dabei mussten die alliierten Rechte in Deutschland berücksichtigt werden.
3. Die Vereinigung musste schrittweise und friedlich erfolgen.
4. Die Unverletzlichkeit der Grenzen, wie sie in der Schlussakte der KSZE in Helsinki gefordert wurde, musste auch für ein vereinigtes Deutschland gelten. Konkret bedeutete dies die völkerrechtlich verbindliche Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als deutsch-polnischer Grenze durch das vereinigte Deutschland.⁹

Für die USA galt im Übrigen die gleiche Verpflichtung wie für Frankreich und Großbritannien. Sie alle hatten sich im Deutschlandvertrag in der Fassung vom 23. Oktober 1954 in Artikel 7 verpflichtet, sich für die Wiedervereinigung einzusetzen, trotzdem stellte sich für die amerikanische Regierung die Frage, wie es gelingen konnte, den Einklang zwischen Washington, Paris, London und Bonn herzustellen. Am 2./3. Dezember aber wartete auf den amerikanischen Präsidenten nicht allein die Frage der westalliierten Abstimmung, sondern das erste persönliche Treffen mit Gorbatschow, der zu diesem Zeitpunkt nicht allein den amerikanischen Bedingungen, sondern der Wiedervereinigung überhaupt ablehnend gegenüberstand.

Die Präsidentenberater Robert D. Blackwill, Condoleezza Rice, Philip Zelikow und Dennis Ross rieten dem Präsidenten für das Treffen auf dem Kreuzer „Maxim Gorki“ vor Malta, weiterhin am Ziel der Wiedervereinigung festzuhalten, aber den Vorschlag einer Vier-Mächte-Konferenz zurückzuweisen. Bushs Eindruck von dem Treffen war fälschlicherweise, dass Gorbatschow die Wiedervereinigung nicht grundsätzlich ablehne, aber Vorsicht beim Verfahren verlange. Deshalb legte der amerikanische Präsident anschließend den Bundeskanzler darauf fest, vernünftig und nicht zu schnell zu agieren, um Gorbatschow nicht in Bedrängnis zu bringen. Der Zehn-Punkte-Plan dürfe nicht als Zeitplan verstanden werden. NATO-Mitgliedschaft und zunehmende europäische Integration mit dem vereinigten Deutschland als Mitglied seien unverzichtbare Voraussetzungen. Kohl stimmte Letzterem zu, wollte aber möglichst schnell freie Wahlen in der DDR und eine anschließende Konföderation beider deutscher Staaten als nächsten Schritt zur Wiedervereinigung.

Tatsächlich stellte sich aber schon bald heraus, dass Gorbatschow keineswegs so weit gehen wollte. Er habe nichts gegen eine Demokratisierung der DDR, gehe aber von ihrer Fortexistenz und ihrem Verbleib im Warschauer Pakt aus, die Einheit könne als Endziel betrachtet werden. Während der nächsten Wochen verschärfte sich die Situation, während gleichzeitig innerdeutsche Verhandlungen über westliche Wirtschaftshilfe, freie Wahlen, Zeitplan und mögliche Formen der Vereinigung stattfanden. Beim Besuch Kohls in Dres-

⁹ Ebd., S. 160; *Zelikow/Rice*, Sternstunden, S. 115; *Küsters/Hofmann*, Deutsche Einheit, S. 65.

den am 19. Dezember kam er nicht allein mit Ministerpräsident Modrow zusammen, um diese Fragen zu besprechen, sondern sprach auch zu Hunderttausenden. Der Ruf während der Demonstrationen, „Wir sind das Volk!“ wurde zu „Wir sind ein Volk!“. Die Dynamik der Bürgerrechtsbewegung in der DDR gewann zunehmend Einfluss auf die internationale Diplomatie und bestärkte Kohl in dem Ziel, die Weichen für die Wiedervereinigung unwiderruflich zu stellen. Dabei blieben die zögerlichen Reaktionen aus dem Westen, die prinzipielle Unterstützung Washingtons und die Ablehnung durch Moskau auszutarieren. Die NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik, die für diese selbst, aber auch für Washington eine unverzichtbare Bedingung der Wiedervereinigung blieb, stellte bis zum Sommer 1990 das größte Hindernis dar. Es bedurfte langwieriger Verhandlungen von Seiten Washingtons und Bonns mit Moskau, um diese Bedingung durchzusetzen.

Im Januar 1990 versuchte Moskau erneut, Washington für eine Außenministerkonferenz der vier Mächte zu gewinnen und damit der Bundesregierung das Heft aus der Hand zu nehmen, die DDR implizit dadurch gleichzustellen und die Volksbewegung in der DDR zu neutralisieren. Kohl reagierte darauf ausgesprochen verärgert: „Wir brauchen keine vier Hebammen.“¹⁰ Der Bundeskanzler wollte weder eine Vier-Mächte-Konferenz noch eine deutsch-deutsche Konferenz und schon gar keine große Konferenz zur Vorbereitung eines Friedensvertrages.

Tatsächlich hatte es nach 1945 keinen völkerrechtlich formalisierten Friedensvertrag mit dem besiegten nationalsozialistischen Deutschland gegeben, sondern nur eine Reihe einzelner Verträge wie das Londoner Schuldenabkommen von 1953. Man hat auch mit Blick darauf vom Friedensschluss als „verlorener Kunst“ (Hans von Hentig) gesprochen. Eine solche Konferenz wäre für Deutschland in jeder Hinsicht unkalkulierbar gewesen, zumal sie mit Beteiligung von 56 Staaten hätte erfolgen müssen, mit denen das nationalsozialistische Deutschland bis 1945 Krieg geführt hatte. Insofern kam es für die Bundesregierung darauf an, die amerikanische Regierung davon zu überzeugen, einen anderen Weg zu gehen. Dies waren die sogenannten „Zwei-plus-Vier-Verhandlungen“ der beiden deutschen Staaten sowie der vier Mächte USA, Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich.

Das Problem verschärfte sich durch ein Interview der britischen Premierministerin Margaret Thatcher im „Wallstreet-Journal“ am 26. Januar 1990, in dem diese heftige Kritik an Helmut Kohl äußerte. Sie rief zur Rücksicht auf Gorbachevs innenpolitische Schwierigkeiten auf, die den sowjetischen Generalsekretär der Gefahr aussetzen, gestürzt zu werden, wenn die deutsche Einheit zu schnell komme.

Doch war es nicht die völlig überzogene Politik Margaret Thatchers, die Einfluss gewann, sondern die Übereinkünfte zwischen Washington, Moskau und Bonn. Diese drei Regierungen legten in der zweiten Hälfte des Monats Januar 1990 den Fahrplan und die Verfahrensweise fest. Washington sah sich vor drei zentrale Herausforderungen gestellt:

1. Wie schnell sollte die Wiedervereinigung realisiert werden?
2. Wie sollten die außenpolitischen bzw. internationalen Aspekte der Wiedervereinigung geregelt werden?
3. Welche Bedingungen könnten die NATO-Partner akzeptieren?

Die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen konnten doppelt begründet werden, zum einen durch das den Deutschen selbstverständlich zugestandene Selbstbestimmungsrecht so-

¹⁰ Horst Teltchik, 329 Tage. Innenansichten der Einigung, Berlin 1991, S. 105.

wie die gemäß Deutschlandvertrag bzw. Potsdamer Konferenz von 1945 fortbestehende Verantwortung der Mächte für Deutschland als Ganzes bzw. Berlin. Damit waren die Verhandlungen weder auf die Deutschen noch auf die vier Mächte beschränkt. Die KSZE-Staaten mussten gemäß dieser Begründung ebenso wenig einbezogen werden wie alle kriegführenden Staaten des Zweiten Weltkriegs. Der KSZE, in der 35 Staaten zusammengeschlossen waren, wurde allerdings insofern Rechnung getragen, als zu den selbstverständlichen Bedingungen der Wiedervereinigung die Anerkennung der bestehenden Grenzen in Europa gehörte. Davon waren konkret die Sowjetunion, vor allem aber Polen betroffen. Die Durchsetzung dieser Forderung war eine innenpolitische Angelegenheit des Bundeskanzlers, der dabei durchaus Schwierigkeiten zu überwinden hatte. Er musste deshalb dieses Problem möglichst weit hinausschieben. Zum einen musste er bis zum Schluss gegenüber Polen diesen Trumpf ausspielen können, zum anderen konnte er mit einer greifbar nahen Wiedervereinigung, die nur noch durch die Grenzfrage behindert wurde, die innerdeutsche Opposition zum Einlenken bewegen. Zugleich aber musste Kohl die Verhandlungspartner überzeugen, dass die Anerkennung der bestehenden Grenzen in keiner Weise zweifelhaft sei.

Für Washington bestand vor allem das Problem, seine in völliger Übereinstimmung mit der Bundesregierung und den NATO-Partnern formulierte Bedingung der dauernden NATO-Mitgliedschaft des vereinigten Deutschland nicht zum Bumerang werden zu lassen. Die Sowjetunion hätte andernfalls den Spieß umdrehen können. Sie hätte behaupten können, nicht sie, sondern die USA hätten die Wiedervereinigung durch die für die Sowjetunion unakzeptable Bedingung der NATO-Mitgliedschaft verhindert.¹¹

Über das Prozedere, nicht das Ziel, bestanden noch Differenzen zwischen dem State Department und dem Stab des Präsidenten. Sie betrafen die Frage, welche Bedeutung der Sowjetunion im Prozess der Wiedervereinigung zukommen solle und welcher Zeitplan vorzusehen war. Die Präsidentenberater im Weißen Haus plädierten aus Rücksicht auf die Deutschen für eine schnelle Wiedervereinigung, sofern es um die inneren Probleme gehe, aber für eine gewisse Verzögerung der außenpolitischen Verhandlungen, um Zeit für die Verhandlungen mit der Sowjetunion zu gewinnen. Das State Department wollte der Sowjetunion demgegenüber eine stärkere Rolle einräumen, Ross und Zoellick fürchteten gar, andernfalls könne die Bundesrepublik den Versuch machen, ihrerseits allein mit der Sowjetunion zu verhandeln, wodurch die USA ihre Einwirkungsmöglichkeiten verlören. Dies war eine abwegige Befürchtung, hatten doch Kohl und Genscher – mit der einen Ausnahme des Zehn-Punkte-Plans – immer auf eine sehr enge Abstimmung nicht allein mit den USA, sondern seit Anfang Januar 1990 erneut auch mit Frankreich und anderen Verbündeten Wert gelegt. Andererseits konnte die Bundesregierung nicht davon absehen, dass die Ausreisewelle und die Fluchtbewegung aus der DDR enorm answoll und sich noch immer verstärkte. Allein im Jahre 1989 hatten fast 350 000 Personen die DDR verlassen – bei 16 Millionen Einwohnern eine beträchtliche Zahl.

Die ersten freien Wahlen zur Volkskammer der DDR am 18. März 1990 brachten einen Sieg der durch die CDU geführten „Allianz für Deutschland“. Sie bildete eine große Koalition unter Führung des CDU-Politikers Lothar de Maizière, in der auch die SPD vertreten war. Nachdem sich die Mächte auf das Verfahren geeinigt hatten, begannen im

¹¹ Vgl. *Zelikow/Rice*, Sternstunden, S. 165ff.; *Küsters/Hofmann*, Deutsche Einheit, S. 84ff.

Mai 1990 die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen der Außenminister, die bis Juli 1990 abgeschlossen wurden. Die Vereinbarungen dienten als Ersatz für einen Friedensvertrag und sahen die endgültige Anerkennung der bestehenden Grenzen durch Beschlüsse des Deutschen Bundestages und der nun demokratisch gewählten Volkskammer der DDR vor.

Der entscheidende Durchbruch in der Frage der NATO-Mitgliedschaft des vereinigten Deutschland gelang in zwei Schritten, beim Besuch Michail Gorbatschovs in Washington vom 30. Mai bis 3. Juni 1990 sowie beim Besuch Helmut Kohls in Moskau bzw. dem Ferienort Gorbatschovs am 15. und 17. Juli 1990. Die Stärke der Bundeswehr wurde auf 370 000 Mann festgelegt.

Auch bei der Vorbereitung der beiden wichtigsten Treffen haben sich Bush und Kohl jeweils in Telefongesprächen eng abgestimmt. So sagte der Bundeskanzler dem amerikanischen Präsidenten am 30. Mai, beide Staaten müssten gegenüber Gorbatschov in Bezug auf eine bedingungslose NATO-Mitgliedschaft Deutschlands unbedingt hart bleiben.¹² Am 3. Juni erklärte der Präsident in der gemeinsamen Pressekonferenz mit Gorbatschov, der beiderseitige Verhandlungen über die Formulierung vorausgegangen waren: Ein „vereinigtes Deutschland solle Vollmitglied der NATO sein“. Auch wenn Gorbatschov diese Ansicht nicht teile, seien beide „in voller Übereinstimmung, dass die Frage der Bündniszugehörigkeit gemäß der Schlussakte von Helsinki eine Angelegenheit ist, die von den Deutschen entschieden werden müsse“.¹³

Die Frage, ob das Treffen vom 4. Juni in Camp David bereits die Akzeptanz Gorbatschovs für die NATO-Mitgliedschaft gebracht hat, ist in der Forschung umstritten. Eindeutig ist indessen die Formulierung von George Bush im Fernschreiben an Helmut Kohl am 4. Juni 1990:

„In dem Maße, wie wir den sowjetischen Sicherheitsinteressen außerhalb der 2 + 4 -Gespräche Rechnung tragen können, werden unsere Chancen steigen, dass wir Gorbatschov dazu bewegen können, ein vereinigtes Deutschland als volles Mitglied der NATO zu akzeptieren.“¹⁴

Die Hinweise von Bush bezogen sich auf den NATO-Gipfel und die bilateralen Beziehungen mit der Sowjetunion. Tatsache ist also, dass Gorbatschovs Zustimmung zu Bushs Formulierung auf der erwähnten Pressekonferenz ein wesentlicher Fortschritt, noch nicht aber der endgültige Durchbruch war. Dieser kam erst am letzten Tag von Helmut Kohls Besuch bei Gorbatschov, der genau an dem Punkt anknüpfte, den Bush bezeichnet hatte. In seinem Gespräch mit Gorbatschov am 15. Juli erklärte Kohl, man müsse Einigung in drei Punkten erzielen:

1. Die Abwicklung des Truppenabzugs der sowjetischen Armee aus dem Territorium der DDR,
2. die Mitgliedschaft eines geeinten Deutschland in der NATO,
3. die künftige Obergrenze der Bundeswehr, also die Zahl der Soldaten.¹⁵

¹² Küsters/Hofmann, *Deutsche Einheit*, S. 1161.

¹³ Ebd., S. 1178; Public Papers of the Presidents of the United States, *George H. W. Bush*, 1989, Book 1, January 20 to June 30, Washington 1989, S. 756; *Baker*, *Drei Jahre*, S. 226; *Michail Gorbatschow*, *Erinnerungen*, Berlin 1995, S. 723.

¹⁴ Küsters/Hofmann, *Deutsche Einheit*, S. 1178f.

¹⁵ Vgl. ebd., S. 1343.

Gorbačev versuchte nach einigem Hin und Her schließlich das Ziel zu erreichen, das damalige Territorium der DDR von der NATO-Präsenz auszunehmen. Kohl konterte mit der Frage, ob das vereinigte Deutschland nicht die volle Souveränität erhalten solle. Auch am folgenden Tag spielte dieses Thema eine zentrale Rolle, bis es zur Feststellung Gorbačevs kam, „Deutschland erhalte die volle Souveränität. Der vereinigte deutsche Souverän müsse über die Bündniszugehörigkeit entscheiden.“¹⁶ Bei der Mitteilung an Bush erklärte der Bundeskanzler am 17. Juli in einem Telefongespräch, er habe mit der von Gorbačev schließlich akzeptierten Formulierung an die Formel von Camp David angeknüpft.¹⁷ Eine Stationierung von NATO-Truppen auf dem damaligen Territorium der DDR solle aber erst drei bis vier Jahre nach dem Abzug der sowjetischen Truppen erfolgen. Das Gesprächsergebnis fasste der Bundeskanzler am gleichen Tag in einem Schreiben an Staatspräsident Mitterrand zusammen.¹⁸ Die britische Premierministerin sandte ebenfalls am 17. Juli 1990 ein Schreiben:

„Dear Helmut, I send you my warmest congratulations on the success of your visit to the Soviet Union, Securing President Gorbachev's agreement to a united Germany in NATO is a mighty step forward in the interests of Europe and the West as a whole... Warm regards yours ever Margaret.“¹⁹

Tatsächlich war es Kohl auch gelungen – unter anderem durch finanzielle Hilfen – den Abzug der sowjetischen Truppen zu erreichen, die zu diesem Zeitpunkt mit Zivilpersonal und Angehörigen noch etwa 400 000 Personen zählten (darunter 300 000 Soldaten). Die Wiedervereinigung erfolgte rechtlich durch den Beitritt der wiedergegründeten fünf Länder der DDR zur Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 23 GG. Mit der ersten gesamtdeutschen Wahl zum Bundestag wurde der Wiedervereinigungsprozess am 3. Oktober 1990 formell abgeschlossen, der Kalte Krieg beendet und eine neue Ära der transatlantischen Beziehungen eröffnet.

¹⁶ Vgl. ebd., S. 1366.

¹⁷ Vgl. ebd., S. 1372.

¹⁸ Vgl. ebd., S. 1374ff.

¹⁹ Vgl. ebd., S. 1377.

Igor' F. Maksimyčev

Der Zusammenbruch der DDR

Blick aus dem Fenster der sowjetischen Botschaft Unter den Linden

Von 9. Mai 1987 bis 3. Oktober 1990, als mit der DDR auch die diplomatischen Vertretungen in der DDR verschwanden, war ich als Gesandter im Range eines Botschaftsrates (Stellvertreter des Botschafters) an der Botschaft der UdSSR in der DDR tätig. Als zweiter Mann in der Botschaft hatte ich an zahlreichen internen Besprechungen und Diskussionen teilzunehmen, an Verhandlungen und Gesprächen mit führenden Vertretern der DDR und Westberlins (die Zuständigkeit für die Beziehungen mit Westberlin lag bei mir) sowie mit den Chefdiplomaten zahlreicher Länder, einschließlich der drei Mächte, die gemeinsam mit der UdSSR die Verantwortung für Berlin und Deutschland insgesamt trugen. Aus dieser Zeit sind eine Vielzahl von Tagebuchnotizen erhalten, die die wesentlichen Etappen der Entwicklung der Situation und die Windungen der offiziellen Politik der UdSSR im Verhältnis zu unserem Verbündeten DDR sowie die aus verschiedenen Quellen bei uns eingehenden Informationen, die aus Moskau kommenden Weisungen, die Meinungen zahlreicher Gesprächspartner usw. widerspiegeln.

I. „Meines Herzens tiefstes Leid...“¹

Die Aufzeichnungen, die ich bei der Ausübung meiner Dienstpflichten auch in den dramatischsten Monaten der Vorbereitung der Eingliederung der DDR in die BRD machte, folgten keinem bestimmten Schema. Es hing viel davon ab, ob es jeweils möglich war, während einer Veranstaltung Notizen zu machen oder ob ich direkt nach einem Gespräch fünf bis zehn freie Minuten hatte, um das Gehörte oder Gesehene in meinem Notizbuch festzuhalten. Ich machte mir dabei keine Minute lang Gedanken darüber, dass diese Aufzeichnungen irgendwann einmal von historischem Interesse und dabei behilflich sein könnten, das wahre Bild der Ereignisse zu zeichnen – vor allem, was den Kurs Moskaus betrifft in der Krise, die sich in der DDR abspielte und den Gang der Weltgeschichte jäh veränderte. Die Aufzeichnungen machte ich in der Regel in aller Eile und in Schnellschrift, mitunter sind deutliche Schreibfehler festzustellen; das Ziel war lediglich, die genauen Formulierungen eines Gesprächspartners oder Redners nicht zu vergessen; denn später wollte man sich ja darauf stützen, wenn man die Informationen für Moskau vorbereitete oder andere wichtige Dokumente erstellte.

¹ *Aleksandr S. Puškin*, „Eugen Onegin“.

Von Interesse sind im Wesentlichen die Notizen in dem Tagebuch, das ich bei den sogenannten Besprechungen des diplomatischen Personals beim Botschafter führte, die täglich um 9.00 Uhr morgens stattfanden; die Anwesenheit der Leiter der Handelsvertretung und einiger anderer sowjetischer Vertretungen in der DDR war dabei obligatorisch. Es gab auch geschlossene Besprechungen des ranghöheren diplomatischen Personals im kleinen Kreis; auf einigen davon sowie auf den Parteiversammlungen des diplomatischen Personals machte ich mir ebenfalls Notizen. Botschafter Vjačeslav Kočemasov sah den Hauptzweck der täglichen, mitunter mehrstündigen „Spinnstunden“ darin, allen Mitarbeitern für Gespräche mit Ausländern obligatorische Vorgaben zu machen (die Besprechungen begannen mit einem kurzen Vortrag über den Inhalt der wichtigsten eben erschienenen Zeitungen der DDR und Westberlins, aber dies war eher eine Formalität, denn eine Diskussion der Vorträge fand nicht statt). Diesem Ansatz wohnte eine eigene Logik inne – die Atmosphäre der Perestroika führte dazu, dass die Einschätzungen und Meinungen, die Vertreter unserer zentralen Organisationen öffentlich kundtaten, divergierten. Einige dieser Aussagen berührten vitale Interessen der DDR und lösten mitunter bei den Offiziellen der Republik heftige Reaktionen aus. Eine Reihe von Berliner Führungspersonlichkeiten verhehlte nicht, dass sie die Perestroika als ein höchst gefährliches Experiment betrachteten, dessen destabilisierende Wirkung auch auf Ostdeutschland überzugreifen drohte. In dieser angespannten Situation hätte jedes „unpassende“ Wort absolut unerwünschte Folgen haben können.

Dank seiner Verbindungen nach ganz oben (Kočemasov war schon unter Stalin Sekretär des ZK des sowjetischen Komsomol-Verbandes und danach fast zwei Jahrzehnte lang stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats der RSFSR gewesen) und der direkten Telefonleitung nach Moskau waren dem Botschafter die Stimmungen Michail Gorbachëvs und anderer Führungspersonlichkeiten aus dem ZK der KPdSU, von Eduard Ševardnadze und den Spitzenbeamten des Außenministeriums sowie deren Ansichten zu allen wesentlichen Aspekten der internen und externen Situation bekannt. Wichtig ist auch, dass Kočemasov Erich Honecker bereits aus der Komsomol-Zeit gut kannte. Als Botschafter stand er in ständigem Kontakt mit dem Generalsekretär der SED, traf ihn praktisch jede Woche zu ausführlichen Gesprächen und telefonierte (mit Hilfe eines Dolmetschers) fast jeden Tag mit ihm. Diese Umstände sind es, die mir die Möglichkeit geben, mit hinreichender Glaubwürdigkeit zu rekonstruieren, wie sich die Situation in den Machtzentren der UdSSR und der DDR entwickelte, wie sich die Meinungen ganz oben von Tag zu Tag bildeten und welche Entscheidungen dort vorbereitet wurden.

Wie die Kontakte zur SED-Spitze, so waren auch die Verbindungen von der Botschaft zur Generalität der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD) oder, wie sie ab Juli 1989 genannt wurde, der Westgruppe der Truppen, WGT (Auslöser für die Umbenennung war der dringende Wunsch Honeckers, den Begriff „Deutschland“ aus der Bezeichnung der Gruppe zu entfernen: Deutschland, so erklärte man uns, existiere längst nicht mehr, und es werde nie wieder existieren), stets der geschützte Bereich von Kočemasov in seiner Eigenschaft als Mitglied des ZK der KPdSU. Mit dem Oberbefehlshaber der WGT, General Boris Snetkov (ZK-Kandidat), flog der Botschafter in dessen persönlichem Flugzeug zu den Plenartagungen des ZK der KPdSU, die zur Zeit Gorbachëvs recht häufig stattfanden, nach Moskau. Und außerhalb der Plenartagungen sahen sie sich regelmäßig sowohl in Berlin als auch im Stab der Westgruppe in Wünsdorf bei Berlin. Da

nach dem internen Protokoll der Botschafter durch das ranghöhere Botschaftspersonal verabschiedet und begrüßt werden musste, kannten wir den Weg zum zentralen Flugplatz der Westgruppe in Sperenberg außerordentlich gut, studierten die Abläufe in der dortigen VIP-Lounge und lernten nach und nach die gesamte Spitze der WGT kennen. Natürlich wussten die leitenden Mitarbeiter der Botschaft über die Kontakte des Botschafters zu Snetkov Bescheid. Enge Beziehungen gab es zur Berliner Brigade, die in der Hauptstadt der DDR stationiert war: Ihre Angehörigen bewachten das Botschaftsgebäude inoffiziell. (Der Haupteingang der Botschaft Unter den Linden wurde von Soldaten des Wachregiments „Feliks Dzierzynski“ des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR gesichert, die übrigens gewöhnliche Polizeiuniformen trugen, der Diensteingang in der Behrenstraße wurde von unseren Soldaten kontrolliert.) Die Stimmung in der WGT bereitete uns keine besonderen Sorgen, was man von den DDR-Offiziellen nicht behaupten kann: Die für die Öffentlichkeitsarbeit zuständigen Offiziere warben nach Meinung der DDR-Leute mitunter „mit übertriebenem Eifer“ für die sowjetische Perestroika. Daher gingen bei uns in der Botschaft ziemlich oft Klagen über die „leidenschaftlichen“ Auftritte von WGT-Offizieren ein. Wir bemühten uns, aufkommende Irritationen zu entschärfen, aber manchmal leiteten wir die Klagen der DDR auch „zuständigkeitshalber“ an die politische Verwaltung der Gruppe weiter.

II. Vorboten des Sturms

Die Situation in der DDR machte uns Sorgen. Davon, wie misslich die Lage dort war, konnte ich mich auf höchst anschauliche Weise weniger als einen Monat nach meiner Ankunft in Berlin überzeugen. An Pfingsten, das 1987 auf den 6., 7. und 8. Juni fiel, fand vor dem Reichstag, der sich 500 Meter von der Botschaft entfernt auf Westberliner Gebiet befand, ein dreitägiges (genauer gesagt „dreiabendliches“) Open-Air-Konzert führender Rockgruppen aus Westeuropa und den USA statt. Die Organisatoren des Konzerts, geleitet von Mitgefühl für die Ostberliner Bevölkerung, wie sie später versicherten, bauten einen sehr beträchtlichen und leistungsfähigen Teil der Verstärker direkt vor dem Brandenburger Tor auf und richteten sie nach Osten aus. Der Erfolg war derart überwältigend, dass wir uns in der Botschaft aufgrund der dröhnenden Musik, die in allen Räumen zu hören war, nur verständigen konnten, indem wir aus Leibeskräften brüllten oder einander Zettel zuschoben.

Unter den Ostberlinern verbreitete sich die Nachricht, dass man ein Rockkonzert der Spitzenklasse sozusagen unmittelbar „live“ miterleben könne, ziemlich langsam, obwohl der Westberliner Rundfunk sich beeilt hatte, rechtzeitig darüber zu berichten. Am ersten Abend – einem Freitagabend – versammelten sich an den Absperrungen vor dem Brandenburger Tor (der gesamte Bereich des Tors war Grenzgebiet und durfte von niemandem betreten werden) nur kleine Grüppchen von Jugendlichen, die leicht von den Grenzposten überredet werden konnten, sich von der Grenze zu entfernen. Und auch am folgenden Abend gab es keine besonders großen Ansammlungen von Jugendlichen. Doch die Volkspolizei begann bereits, die Leute auseinanderzutreiben. Die Aktionen der Polizei verursachten keine große Aufregung und verliefen reibungslos. Wesentliche Unannehmlichkeiten gab es erst am dritten Abend.

Am Sonntag, dem 8. Juni, war offenbar die Entscheidung getroffen worden, überhaupt keine Konzertbegeisterten bis zum Brandenburger Tor vorzulassen. Gegen Abend sperrte die Polizei die Straße Unter den Linden und die Parallelstraßen genau auf der Höhe der Botschaft, fast unter den Fenstern meines Büros, ab. Hinter der Absperrung versammelte sich eine unüberschaubare Menschenmenge. So gegen 21.00 Uhr begannen Rangeleien, Polizeiknüppel kamen zum Einsatz, Menschen wurden in schlecht beleuchtete Seitensträßchen abgeführt oder, genauer gesagt, weggeschleppt. Die Menge, die die Straße Unter den Linden bis zum Überlaufen füllte, skandierte ununterbrochen „Mauer muss weg!“ und „Gorbi, Gorbi!“ (so wurde Gorbachev damals von den Deutschen salopp genannt). Der Eindruck war überwältigend. Das war ein schlagendes Beispiel dafür, wie im Unverstand eingesetzte Gewalt einen beliebigen, auch noch so geringfügigen Anlass zum Zünder für politischen Protest machen kann. Menschen, die gekommen waren, um ein kostenloses Konzert zu hören, mit Knüppeln auseinanderzutreiben, war der Gipfel der Unvernunft. Die Ereignisse einer westlichen „Provokation“ anzulasten, war völlig unmöglich: In der Menge waren keine westlichen Journalisten zu bemerken, und der Zwischenfall ereignete sich praktisch, ohne dass die Westberliner Presse darauf aufmerksam geworden wäre. Die Staatsgewalt brachte das Fass ohne jede Not zum Überlaufen. Nach dem Pfingstfest 1987 konnte ich beim besten Willen die Realität in der DDR nicht mehr als normal begreifen.

Die Forderungen der Menschen Unter den Linden, die die tief verwurzelte Stimmung in der Gesellschaft widerspiegeln, waren ziemlich radikal, aber noch nicht revolutionär. Ohne jeden Zweifel war eine sofortige und durchgreifende Liberalisierung des deutsch-deutschen Grenzverkehrs notwendig – in Zeiten der Entspannung konnte man kaum ernsthaft damit rechnen, Abläufe, die vom Kalten Krieg diktiert worden waren, auf lange Sicht beibehalten zu können. Die aufdringliche Bevormundung durch den SED-Apparat in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens musste demonstrativ abgeschwächt werden, das heißt, die Partei musste wenigstens nach sozialistischem Verständnis demokratisiert werden – dafür wäre es ausreichend gewesen, das in der DDR formal weiter bestehende Mehrparteiensystem wiederzubeleben. Es drängte sich förmlich auf, die unermesslichen Kompetenzen des Sicherheitsdienstes zu beschränken, die in der DDR alle vernünftigen Grenzen überstiegen. Es wäre vorteilhafter gewesen, einen Teil aufzugeben, als zu warten, bis das ganze Gebäude zusammenbrechen würde. Gleichzeitig war es völlig klar, dass ein erster Schritt in Richtung Modernisierung des gesellschaftlichen Lebens der Republik unweigerlich die nationale Frage der Deutschen, von der die SED selbstherrlich erklärt hatte, sie sei ein für alle Mal im Sinne der Koexistenz zweier deutscher Staaten gelöst, wieder in das politische Blickfeld rücken würde.

III. Das nationale Selbstbewusstsein der Deutschen

In dem vor Kurzem veröffentlichten, außerordentlich bezeichnenden Gespräch der sowjetischen Spitze mit der SED-Führung vom 31. Januar 1947 findet sich die von Stalin geäußerte Ansicht, dass, wenn Deutschland zerstückelt werde (er nannte die Zerstückelung „Föderalismus“), dies „später zu Revanche und Krieg führen, und die Losung von der Einheit Deutschlands aus unseren Händen in die Hände der Bourgeoisie übergehen“ werde.

„Das ist nicht gut für uns“, fuhr er fort, „diese Losung dürfen wir uns nicht aus der Hand nehmen lassen.“² In der gesamten Nachkriegszeit ging die sowjetische Deutschlandpolitik davon aus, dass die Losung von der deutschen Einheit im sowjetischen Arsenal verbleiben müsse. Daher auch das ständige Beharren Moskaus auf der Notwendigkeit, ein einheitliches Deutschland wiederherzustellen. Der Standpunkt Stalins änderte sich auch nicht, als 1949 die BRD und danach die DDR auf der politischen Karte Europas auftauchten, was die bekannte sowjetische Note an die drei Westmächte vom 10. März 1952 deutlich zeigt, in der erneut die Einheit Deutschlands unter der Bedingung, dass es sich keinem Militärbündnis anschliesse, angeboten wurde. Die UdSSR ließ sich sogar auf die westliche Forderung nach freien Wahlen in ganz Deutschland ein. Nach Stalins Tod und besonders nach den Ereignissen des 17. Juni 1953, die die Verletzlichkeit des DDR-Regimes deutlich gemacht hatten, beschloss die SED mit der vollen Unterstützung der KPdSU, es sei besser, die gesamte Macht in einem Teil Deutschlands zu erhalten, als einen Machtverlust in einem geeinten Deutschland zu riskieren. Es wurde sogar der Text der Nationalhymne abgeschafft, in dem von „Deutschland, einig Vaterland“ die Rede war.

Die Kurzsichtigkeit dieser Position war mit bloßem Auge erkennbar. Eine Nation lässt sich nicht per Beschluss des Politbüros oder eines Parteitags auflösen. Natürlich waren das Thema der Nation und die damit zusammenhängenden Probleme in Deutschland außerordentlich stark durch die Verbrechen des Nationalsozialismus belastet und versanken auf lange Zeit sozusagen in einem lethargischen Schlaf. Aber dieser Schlaf konnte nicht ewig dauern – seit dem Ende des Krieges war fast ein halbes Jahrhundert vergangen. Bei all meiner Disziplin erachtete ich es doch als meine Pflicht, die der Macht nahestehenden DDR-Leute wenigstens andeutungsweise vor der Gefahr einer Unterschätzung der nationalen Problematik zu warnen. Das Thema kam ständig in meinen inoffiziellen Diskussionen mit Mitarbeitern der Auslandsabteilung des ZK der SED zur Sprache, wobei meine Gesprächspartner immer wieder auf den Präzedenzfall der Note von 1952 als Beweis dafür hinwiesen, dass Moskau die DDR und die Menschen, die ihr Schicksal mit ihr verbunden hatten, eines schönen Augenblicks im Stich lassen könnte. Die Unsicherheit der Partei- und Staatsfunktionäre der DDR in Bezug auf die Zuverlässigkeit der sowjetischen Unterstützung war übrigens einer der Faktoren, die die notwendige Modernisierung des Regimes bremsten.

Während der Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Gründung der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands am 24. Mai 1988 versuchte ich, deren Vorsitzenden Professor Heinrich Homann in einem persönlichen, privaten Gespräch darauf hinzuweisen, wie wichtig es für die DDR wäre, sich rechtzeitig im Lichte der Interessen der Republik mit dem nationalen Thema zu beschäftigen. Mit der Überwindung der Konfrontation in Europa, so sagte ich ihm, stelle sich die Frage nach der Notwendigkeit der Existenz der DDR neu, denn die frühere Begründung der deutschen Zweistaatlichkeit – die sozialistische DDR, Bollwerk des Friedens, als Gegengewicht zur BRD innerhalb der NATO, einem Quell der Kriegsgefahr – verliere ihre Gültigkeit. Für eine Partei, die das Wort „national“ in ihrem Namen trage, sei es doch durchaus angebracht, sich diesem Problem zuzuwenden. Homann tat, als verstehe er nicht, was ich meinte – so fern lag ihm der

² СССР i germanskij vopros 1941–1949, Bd.3: 6 oktjabrja 1946 g.–15 ijunja 1948 g., Moskva 2003, S.260.

Gedanke, jemand oder etwas könnte die Unerschütterlichkeit der DDR in Frage stellen. Die DDR-Spitzen hatten den Kontakt zur Realität offensichtlich verloren.

Jedenfalls wurden die Pfingstereignisse von 1987 nicht zum Anlass für den sofortigen Beginn einer Perestroika nach DDR-Manier genommen. Es war keinerlei Bewegung in die richtige Richtung festzustellen. Nach der alten Armeeregel „Pfeif drauf und vergiss es“ versuchten die DDR-Behörden und Moskau, das Unter den Linden geschehene Malheur möglichst schnell vergessen zu machen. Und das gelang ihnen hervorragend. Die Leipziger Montagsdemonstrationen zwei Jahre später wurden als etwas völlig Neues wahrgenommen. Tatsächlich aber hatte die Warn Glocke bereits 1987 geläutet, noch dazu in der Hauptstadt, unter den Augen der Behörden; man hatte es einfach geschickt verstanden, sie zu ignorieren.

Die besonderen Gefahren der Situation in der DDR haben nie im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Menschen in Moskau gestanden, die die Verantwortung für die zweitstärkste Supermacht der Gegenwart trugen. Dort ist die Tatsache, dass die Fortexistenz der Republik auf dem Spiel stand, nie wirklich erkannt worden. Während eine eventuelle Abmilderung des Regimes oder gar ein Wechsel der Gesellschaftsordnung Polen oder Rumänien nicht in ihrer Existenz als Staaten bedrohten, betrachtete man in der DDR bis zum letzten Moment die Konfrontation zwischen dem Kapitalismus in Westdeutschland und dem Sozialismus in Ostdeutschland als Grundlage für die Existenz der Republik. Ein derartiger Ansatz machte sie außerordentlich verwundbar, sowohl hinsichtlich der Stimmung der Massen als auch in der Frage der Stabilität der politischen Elite, die miterlebte, wie Moskau und das gesamte sozialistische Lager sich von der Konfrontation als Existenzform der Nachkriegswelt und Methode zur Lösung ihrer Konflikte verabschiedeten.

Die Weigerung der Führer der sowjetischen Perestroika, der Realität in der DDR ins Gesicht zu sehen, wurde von realen Bedrohungen für die sowjetischen Interessen in Europa und in der Welt begleitet. Ohne Übertreibung kann man sagen, dass die DDR der Eckstein des Bündnissystems auf dem europäischen Kontinent war, das die UdSSR mit einem ungeheuren Aufwand an Material und Menschen aufgebaut hatte. Die Anwesenheit von fast einer halben Million Angehörigen der Stoßtruppe WGT auf dem Hoheitsgebiet der Republik rechtfertigte die Stationierung unserer Soldaten in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei, wo sie die Kommunikationslinien zwischen der WGT und dem Hoheitsgebiet der UdSSR sichern sollten. Ein Herausfallen der DDR aus dem sowjetischen Verteidigungssystem Richtung Westen hätte offensichtlich die Auflösung des gesamten Systems bedeutet, denn der zentrale Abschnitt der Trennlinie zwischen dem Osten und dem Westen des Kontinents wäre in diesem Fall entblößt worden. Niemandem in der UdSSR kam es in den Sinn, dass ein sowjetischer „Verzicht“ auf die DDR ohne Krieg und militärische Niederlage der Sowjetunion möglich sein könnte.

Selbst wenn man annimmt, dass bereits 1989 die Bedingungen für die Auflösung der Militärböcke in Europa und die Verschmelzung aller europäischen Nationen zu einer einzigen glücklichen kontinentalen Familie, in der es keine Furcht um die eigene Sicherheit gibt und jeder nur darüber nachdenkt, wie man sich gegenseitig helfen kann, gegeben waren, bestand doch das vitale Interesse der UdSSR darin, bei dem beginnenden Aufbau dessen, was bereits Leonid Brežnev das „gemeinsame europäische Haus“ genannt hatte, die Gegenseitigkeit sicherzustellen. Das heißt, insbesondere sicherzustellen, dass der schrittweisen Abrüstung des Ostens eine entsprechende Abrüstung des Westens ge-

genüberstand, dass die Schwächung des einen Blocks nicht zur Stärkung des gegnerischen Blocks führte, dass die „Öffnung“ des Ostens nicht von einer „Schließung“ des Westens begleitet wurde usw. Dafür brauchte die sowjetische Politik einen gewissen Vorrat an Stabilität, zuverlässige Verbündete, Manövriermöglichkeiten, Ersatzpositionen. Bei der Erfüllung dieser Aufgabe hatte die DDR eine strategische Bedeutung für die UdSSR. Um so mehr, als die Solidarität der Republik auf internationaler Ebene nicht zu beanstanden war. Unsere Kollegen aus dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR unterstützten die Initiativen Moskaus, die sie als eine gemeinsame Sache des gesamten sozialistischen Lagers betrachteten, diszipliniert und engagiert. Eine Ausnahme stellte der Kurs Ševardnadzes dar, der dem Westen im Rahmen des „dritten Korbs“ der KSZE einseitige Zugeständnisse machen wollte. Die DDR stimmte nicht dagegen, um die Moskauer Politik nicht zu konterkarieren, kündigte jedoch „vertraulich“ an, die Beschlüsse würden lediglich „im Rahmen des Vernünftigen“ ausgeführt werden. Es ist zweifelhaft, ob eine solche Handlungsweise der inneren Stabilität der Republik förderlich war, aber das ist schon eine andere Frage.

Daneben erfüllte die kleine DDR die Funktion des wichtigsten Wirtschaftspartners der Sowjetunion. Auf sie entfielen 10–15 % des sowjetischen Außenhandels, wobei wir aus der DDR häufig diejenigen Hightech-Produkte erhielten, deren Lieferung uns der Westen verweigerte.

IV. Es ging nicht nur um das Schicksal der DDR

Es sieht allerdings so aus, als habe trotzdem niemand in der obersten sowjetischen Führung den Gedanken von der Schlüsselstellung der DDR für die Positionen der UdSSR in Europa und in der Welt zu Ende denken wollen. Von der völligen Gleichgültigkeit Moskaus gegenüber den unterirdischen Erschütterungen in der DDR zur Verzweiflung gebracht, versuchte ich, bei passender Gelegenheit meinen westeuropäischen Kollegen die Augen für den Ernst der Lage zu öffnen, denn nicht nur die UdSSR war an der Stabilität in der Mitte des Kontinents interessiert. Bereits am 10. September 1987 machte ich, als Botschaftsrat Philippe Bossière von der französischen Botschaft in der DDR in einem Gespräch über die Ergebnisse des kurz zuvor zu Ende gegangenen Besuchs von Honecker in Bonn begann, Befürchtungen zu äußern, ob der Chef der DDR nicht allzu große Zugeständnisse gegenüber der BRD gemacht und so die Souveränität der Republik gefährdet habe, diesen darauf aufmerksam, dass die Selbstständigkeit des ostdeutschen Staats nicht allein von Moskau, sondern auch von der Intensität der Unterstützung Frankreichs und der anderen westeuropäischen Länder für den Staat abhängt. Um der völligen Klarheit willen sagte ich direkt: „Die DDR muss gerettet werden“ („*Il faut sauver la RDA*“ – das Gespräch fand auf Französisch statt). Ich wurde nicht müde, dasselbe auch gegenüber den Gesandten der drei Mächte in Westberlin zu wiederholen, mit denen ich engen dienstlichen Kontakt hatte. Leider hatte Westeuropa kein Gespür für die Situation – oder verließ sich zu sehr auf die UdSSR. Der erste Staatsbesuch eines französischen Präsidenten in der DDR, der von symbolischer Bedeutung hätte sein können, fand erst im Dezember 1989 statt. Im selben Monat kam es zu einem Treffen zwischen dem US-Außenminister James Baker und Hans Modrow in Potsdam. Aber da war es bereits zu spät.

Im Honecker-Clan galt ich wegen meines eindeutigen Bekenntnisses zu den Gedanken der sowjetischen Perestroika und meiner Überzeugung, dass ein Wandel in der DDR notwendig sei, eher als jemand, der der DDR nicht wohlgesonnen war. Schon beim ersten Kennenlernen (das 1987 bei einem Empfang anlässlich des Jahrestages der Oktoberrevolution in der Botschaft stattfand – die Politbüromitglieder kamen traditionsgemäß mit ihren Ehefrauen zu diesen Empfängen) stellte mir Margot Honecker, die im innenpolitischen Kampf des Landes eine wichtige Rolle spielte, ganz direkt die für mich damals verblüffende Frage, ob ich ein Freund der DDR sei. Anscheinend hieß für sie, „ein Freund der DDR“ zu sein lediglich, „ein Freund der Familie Honecker“ zu sein. Unterdessen verhehlte ich nicht meine persönliche Einschätzung, dass die DDR für die UdSSR von existentieller Bedeutung sei. Sie war jedenfalls beim Austausch von Reden während eines Freundschaftsessens mit den Delegierten der Berichtskonferenz der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft des Bezirks Leipzig am 9. April 1988 klar erkennbar. Als Jochen Pommert, Sekretär der SED-Bezirksleitung, durchaus traditionskonform in seiner Ansprache erklärte: „Die DDR könnte nicht ohne die UdSSR existieren“, betonte ich in aller Aufrichtigkeit in meiner Antwortrede: „Das trifft auch umgekehrt zu – die UdSSR könnte nicht ohne die DDR existieren.“ Vielleicht betrachteten die Teilnehmer des Essens meine Erklärung als Tribut an die Höflichkeit, aber es lag ihr die eiserne Logik des Kräfteverhältnisses in Europa zugrunde, die einige Jahre später durch die reale historische Entwicklung bestätigt wurde.

Ich war entschieden anderer Meinung als diejenigen unter unseren Politikern und Politologen der Perestroika-Zeit, die die Öffentlichkeit mit schlecht überlegten Erklärungen schockierten, um einer echten Entspannung auf dem Kontinent und des Baus des „gemeinsamen europäischen Hauses“ willen müsse und solle auf die DDR „verzichtet“ werden. Das in Berlin ankommende Echo dieser Diskussionen machte die führenden Schichten der DDR furchtbar nervös und stärkte so ihr Misstrauen gegenüber der Perestroika und der sich im Umbau befindlichen UdSSR noch mehr, als diese es verdienten. Gorbatschow scheint sich nur einen kurzen Augenblick lang bewusst gemacht zu haben, welchen Schaden ein Zusammenbruch der DDR der UdSSR zufügen würde. Als der Generalsekretär des ZK der KPdSU am 7. Oktober 1989 aus Berlin abreiste, wo er an den Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Gründung der DDR teilgenommen hatte, sagte er zu Kočemasov, der ihn verabschiedete: „Das sowjetische Volk wird es uns nicht verzeihen, wenn wir die DDR verlieren.“ Allerdings löste er bereits im Februar des folgenden Jahres eigenhändig einen Prozess aus, dessen Ergebnis nur der schnellstmögliche Beitritt der DDR zur Bundesrepublik sein konnte. Wobei dieser Prozess zu einem Zeitpunkt ausgelöst wurde, als die politischen Kräfte in der DDR, die buchstäblich in das gesellschaftliche Leben der Republik eingebrochen waren, für sich selbst die Frage, ob und in welchem zeitlichen Rahmen der zweite deutsche Staat weiterbestehen sollte, noch nicht beantwortet hatten.

Zwischen einer Rettung der DDR um jeden Preis (einer Aufgabe, die nach dem Fall der Berliner Mauer und der Öffnung der deutsch-deutschen Grenze im November 1989 der Quadratur des Kreises zu ähneln begann) und der Überreichung der DDR an die BRD in einer Geschenkverpackung (genau das tat Gorbatschow ja letzten Endes) lag eine Unmenge von Varianten, von denen die meisten als mehr oder weniger den nationalen Interessen der UdSSR entsprechend gelten konnten, die nicht an jähren und vor allem hastigen

Veränderungen der in Europa entstandenen Situation interessiert war. Bereits vor Beginn der akuten Phase der Krise in der DDR hatte Moskau aus Berlin Signale in diesem Sinne erhalten. In einem Gespräch mit dem Leiter der Presseabteilung des Außenministeriums der UdSSR, Gennadij Gerasimov, am 12. August 1988, bat Herbert Krolikowski, der Staatssekretär im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, diesen ganz direkt darum, in der sowjetischen Führung zu klären, ob die Sowjetunion die DDR noch brauche. Unter Hinweis auf Veröffentlichungen in der sowjetischen Presse mit Appellen, das „deutsche Problem“ auf Kosten der DDR zu lösen, erklärte er:

„Wir bitten nur um eines – uns klar zu sagen, wie Ihre Absichten im Hinblick auf uns aussehen. Heute gibt es ein sozialistisches Deutschland. Die Frage ist, soll es erhalten werden, wie zum Beispiel Österreich, oder soll auf den Zeitpunkt gewartet werden, an dem man sich die DDR vom Halse schaffen kann. Es ist unser Staat, wir haben ihn aufgebaut, und wir lieben ihn. Unser westlicher Partner ist nicht der dümme und nicht der schwächste. Man darf es ihm nicht leichter machen, sein Ziel, das nicht in einer Stärkung der DDR besteht, zu erreichen. Aber wenn Sie uns sagen, dass Sie uns nicht mehr brauchen, dass Sie den Frieden in Europa auch ohne uns sichern können, werden wir uns bemühen, einen Ausweg aus der neuen Situation zu finden. Wir werden die frühere Konzeption einer Konföderation in Deutschland wiederbeleben, mit Bonn entsprechende Verhandlungen aufnehmen und uns um möglichst gute Bedingungen für die hier lebenden Menschen bemühen. Sagen Sie uns offen, wie Ihr Ziel aussieht, und wir werden dementsprechend agieren. Wir dramatisieren nichts, wir haben nicht die Absicht, ein großes Klagegeheul anzustimmen. Aber es müssen Maßnahmen ergriffen werden, man muss an die nächste und die darauffolgenden Etappen denken.“³

Die Anfrage Krolikowskis wurde nach Moskau weitergeleitet. Es erfolgte keinerlei Reaktion. Das Problem war, dass selbst die Urheber der Perestroika keine Klarheit über ihre Ziele hatten. Und dazu, eine ebensolche Perestroika in der DDR zu beginnen, ohne zu wissen, wohin sie führen sollte, und ohne die Gewissheit zu haben, dass der Hauptverbündete einen bis zum Ende unterstützt, dazu konnte sich die DDR-Führung nicht entschließen.

Die Wirtschaftsfachleute aus der DDR und bei uns behaupteten, es gebe eine ziemlich einfache Möglichkeit, die Situation in der DDR zu stabilisieren, indem man die finanzielle Abhängigkeit von der BRD überwinde (die DDR hatte eine Menge Schulden gemacht, die sie nicht in der Lage war, zurückzuzahlen) und für die Zukunft eine auskömmliche Existenz für die Republik sicherstelle. Allerdings bedeutete dies eine zusätzliche bedeutende Belastung für den Haushalt der UdSSR, der auch so schon in allen Fugen knirschte. Das Rezept bestand darin, die Lieferungen sowjetischen Rohöls an die DDR auszuweiten. Die DDR bezog das Erdöl aus der UdSSR zu den Schleuderpreisen innerhalb des RGW und verarbeitete es dann zu Benzin mit hoher Oktanzahl, das sie zum Teil zu den hohen westeuropäischen Preisen an die BRD verkaufte. Die beachtliche Differenz landete im Staatssäckel der Republik. Die Erhöhung des Anteils des an die BRD verkauften Benzins hätte die Republik von ihren wirtschaftlichen Sorgen befreien können, ohne dass die andernfalls erforderliche Revision ihrer Sozialpolitik, die wahrscheinlich der wichtigste Vorzug der DDR im Wettstreit mit der BRD war, nötig wurde (offenbar war Honecker, der zu Recht als Wegbereiter dieser Politik galt, nicht umsonst so stolz auf sie, denn gerade die in der DDR verwirklichte soziale Gerechtigkeit ist es, woran

³ Vgl. *I. F. Maksimýčev*, „Narod nam ne prostit...“ *Poslednie mesjacy GDR. Dnevnik sovetnikaposlannika posol'stva SSSR v Berline, Moskva* 2002, S. 13.

sich deren frühere Bürger heute mit Wehmut erinnern). Die Erdölraffinerie in Schwedt, die die DDR speziell für diese Zwecke errichtet hatte, hätte wesentlich größere Mengen sowjetischen Erdöls verarbeiten können als in den achtziger Jahren geliefert wurden, die UdSSR lehnte dies jedoch ab.

Neben den rein objektiven Gründen, die die miserable Lage der sowjetischen Wirtschaft widerspiegeln, gab es für diese Ablehnung auch psychologische Gründe – der Lebensstandard der DDR-Bürger war um ein Vielfaches höher als der in den anderen sozialistischen Ländern, ganz zu schweigen von der UdSSR. Diesen Abstand noch zu vergrößern, selbst im Namen recht verstandener strategischer Ziele, wäre sogar für die an alles gewöhnte Bevölkerung der UdSSR zuviel gewesen. Man sollte sich übrigens neben den nützlichen Überlegungen zu den Besonderheiten des „Sowjetreichs“, das es fertig brachte, in den Bündnisstaaten und selbst in den nationalen Randgebieten des eigenen Landes auf Kosten der Verarmung der zentralen, ursprünglichen Gebiete des „Reichs“ einen höheren Lebensstandard zu sichern, auch Gedanken darüber machen, warum die Bevölkerung der DDR sich erst über die Vorzüge des Schutzes ihrer sozialen Rechte klar wurde, als diese infolge des Beitritts zur BRD geschmälert wurden.

Ich muss zugeben, dass ich sogar nach dem Ausbruch der Krise noch Illusionen im Hinblick auf die Stabilität der Republik hegte. Ich war sicher, dass das enorme konstruktive Potential, das bei der Gründung der DDR durch die Vertreter der positiven Tradition der deutschen Geschichte eingebracht worden war, bei Weitem noch nicht erschöpft war. Wenn der Sozialismus – der echte Sozialismus, nicht seine „realsozialistische“ Erscheinungsform – wirklich aufgebaut werden kann, so dachte ich (und nicht nur ich), so geschieht dies vor allem in der DDR mit ihrer mustergültig disziplinierten, in allem und jedem gewissenhaften Bevölkerung, mit ihrem überschaubaren und dadurch leichter kontrollierbaren Hoheitsgebiet, mit wesentlich stärkeren demokratischen Traditionen, als wir sie hatten, mit unserer Unterstützung und zugleich mit der beachtlichen Hilfe der BRD. Wenngleich ich wusste, dass ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung der Republik davon träumte, in die reiche BRD überzusiedeln (andernfalls hätte es keiner Berliner Mauer und keiner Schüsse an der deutsch-deutschen Grenze bedurft), vertraute ich doch den Einschätzungen der Führung der Republik, nach denen wesentlich mehr als die Hälfte ihrer Bürger die eigenständige Existenz der DDR unterstützte und DDR-patriotische Gefühle empfand.

Allerdings war es dabei völlig klar, dass die Zukunft der DDR in entscheidendem Maße davon abhing, ob und wie schnell sie sich an die sich rasch verändernde Welt um sie herum würde anpassen können. In der Situation, in der sich die DDR befand, konnte sie sich nicht den Luxus leisten, die Notwendigkeit einer sofortigen Modernisierung ihrer inneren Ordnung sowie die Unausweichlichkeit einer eiligen Anpassung an die zwischenstaatlichen Beziehungen neuen Typs, wie sie sich in Europa nach Helsinki entwickelten, zu ignorieren. Mit anderen Worten, die DDR konnte sich keine Differenzen mit Moskau und Bonn zugleich leisten. Ich zählte darauf, dass es in der DDR, in der SED Kräfte gab, die eine Antwort auf die Herausforderungen der Zeit finden würden, die den Interessen der Bevölkerung der Republik sowie der UdSSR als deren Schutzherrin und Beschützerin gerecht würde und zugleich dem Bedürfnis der Völker des gesamten europäischen Kontinents nach Frieden und Stabilität nicht widerspräche. Diese Antwort würde sich

auf die eine oder andere Weise in den Rahmen der Lösung des nationalen Problems der Deutschen einfügen müssen.

V. Wenn das Fest von Dilettanten ausgerichtet wird

Entgegen der verbreiteten Meinung konnten die Informationen aus der Botschaft (und aus Berlin überhaupt) nichts an der Deutschlandpolitik der sowjetischen Führung ändern. Jeder besorgte Unterton in den Meldungen nach Moskau verursachte dort bestenfalls ein skeptisches Lächeln oder einfach nur Verärgerung und Vorwürfe, es werde „Panik gemacht“. An der Spitze der Macht, im ZK der KPdSU (und dort wurde ja alles entschieden, nicht im Außenministerium, das Ševardnadze in einen unablässigen Reigen des Stühlerückens und großteils unnötiger innerer Reformen verwickelt hatte), wusste man ohnehin besser als alle anderen, was wichtig war und was zweitrangig. Die wichtigste Anforderung an die Informationen über die Situation in der DDR lautete: „Nichts dramatisieren!“ Die Versuche, dem Zentrum den Ernst der Lage in der DDR vor Augen zu führen, die die Mitarbeiter der Botschaft von Zeit zu Zeit unternahmen, kamen nicht einmal über die erste Barriere in Gestalt des Botschafters hinaus, der hierzu präzise Weisungen aus dem ZK der KPdSU erhielt. Wir hörten ständig aus dem Munde Kočemasovs: „Keine Panikmache! Michail Sergeevič hat auch so schon Sorgen genug.“ Wenn man ihn dann sehr bedrängte, rief er Gorbačevs persönliche Referenten und Berater an und fragte, ob man die eine oder andere Information als Telegramm schicken solle (ganz oben werden nur die Telegramme aus den Botschaften zur Kenntnis genommen, und auch die nicht einmal alle). Das war entscheidend, denn Vermerke, Notizen, Ausarbeitungen, Berichte und politische Schreiben der Auslandsvertretungen lagerten sich in den Abteilungen des Außenministeriums der UdSSR ab, nicht nur, ohne beim Minister zu landen, sondern auch, ohne den Weg zu den stellvertretenden Ministern, häufig nicht einmal zu den Abteilungsleitern zu finden. Formal gab es einen kräftigen Informationsfluss aus Berlin, der Mitteilungen zu allen kritischen Momenten, die später zum Kollaps der Republik führten, enthielt. Nur änderten diese Informationen nichts und konnten auch nichts ändern.

Als ich im Juni 1989 wieder einmal in Moskau auf Urlaub war, wurde ich zur Belehrung ausführlich über eine kürzliche Rede Ševardnadzes vor dem Kollegium des Ministeriums informiert, in der er die Arbeit der Botschaften in den sozialistischen Ländern und der Unterabteilungen des Zentralapparats, die für diese zuständig waren, kritisiert hatte. Wie mir berichtet wurde, hatte sich der Minister äußerst resolut gezeigt. Seine Einschätzung war, die Situation in den sozialistischen Ländern sei noch nie so kompliziert gewesen wie aktuell. Unsere Arbeit mit diesen Ländern werde weiterhin auf primitivem Niveau durchgeführt – wenig neue Ideen, wenig Vorschläge hinsichtlich unserer weiteren Schritte in diesem Bereich. In Weiterentwicklung der Thesen des Ministers sprach sein für die sozialistischen Länder zuständiger Stellvertreter Ivan Aboimov von der Sorge, die die Situation in der sozialistischen Staatengemeinschaft, vor allem in Polen und Ungarn, bei der Führung hervorrufe. Er betonte besonders, dass in einer solchen Situation die Initiativlosigkeit der Botschaften nicht weiter geduldet werden könne, die nicht an langfristigen Entwicklungskonzepten für die Beziehungen mit den jeweiligen Ländern arbei-

teten und keine großen Dokumente vorbereiteten, die die Grundlage für Aktionen auf Regierungsebene bilden könnten.

Bei mir (und nicht nur bei mir) verfestigte sich der Eindruck, dass die oberste Führung im entscheidenden Augenblick, da die Perestroika endlich begann, zu Ergebnissen im Sinne einer grundlegenden Erneuerung der Realitäten innerhalb und außerhalb des Landes zu führen, die Orientierung völlig verloren hatte und in eine Sackgasse geraten war. Im Angesicht der extrem komplizierten Situation, die in dem für die UdSSR lebenswichtigen westlichen Vorfeld entstanden war, verlangte die Führung von den Botschaften, das heißt von den ausführenden Stellen, Tipps, was in dieser Situation, die sich infolge der von dieser Führung selbst ohne jede vorherige Beratung mit den Botschaften unternommenen Aktionen verschärfte, getan werden konnte und sollte. Die offizielle These von der Vorrangigkeit der Beziehungen der UdSSR zu den sozialistischen Ländern hing einfach in der Luft, ohne dass sie durch Aktionen oder auch nur durch betonte Aufmerksamkeit von Seiten der Führer der Perestroika untermauert worden wäre.

Jegliche nicht durch die innerparteilichen Ränke in Anspruch genommene Zeit widmeten Gorbatschow oder Šewardnadze den Beziehungen zu den USA, und zwar nach einem in Washington erstellten Programm. Die sowjetischen Führer rechtfertigten sich ständig wegen früherer antiamerikanischer Fehlritte der UdSSR und machten einseitige Zugeständnisse, um ihre Umerziehung und Friedensliebe unter Beweis zu stellen. Aber immerhin gab es in diesem Bereich Fortschritte. Im Hinblick auf die sozialistische Staatengemeinschaft beschränkte sich alles auf Wehklagen auf höchster Ebene in dem Sinne, wie schön es wäre, wenn sich alle gegenseitig lieben würden, wenn in den sozialistischen Ländern nicht die Grundlagen der Staatsordnung erschüttert würden, wenn deren Bevölkerung nicht nach Westen schielen würde, wenn nicht die monolithische Einheit des sozialistischen Lagers von Tag zu Tag immer mehr ausgehöhlt würde... In den Wirren der Perestroika entband niemand die politische Führung des Landes von ihren Pflichten, neue politische Horizonte aufzuzeigen, die realen Prioritäten zu beschreiben und die obersten nationalen Interessen, entsprechend den geänderten Bedingungen in einer Situation der sich auf unsere eigene Initiative hin vollziehenden Umwälzung des gesamten Systems der internationalen Beziehungen, neu zu definieren. Auch die Aufgaben des Exekutivapparats waren unverändert: Er war verpflichtet, die Anweisungen der obersten Führung so effektiv wie möglich umzusetzen, rechtzeitig die auftauchenden Probleme zu signalisieren und Empfehlungen zu deren Lösung zu erarbeiten. Wenn allerdings die Absichten der politischen Führung unklar, die Prioritäten die falschen und die Signale ungehört blieben, so war nichts Gutes zu erwarten. Die Führer der Perestroika, die Anspruch auf den Titel „Geschichtsmacher“ erhoben, entpuppten sich als Zauberlehrlinge, die einen Sturm entfesselt hatten, dessen sie dann aber nicht mehr Herr zu werden vermochten.

Eines der zahlreichen Paradoxa der Situation im Juli 1989 bestand darin, dass man der Ansicht war, die Lage in der DDR sei günstiger als in vielen anderen sozialistischen Ländern. Der Exodus der Bevölkerung aus der Republik hatte freilich bereits begonnen: Am 2. Mai hatten die ungarischen Grenzschrützer mit dem Abbau der Absperrungen an der Grenze zu Österreich begonnen, wodurch die Bedingungen für den illegalen Grenzübertritt von DDR-Bürgern, die in Ungarn, für das sie kein Visum benötigten, Urlaub machten, geschaffen wurden. Am 20. Juni hatten die ersten Flüchtlinge aus der DDR in der Botschaft der BRD in Budapest politisches Asyl erhalten. Allerdings hatte das Phäno-

men noch nicht das katastrophale, massenhafte Ausmaß erreicht, wie es nach der völligen Öffnung der österreichisch-ungarischen Grenze im September der Fall war. Die Botschaft unterrichtete die Zentrale natürlich über die neuen, besorgniserregenden Entwicklungen, war allerdings bemüht, dies nach dem bewährten Rezept „Nichts dramatisieren!“ zu tun. Zu diesem Zeitpunkt hatte übrigens weder in der DDR noch außerhalb irgendjemand erkannt, dass die Krise, die die Republik verschlingen sollte, bereits ins Rollen gekommen war.

Mein Urlaubstrost bestand darin, dass es keinen direkten Tadel für die Botschaft in Berlin gegeben hatte. Schließlich hatten wir ja „Initiativvorschläge“ gemacht – insbesondere war angeregt worden, es sei an der Zeit, auf die für Beziehungen zwischen befreundeten Staaten inakzeptablen Aktionen der Behörden der DDR zu reagieren, die zum Beispiel als Strafe für einen Artikel über die Stalin'schen Säuberungen, der in dem in der Republik beliebten deutschsprachigen Digest der sowjetischen Presse „Sputnik“ erschienen war, dessen Auslieferung an die Abonnenten untersagt hatten (was auf persönliche Anweisung Honeckers geschah) oder einen Großteil der Exemplare der Zeitschrift „Novoe Vremja“ wegen der darin enthaltenen, perestrojka-typischen Enthüllungsartikel beschlagnahmt hatten. Eine Antwort auf unsere Vorschläge gab es nicht. Mündlich wurde uns mitgeteilt, dass die Verwirklichung dieser Vorschläge nur zu einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR führen würde, was dem Wunsch der Führung der UdSSR, die Interna der sozialistischen Länder nicht anzurühren, im Grundsatz widerspräche. Wahrscheinlich war es nicht einmal schlecht, dass die von der Botschaft vorgeschlagenen Demarchen nicht unternommen wurden, denn irgendwelche Proteste unsererseits, selbst inoffizielle, hätten die Atmosphäre in den Beziehungen zwischen der UdSSR und der DDR, die ohnehin in einer Reihe von Punkten weit vom Ideal entfernt waren, noch weiter aufgeheizt. Allerdings rief das Schweigen der sowjetischen offiziellen Stellen angesichts der allseits bekannten Aktionen, die von weiten Teilen der Bevölkerung der DDR als provokativ illoyal gegenüber der UdSSR betrachtet wurden, den Eindruck hervor, als sei Moskau alles, was in der DDR vorging, gleichgültig und als sei es mit jedem Ausgang des politischen Kampfes, der in der Republik offen entbrannt war, sich einstweilen aber mehr unter der Oberfläche abspielte, einverstanden.

Vor dem Hintergrund der in der BRD andauernden Diskussionen darüber, inwieweit die DDR souverän war, sei besonders darauf hingewiesen, dass die Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft, zumindest in der Zeit der sowjetischen Perestrojka, so souverän waren, wie dies in unserer interdependenten Welt überhaupt möglich ist. In der UdSSR hatte sich die informelle, aber höchst effektive „Doktrin der Nichteinmischung“ in die inneren Angelegenheiten der sozialistischen Staatengemeinschaft entwickelt. Gemeint war der Verzicht nicht nur auf Einflussnahme oder Druckausübung auf die Verbündeten, sondern sogar darauf, seine Meinung zum einen oder anderen Thema zu äußern, selbst wenn das Thema die Interessen aller anderen oder zumindest eines Teils der anderen Mitglieder der Gemeinschaft betraf, was ganz klar bedeutete, das Kind mit dem Bade auszuschütten. Diese Doktrin wurde folgendermaßen begründet: (1) Jede regierende Schwesterpartei trägt die volle Verantwortung für die Geschicke ihres Landes, und niemand darf ihr seine Ratschläge aufdrängen, sonst fangen die anderen am Ende noch an, auch die die Perestrojka durchführende UdSSR „zu beraten“, was nicht wünschenswert ist; (2) jede Empfehlung der UdSSR (KPdSU) würde dazu führen, dass wir

die Verantwortung für das Ergebnis der Umsetzung dieser Empfehlung übernehmen, wobei es aber im Falle eines Scheiterns keine Möglichkeit der sowjetischen Hilfeleistung mehr gibt; (3) der Erfolg der Perestroika in der UdSSR verlangt vor allem Ruhe in der sozialistischen Staatengemeinschaft, und solange die aktuellen Führer dieses oder jenes Bruderlandes die Stabilität bei sich gewährleisten, sollte man sie nicht mit Einflüsterungen wie „Das Bessere ist des Guten Feind“ stören. All das klang scheinbar sogar logisch, führte aber im entscheidenden Zeitraum des Heranreifens der Krise, als man noch etwas hätte unternehmen können, um sie abzuwenden oder zumindest abzumildern, zur Tatenlosigkeit. Der Verzicht auf jede Art der Kritik am Polizeiregime des Nicolae Ceaușescu oder der Betonkopfkohorte des Erich Honecker verlängerte die ihnen von der Geschichte bewilligte Frist nicht um eine Minute, brachte aber die Reformer, die sich darum bemühten, die Spannungen rechtzeitig zu entschärfen und die Dinge nicht bis zum Äußersten zu treiben, um Unterstützung. Auch trug er nicht gerade zu einem Sympathiezuwachs uns gegenüber bei der Bevölkerung der realsozialistischen Länder bei.

VI. Es gab noch Chancen

Die einzigartige Möglichkeit, sich anlässlich des 40. Jahrestages der Gründung der Republik direkt an die Bürger der DDR zu wenden, nutzte Gorbachev nicht optimal. In seiner Rede am 6. Oktober 1989 in Berlin zitierte er völlig unpassend das im Hinblick auf die politische Situation fragwürdige Gedicht Fedor Tjutčevs:

„Zur Einheit – wie der Große prophezeite – wird man mit Eisen nur und Blut getrieben. [...] Doch wir versuchen es mit Liebe – Wer Recht hat, wird die Zukunft dann entscheiden.“

Der Verweis auf die bekannte Formel Otto von Bismarcks, der Deutschland 1871 eben mit „Eisen und Blut“ vereint hatte, hinterließ einen seltsamen Eindruck. Als fordere Gorbachev die Deutschen zu einer Wiederholung der Vereinigung ihrer Staaten auf, wenn auch dieses Mal ohne den Einsatz militärischer Mittel. Gegen Ende des 20. Jahrhunderts standen allerdings die wirtschaftlichen und politischen Methoden der Einflussnahme den Zusammenstößen zwischen den Armeen früherer Zeiten in ihrer Effizienz in nichts nach. Wenn man der Abschlussbemerkung Gorbachevs, das sowjetische Volk würde seiner Führung den Verlust der DDR nicht verzeihen, Glauben schenkt, konnte auch ihm nicht an dieser Aussicht gelegen sein. War das Tjutčev-Zitat nur einer der üblichen Fauxpas in den Reden des obersten Anführers der Perestroika? Wer weiß? Das einzige, woran sich alle im Zusammenhang mit dem letzten Besuch Gorbachevs in der DDR erinnern, ist sein Ausspruch anlässlich eines außerplanmäßigen Gesprächs mit einer Journalistengruppe im Verlauf des 7. Oktober: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.“ Diese wohl unstrittige Sentenz, die man als nicht sehr gelungene Paraphrase des treffenden volkstümlichen Diktums „Wer nicht kommt zur rechten Zeit, der muss seh’n, was übrig bleibt“ betrachten kann, wurde in der BRD als Richtlinie, als Anweisung zu blitzartigem Handeln begriffen. Und Bonn machte sich in der Tat daran, das Eisen zu schmieden, solange es heiß war. Da alles einen guten Verlauf nahm, erinnern sich die Deutschen auch heute noch voller Begeisterung an diesen Gorbachev’schen Ausspruch.

Die gegen die Regierung gerichteten Demonstrationen in Berlin am Abend des 7. Oktober 1989, deren Anblick Gorbachev glücklich vermied, zeigten, dass die Krise begann, auf die Straße überzugreifen. Zur Ehre der Berliner Botschaft sei gesagt, dass ihre Mitarbeiter im Vorfeld einmütig vorhergesagt hatten, dass bei den Demonstranten bald nationale Losungen auftauchen würden, obwohl auf den Straßen immer noch der allgemeine demokratische Ruf „Wir sind das Volk!“ vorherrschte. Die Teilnehmer an der Sitzung in der Botschaft am 16. Oktober (noch vor dem Rücktritt Honeckers, der zwei Tage später erfolgte) bezeichneten die Aufgabe, „die DDR als eigenständigen Staat zu erhalten“, ganz offen als das Ziel, das die gegenwärtige Politik zu verfolgen habe. Sie betonten, dass die Wiedervereinigung durch die Abwanderung der Bevölkerung aus der DDR in die BRD bereits in vollem Gange sei, und dass man sich Gedanken darüber machen müsse, was das Ziel der UdSSR sei – ein neutrales geeintes Deutschland oder zwei neutrale deutsche Staaten. Ich denke, der Botschafter informierte die Berater Gorbachevs nach seiner Gewohnheit telefonisch. Andere Folgen hatte die praktisch einhellige Einschätzung der Situation durch die Experten der Botschaft nicht. In Moskau war man entschieden gegen jeden „Anschlag“ auf den unabhängigen Status der DDR.

Die Leute, die Honecker und seine Kampfgenossen ablösten, konnten nicht umhin, das ungestüme Anwachsen der Vereinigungseuphorie bei den Massen zu bemerken. Es war ihnen klar, dass die Situation um jeden Preis unter Kontrolle gebracht werden musste. Man stand vor der Alternative: Entweder würde die DDR eine gemeinsame Sprache mit der nationalen Bewegung finden können oder die nationale Bewegung würde mit der DDR Schluss machen. Der Fall der Mauer und die Liberalisierung des Grenzregimes zwischen DDR und BRD am 9. November 1989 öffneten die Schleusen für die ungezügeltsten gesamtdeutschen Phantasien. Unter Berücksichtigung all dieser Faktoren enthielt die Regierungserklärung Hans Modrows vom 17. November ein mutiges Entwicklungsprogramm für die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten. Im Hinblick auf eine „qualifiziert gute Nachbarschaft“ und „kooperative Koexistenz“ wurde die Aufgabe gestellt, die existierende „Verantwortungsgemeinschaft“ von DDR und BRD zu einer „Vertragsgemeinschaft“ zu erweitern, die weit über die bisher geschlossenen deutsch-deutschen Abkommen hinausgehen sollte. Die „Vertragsgemeinschaft“ tauchte in der Erklärung Modrows im Grunde nur auf, weil man Moskau nicht mit dem Begriff der „Konföderation“ reizen wollte – auch so schon gab das ZK der KPdSU sofort klar zu verstehen, dass man mit der „Eigenmächtigkeit“ Modrows bezüglich der Beziehungen DDR–BRD sehr unzufrieden sei.

Den restlichen November, den ganzen Dezember 1989 und fast den ganzen Januar 1990 verwandte Modrow darauf, die sowjetische Führung davon zu überzeugen, dass entweder die neue Führung der DDR es verstehen müsse, sich an die Spitze der nationalen Bewegung in der Republik zu setzen und sie in einen gewissen Rahmen zu bringen, oder die nationale Bewegung alles hinwegfegen würde, was sich ihr in den Weg stellte. Die Botschaft teilte die Ansicht Modrows. Aber da Gorbachev hartnäckig „nein“ sagte, verstrich wertvolle Zeit, und die nationale Bewegung der DDR füllte immer sichtbarer die in Bonn gegossenen Formen aus, zumal der Gedanke eines Beitritts zur BRD von Anfang an viele durch seine scheinbare Einfachheit bestochen hatte. Erst am 26. Januar 1990 änderte Gorbachev seine Haltung und nahm eine diametral entgegengesetzte Position ein. (Übrigens fand die schicksalsträchtige Sitzung bei Gorbachev, auf der diese Entscheidung

getroffen wurde, ohne Beteiligung der Deutschlandspezialisten aus dem Außenministerium der UdSSR und sogar ohne Hinzuziehung des Botschafters in Berlin statt.)

In den Memoiren Anatolij Černjaevs, des Beraters und wichtigsten außenpolitischen Ratgebers Gorbačevs, heißt es, er, Černjaev, habe auf der besagten Sitzung darauf bestanden, sich in der Deutschlandpolitik „deutlich auf die BRD hin zu orientieren“, und zwar nicht auf die Sozialdemokraten, sondern auf Kohl, denn Kohl wolle seiner Meinung nach die Vereinigung Deutschlands „im Rahmen des europäischen Prozesses“ realisieren, sei Gorbačev persönlich verbunden und „ein Mann von Wort“. Von Ševardnadze unterstützt, verlangte Černjaev, die bereits vereinbarte Einladung für Modrow nach Moskau zurückzuziehen und das Gespräch Gorbačevs mit Gregor Gysi, dem neuen Vorsitzenden der SED-PDS, abzusagen. Diesem „Frontwechsel“ widersprachen nur Valentin Falin und sein Stellvertreter Rafaël’ Fedorov, die eben erst die DDR besucht hatten und die Situation nicht nur vom Hörensagen kannten. Gorbačevs Entscheidung war vorläufiger Natur, ging aber deutlich in Richtung der Auffassung von Černjaev. Die wichtigsten Punkte der Entscheidung waren folgende: (1) Moskau war mit der Bildung der „Sechsergruppe“, das heißt eines Gremiums aus Vertretern der vier Mächte und der beiden deutschen Staaten, zur „Regelung des deutschen Problems“ einverstanden (die Ziele wurden nicht präzisiert; offenbar war von Anfang an die Gestaltung des Beitritts der DDR zur BRD und nicht eine gleichberechtigte Vereinigung der beiden Staaten ins Auge gefasst); (2) die UdSSR beabsichtigte, sich auf Kohl hin zu orientieren, ohne dabei die SPD zu ignorieren (in der Übersetzung in die Sprache der Praxis bedeutete dies den Verzicht auf die Verteidigung der Interessen der DDR, die infolge eines merkwürdigen Zusammentreffens von Umständen größtenteils mit denen der Sowjetunion zusammenfielen); (3) Modrow und Gysi wurden trotzdem in Moskau empfangen (offenbar zur Wahrung des Anstands, denn alle wesentlichen Fragen sollten mit Kohl geklärt werden); (4) man wollte „sich näher an London und Paris halten“ (aus dem gleichen Grunde blieb völlig unklar, mit welchem Ziel); (5) es wurde beschlossen, den Abzug der Truppen aus der DDR vorzubereiten (dies war nach Gorbačevs Einschätzung „eher ein inneres als ein äußeres Problem: 300 000 Mann, davon 100 000 Offiziere mit ihren Familien, müssen irgendwo hingetan werden“).⁴

Jetzt, da man weiß, was am 26. Januar beschlossen wurde, ist es schwierig, sich vorzustellen, wie das Gespräch Gorbačevs mit Modrow vier Tage später verlief. Jedenfalls wurde der Chef der DDR nicht davon in Kenntnis gesetzt, dass eine Wende in der Politik der UdSSR bevorstand, infolge derer die DDR ihrem Schicksal, genauer gesagt, dem Gutdünken des Kanzlers der BRD, überlassen würde. (Die Botschaft wurde übrigens auch nicht darüber informiert.) Modrow kehrte nach Berlin zurück, beflügelt durch die Unterstützung Gorbačevs für sein Konzept von der Gründung einer deutschen Konföderation als erstem Schritt zu einer Vereinigung, die der Zukunft überlassen bleiben sollte. Auf der Pressekonferenz vom 1. Februar veröffentlichte er seinen Plan zur Überwindung der Spaltung Deutschlands unter dem Titel „Deutschland, einig Vaterland“ (eine Zeile aus dem nicht mehr gesungenen Text der Nationalhymne der DDR). Die Erklärung des Vorsitzenden des Ministerrats der Republik begann folgendermaßen:

„Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten rückt auf die Tagesordnung. Das deutsche Volk wird seinen Platz beim Aufbau der neuen Friedensordnung finden, in deren Ergebnis sowohl die

⁴ A. S. Černjaev, Šest’ let s Gorbačevym. Po dnevnikovym zapisjam, Moskva 1993, S. 346–347.

Teilung Europas in feindliche Lager als auch die Spaltung der deutschen Nation überwunden werden.“⁵

Modrows Plan sah vier Schritte vor: (1) Zusammenarbeit und gute Nachbarschaft im Rahmen einer Vertragsgemeinschaft; (2) Bildung einer Konföderation mit gemeinsamen Organen; (3) Übertragung von Souveränitätsrechten beider Staaten an Organe der Konföderation; (4) Bildung einer einheitlichen Deutschen Föderation oder eines Deutschen Bundes durch allgemeine Wahlen in beiden Staaten. Als Voraussetzungen für die Realisierung des Plans nannte Modrow die Wahrung der Interessen und Rechte der vier Mächte sowie aller Staaten Europas und die militärische Neutralität von DDR und BRD auf dem Weg zur Föderation. Modrow schloss mit folgenden Worten:

„Diese Konzeption bekennt sich zu den demokratischen, patriotischen, fortschrittlichen Ideen und Bewegungen für die Einheit der deutschen Nation aus gemeinsamer Geschichte und jüngster Vergangenheit. Sie bekennt sich zu den humanistischen und antifaschistischen Traditionen des deutschen Volkes. Diese Konzeption wendet sich an die Bürger der DDR und der BRD, an alle europäischen Völker und Staaten, an die Weltöffentlichkeit mit der Bitte um Unterstützung.“⁶

Für die Interessen der UdSSR war Modrows Plan vor allem dadurch nützlich, dass er die Bedingungen für eine Synchronisierung des deutschen und des europäischen Einigungsprozesses garantierte. Die gesamte Macht der Bewegung zur deutschen Einheit wurde in den Dienst des Aufbaus eines Großeuropas unter Einbeziehung der UdSSR gestellt, damit nicht anstelle der aufgehobenen Trennlinie an der deutsch-deutschen Grenze neue Bruchstellen entlang der Grenzen der Sowjetunion entstünden. Obwohl die Aktion mit deutlicher Verspätung erfolgte, war das persönliche Ansehen Modrows als Reformers und Vertreter all des Guten, worauf die DDR stolz sein konnte, eindrucksvoll genug, um – sofern die Sowjetunion ihre Unterstützung gewährte – auf einen Erfolg des Plans zu hoffen, zumal er sowohl in der DDR als auch in der BRD insgesamt positiv durch die Öffentlichkeit aufgenommen wurde. In Westdeutschland gab es lediglich Einwände gegen die Punkte zur militärischen Neutralität, und in Ostdeutschland war nur die PDS gegen den Plan, da sie der Ansicht war, dass er „den Rahmen linker Politik überschreite“. Das Wichtigste war jedoch, dass die immer mehr an Gewicht gewinnenden Oppositionsbewegungen der DDR eine mechanische Einbeziehung der Republik in die BRD einhellig ablehnten und die Gründung eines neuen Staats, zu dem sowohl die BRD als auch die DDR ihren Beitrag leisten sollten, vorzogen. So wurde die von Modrow vorgeschlagene Übergangszeit, in deren Verlauf man sich an den Aufbau europäischer Strukturen machen konnte, die die rhetorischen Übungen zum Thema „gemeinsames europäisches Haus“ in politische Realitäten eines einheitlichen europäischen Kontinents verwandeln würden, zu einer durchaus realen Möglichkeit.

⁵ Zitiert nach Neues Deutschland vom 2. Februar 1990, in: *Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen* (Hrsg.), *Texte zur Deutschlandpolitik*. Reihe III, Bd. 8a, Bonn 1990, S. 49–51, hier S. 49.

⁶ Ebd., S. 51.

VII. Schlagdamespiel⁷

Gorbačev räumte seinem Verbündeten – der Warschauer Pakt existierte noch, und die DDR war nach wie vor Vollmitglied – ganze zehn Tage für die Umsetzung des mit ihm abgestimmten Modrow-Plans ein. Am 10. Februar 1990 unterzeichnete der Generalsekretär des ZK der KPdSU das Todesurteil der DDR. Über die Einzelheiten dessen, was sich bei dem Gespräch zwischen Gorbačev und Kohl an diesem Tag im Kreml abspielte, hat der Berater des Kanzlers der BRD, Horst Teltschik, ausführlich berichtet, der, wie er später bekannte, innerlich jubelte, als er die Erklärungen des sowjetischen Chefs hörte, die nicht mehr und nicht weniger als einen „Triumph für Helmut Kohl, der als Kanzler der deutschen Einheit in die Geschichte eingehen wird“, bedeuteten. Der wichtigste Satz Gorbačevs lautete:

„Zwischen der Sowjetunion, der Bundesrepublik und der DDR [gibt es] keine Meinungsverschiedenheiten über die (deutsche) Einheit und über das Recht der Menschen, sie anzustreben. Sie müssen selbst wissen, welchen Weg sie gehen wollen.“

Damit die Westdeutschen auch ja begriffen, was für ein Geschenk ihnen da gemacht wurde, wiederholte Gorbačev diese Formulierung noch zwei Mal. In der TASS-Meldung vom nächsten Tag über das Gespräch der Chefs der beiden Länder wurde dieser Satz zum vierten Mal – offenbar, damit alles seine Richtigkeit hatte – reproduziert, und das schon in der Version „für den Einfaltspinsel“. So hieß es in der offiziellen sowjetischen Verlautbarung:

„Michail Gorbatschow konstatierte – und der Kanzler stimmte ihm zu –, dass es derzeit zwischen der UdSSR, der BRD und der DDR keine Meinungsverschiedenheiten dahingehend gibt, dass die Deutschen die Frage der Einheit der deutschen Nation selbst entscheiden müssen und sie auch selbst ihre Wahl bestimmen müssen, in welchen staatlichen Formen, in welchen Zeiträumen, wie schnell und unter welchen Bedingungen sie diese Einheit realisieren werden.“⁸

Indem Gorbačev der BRD, deren politische und wirtschaftliche Überlegenheit über die DDR bekanntermaßen erdrückend war, „freie Hand“ für die deutsche Einheit gewährte, überreichte er Bonn zwei weitere Präsente. Erstens erkannte er an, dass ein neutraler Status des vereinten Deutschland für Kohl genauso inakzeptabel war „wie auch für die meisten anderen“, und dass man andere Lösungen suchen musste. Zweitens unterstrich er, dass bei der Erörterung der internationalen Aspekte der deutschen Einheit Kohls Stimme die ausschlaggebende sein musste („Nichts darf ohne den Kanzler entschieden werden!“). In der Praxis wurde dies dadurch sichergestellt, dass der Durchführung der internationalen Erörterung der deutschen Angelegenheiten nach der Formel „2+4“, das heißt der Verleihung des Status von Hauptverhandlungsführern an die BRD und die DDR, die fortan nur noch der BRD nach dem Mund reden konnte, zugestimmt wurde, statt die traditionelle Formel „4+2“ zu wählen, für die England und Frankreich verbissen kämpften und die im Prinzip den sowjetischen Interessen entsprach. So sah also der „enge Schulterschluss“ Moskaus mit London und Paris aus! Wenn die Deutschen zu diesen oder jenen Zugeständnissen bewegt werden sollten, operierten England und Frank-

⁷ Anm. der Red.: Spielvariante, bei der gewinnt, wer seine Steine zuerst verliert.

⁸ Zitiert nach *ADN* vom 10. Februar 1990, in: *Bundesminister, Texte zur Deutschlandpolitik*, S. 86–88, hier S. 87.

reich als Verbündete der BRD gewöhnlich mit dem Hinweis, die Russen würden diesem oder jenem niemals zustimmen. Von nun an war ihnen die Möglichkeit, so zu taktieren, komplett genommen – die Russen waren mit allem einverstanden. Besorgt zeigte sich Gorbačev lediglich hinsichtlich der Fortsetzung der existierenden Kooperation zwischen sowjetischen Betrieben und Betrieben in der DDR, worum Kohl sich zu kümmern versprach. Sämtliche sowjetischen Zugeständnisse waren für die Delegation der BRD völlig überraschend und ergaben sich keineswegs aus dem Verhandlungskontext.⁹

Die „Süddeutsche Zeitung“ resümierte die Verhandlungen in Moskau mit der Feststellung: „Der Schlüssel zur Lösung der deutschen Frage ist Helmut Kohl überreicht worden.“¹⁰ Die Folge davon war, dass nicht nur die diplomatischen Anstrengungen zur Verteidigung der europäischen Interessen der UdSSR durch die Ausgestaltung der Garantien für ihre künftige Beachtung in wenigstens teilweise materieller und nicht nur verbaler Art, aussichtslos wurden. Verhandlungsmöglichkeiten setzen voraus, dass zumindest Ersatzpositionen vorhanden sind, um sich um Zugeständnisse der Gegenseite zu bemühen. Wenn aber alle Positionen bereits vor Beginn der Verhandlungen aufgegeben werden, bleiben nicht einmal für einen Teilerfolg nennenswerte Hoffnungen. In dieser Situation haben die sowjetischen Verhandlungsführer (vor allem waren dies Vertreter der Dritten Europäischen Abteilung des Außenministeriums der UdSSR und unserer Botschaft in Bonn – die Berliner Botschaft war, wie auch die DDR selbst, von Moskau unverzüglich abgeschrieben worden) ein besonderes Kompliment verdient, die sich für ein direktes Abkommen mit der BRD einsetzten, das wenigstens eine teilweise Entschädigung für den Verlust des wichtigen Verbündeten DDR darstellen sollte. Sie erreichten praktisch das Unmögliche, als sie in dem grundlegenden Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit mit der BRD vom 9. November 1990, der nach dem Verschwinden der UdSSR weiterhin für die russisch-deutschen Beziehungen Gültigkeit besitzt, insgesamt für uns günstige Formulierungen durchsetzten. Theoretisch verlieh dieser Vertrag unseren Beziehungen zu Deutschland fast denselben exklusiven Charakter, wie er seit den Zeiten Adenauers und de Gaulles die französisch-deutschen Beziehungen auszeichnet. Allerdings fehlten natürlich Garantien für die Einhaltung des Vertrages. Als die Luftwaffe während des NATO-Angriffs auf Jugoslawien im Jahr 1999 Belgrad bombardierte, erinnerte sich niemand mehr an den Vertrag von 1990, obwohl dies eine klare Missachtung seiner Bestimmungen darstellte. Andererseits schafft dieser Vertrag eine solide Rechtsgrundlage für die französisch-deutsch-russische „Troika“, die während des Krieges der USA im Irak im Jahr 2003 und danach zu einem erkennbaren Faktor der internationalen Entwicklung geworden ist.

Unmittelbare Ergebnisse zeitigte Kohls Moskau-Besuch auch im Bereich der deutsch-deutschen Beziehungen. Für den 13. Februar wurde ein Besuch Modrows mit einer Delegation aus 17 Fachministern der DDR in Bonn geplant, bei dem über die von der BRD zugesagte wirtschaftliche Soforthilfe, die bereits als „Solidaritätsbeitrag“ angepriesen wurde, verhandelt werden sollte. Ursprünglich hatten die Westdeutschen tatsächlich die Absicht, irgendwelche praktischen Maßnahmen zur Unterstützung des sich rasch zersetzenden Wirtschaftsmechanismus der DDR zu ergreifen. Sie erklärten uns offen,

⁹ Horst Teltchik, 329 Tage. Innenansichten der Einigung, Berlin 1991, S. 140–143.

¹⁰ Süddeutsche Zeitung vom 11. Februar 1990.

sie hätten dies vor, da sie fürchteten, dass die wirtschaftlichen Schwierigkeiten eine politische Instabilität in der DDR provozieren würden, die die Sowjetunion zwingen würde, zu reagieren (als alle Organe zur Wahrung der öffentlichen Ordnung in der Republik funktionsunfähig waren – die Staatssicherheit aufgelöst, die Armee zusammengebrochen, die Polizei so sehr eingeschüchtert, dass sie sich nicht mehr auf die Straße wagte – war die einzige Kraft, die eine Anarchie noch verhindern hätte können, die Westgruppe der Truppen). Aber die Versicherungen Gorbachevs, die UdSSR sei bereit, den Beitritt der DDR zur BRD zu unterstützen, zerstreuten die Befürchtungen der Westdeutschen. Teltschik notierte nach der Rückkehr aus Moskau in seinem Tagebuch: „Der Kanzler ist nicht mehr daran interessiert, mit einem hilflosen Modrow noch entscheidende Verabredungen zu treffen.“¹¹ Aus diesem Grunde führten die deutsch-deutschen Wirtschaftsgespräche nicht zu Ergebnissen. Fortan reduzierte sich die Politik der BRD gegenüber der DDR nur noch auf die Formel: „Je schlechter, desto besser.“

Der Druck der BRD ließ auch nach den Wahlen in der DDR am 18. März 1990, aus denen eine Regierung unter Leitung des Vorsitzenden der DDR-CDU Lothar de Maizière hervorging, nicht nach. Wirtschaftliche Unterstützung aus dem Westen gab es nach wie vor nicht – der DDR sollte der unverzügliche Beitritt zur BRD als einziger Ausweg bleiben. Bereits am 24. April wurde die Vereinbarung über die Einführung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion der beiden deutschen Staaten am 1. Juli getroffen. Am 18. Mai wurde in Bonn ein entsprechendes Abkommen unterzeichnet. Diese Union war eben genau das, was Kohl so dringend brauchte: der sofortige Beitritt der DDR zum wirtschaftlichen und also auch zum politischen System der BRD, obwohl die staatliche Einheit Deutschlands formal erst drei Monate später, am 3. Oktober 1990, Realität wurde. Die Währungsunion, die bedeutete, dass in der DDR die Währung der BRD (Deutsche Mark) als einzige Verrechnungseinheit eingeführt wurde, hatte auch zur Folge, dass die Finanzierung der Westgruppe der Truppen in der Luft hing. Seit der Aufnahme gleichberechtigter Beziehungen mit der DDR im Jahre 1955 hatte die UdSSR die Kosten für den Unterhalt ihrer in der Republik stationierten Truppen selbst getragen. Ein Teil dieser Mittel, der in Mark der DDR ausgezahlt wurde (Solde, Beförderungskosten, Beschaffung von Lebensmitteln und Inventar auf dem lokalen Markt usw.), wurde aus dem ständig positiven Saldo des Handels mit der DDR gedeckt (aus diesem Grund gibt es übrigens viele Ungereimtheiten und Zweifel im Zusammenhang mit den sowjetischen Schulden bei der DDR, die nach dem Verschwinden der Republik an den Tag kamen). Aber derartige Reserven in Mark der BRD oder in einer anderen frei konvertierbaren Währung besaß die UdSSR nicht. So war also kein Geld da, um die WGT nach dem 1. Juli 1990 zu finanzieren. Es drohte der Bankrott. Deutsche Mark konnten nur von der BRD kommen, die schon aus diesem Grunde den Gang und das Ergebnis der Ereignisse diktieren konnte.

Aber auch diese Situation war noch nicht vollkommen aussichtslos. Jedenfalls gab es unter den hochrangigen sowjetischen Politikern Menschen, die der Ansicht waren, dass die UdSSR, wenn sie ihre Interessen energisch verträte, die für sie katastrophale Entwicklung in eine andere Richtung lenken könnte. Am 18. Mai sprach der Leiter der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU und Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses

¹¹ *Teltschik*, 329 Tage, S. 145.

des Obersten Sowjets der UdSSR, Valentin Falin, der für die Vereinigte Parteiorganisation der sowjetischen Auslandseinrichtungen in der DDR für ein Delegiertenmandat auf dem 28. Parteitag der KPdSU kandidierte, vor den Mitarbeitern der Botschaft. Der kämpferische Ton seiner Aussagen, die keinesfalls einer Kapitulation ähnelten, wie sie deutlich in den Taten (genauer gesagt – in der Tatenlosigkeit) der Führungsspitze zu erkennen war, hinterließ bei uns einen starken Eindruck. Falin erklärte:

„Von einer Einbeziehung des vereinigten Deutschland in die NATO kann keine Rede sein – wir brauchen ein europäisches System der kollektiven Sicherheit. Wenn wir das und den Zeitrahmen für den Aufbau eines solchen Systems vereinbart haben, dann kann man auch Vereinbarungen über Zwischenschritte treffen. Solange in Westdeutschland amerikanische Truppen stationiert sind, werden unsere Truppen sich in Ostdeutschland aufhalten; ihre Bewaffnung wird der amerikanischen entsprechen.“

Er bestand auf dem Abschluss eines umfassenden Friedensvertrags mit Deutschland, wobei er darauf hinwies, dass die Weigerung des Westens, einen solchen Vertrag abzuschließen, „auf die Beseitigung der Rechte der UdSSR (während der Westen seine Rechte durch den Bonner Vertrag, die Römischen Verträge, den NATO-Vertrag, den Vertrag über die Westeuropäische Union usw. wahrt) sowie die Weigerung, gemeinsam mit der UdSSR den militärpolitischen Status Deutschlands zu bestimmen, abzielt“. Falin schloss aus, dass Moskau mit der Anwendung von Artikel 23 des Grundgesetzes der BRD einverstanden sein könnte, der einen einfachen Beitritt der DDR ermöglichte: „Dies würde nicht nur dem Ansehen der UdSSR, sondern auch der Sache schaden.“ (Er meinte damit die Verteidigungsaspekte.) Falin erklärte:

„Der Versuch, die DDR der BRD einzuverleiben, ist im Grunde genommen eine Aggression eines NATO-Landes gegen ein Land des Warschauer Pakts. Werden unsere Truppen in der DDR auch der BRD einverleibt?“

Als ich im Gespräch nach seinem Vortrag die Befürchtung äußerte, im Falle einer Verschärfung der Situation (Falin hatte erklärt, gegebenenfalls könne die Stärke der sowjetischen Truppen in der DDR verdoppelt werden) werde die gesamte Bevölkerung der Republik in die BRD abwandern, sagte er fröhlich: „Das wäre doch gut – dann müssten wir sie nicht ernähren!“

Ehrlich gesagt gab uns Falins Rede eine gewisse Hoffnung, dass noch nicht alles verloren sei. Wir wussten, dass seine Position auch im Außenministerium der UdSSR auf Expertenebene unterstützt wurde. Eine Woche vor dem „Zwei-plus-Vier“-Gespräch am 22. Juni in Berlin legte die sowjetische Delegation den USA ein Memorandum vor, das einige Punkte enthielt, die Falins Erklärungen entsprachen – zum Beispiel die Forderung nach einem Sonderstatus für das Hoheitsgebiet der DDR, das nicht dem NATO-Bereich angehören sollte, die Forderung nach dem weiteren Verbleib sowjetischer Truppen auf diesem Gebiet bei deren stufenweiser Reduzierung sowie die Forderung nach einer parallelen Reduzierung aller ausländischen Truppen auf dem Hoheitsgebiet Deutschlands. Bei dem eigentlichen Gespräch am 22. Juni legte die UdSSR den Teilnehmern einen Vertragsentwurf über das vereinigte Deutschland vor, der eine Übergangszeit, in der die Rechte der vier Siegermächte gegenüber Deutschland erhalten bleiben sollten, sowie den Abzug aller auf deutschem Hoheitsgebiet stationierten ausländischen Truppen spätestens fünf Jahre nach der Vereinigung Deutschlands vorsah, wobei die Truppen aus Berlin be-

reits nach einem halben Jahr abgezogen sein sollten. Allerdings gab Ševardnadze, der die Verhandlungen führte, seinen Gesprächspartnern eindeutig zu verstehen, dass es sich dabei keineswegs um kategorische Forderungen handle, sondern nur um eine Art „Auforderung zum Nachdenken“, dessen Ergebnisse völlig anders aussehen könnten, als man es sich ursprünglich vorgestellt hatte. Besonders machte es stutzig, dass Moskau bei den Kontakten auf allen Ebenen dem drängendsten Problem auswich – wie die Angehörigen der WGT ab 1. Juli bezahlt werden sollten. Später verstärkte sich der Eindruck, dass die demonstrativen Gesten zum Schutz der sowjetischen Interessen hauptsächlich das Ziel verfolgten, die durchaus verdiente Kritik an der Außenpolitik Gorbachevs auf dem bevorstehenden Parteitag der KPdSU abzuwenden. Sobald dieser vorbei war (mit einem für Gorbachev befriedigenden Ausgang), hatte es auch mit den Gesten ein Ende.

Am 15./16. Juli fanden in Moskau und im Nordkaukasus (Archyz) Gespräche zwischen Gorbachev und Kohl statt, bei denen die Kapitulation der UdSSR zur Realität wurde und die Gestalt von Vereinbarungen auf höchster Ebene annahm. Auf einer Pressekonferenz berichtete Kohl der Welt nach seiner Rückkehr nach Bonn von seinem Sieg auf der ganzen Linie. Die ihm von Gorbachev zugesagten Garantien sahen wie folgt aus: (1) Das vereinigte Deutschland besteht aus der BRD, der DDR und Westberlin; (2) mit der Vereinigung werden die Rechte der Alliierten im Hinblick auf Deutschland und Berlin insgesamt außer Kraft gesetzt; (3) das souveräne Deutschland entscheidet frei über die Frage seiner Zugehörigkeit zu einem Militärbündnis (einfach gesagt, es bleibt in der NATO); (4) in einem gesonderten Vertrag zwischen der UdSSR und Deutschland werden die Bedingungen für den Abzug der sowjetischen Truppen aus der ehemaligen DDR bis spätestens 1994 geregelt; (5) in diesem Zeitraum werden die NATO-Strukturen nicht auf das Hoheitsgebiet der ehemaligen DDR ausgedehnt; (6) dort können solange Einheiten der Bundeswehr stationiert werden, die nicht in die NATO integriert sind; (7) die Truppen der Westalliierten verbleiben für den gesamten Zeitraum der Stationierung sowjetischer Truppen in der ehemaligen DDR in Berlin; (8) nach dem Abzug der sowjetischen Truppen aus der ehemaligen DDR können Bundeswehrtruppen, die in die NATO integriert sind, stationiert werden, allerdings keine ausländischen Truppen und keine Atomwaffen; (9) die gesamtdeutschen Streitkräfte werden auf 370 000 Mann reduziert; (10) das vereinigte Deutschland verzichtet auf den Besitz und die Produktion atomarer, bakteriologischer und chemischer Waffen und bleibt Vertragspartner im Vertrag über die Nichtverbreitung dieser Waffen. Nur ein Umstand wurde nicht von Kohl öffentlich gemacht – die BRD stellte der UdSSR einen D-Mark-Sofortkredit für den Bedarf der WGT zur Verfügung und sagte zu, einen Teil der Kosten für den Transport von Menschen und Material beim Abzug der WGT aus dem Hoheitsgebiet Deutschlands zu übernehmen. Im Übrigen war die Demütigung für die Siegermacht des Zweiten Weltkriegs auch ohne diesen Punkt schon maßlos.

Die Vereinbarungen von Archyz setzten einen Schlusspunkt unter den hastigen Rückzug der UdSSR von den Positionen einer der führenden europäischen Mächte. Diese Retirade wurde zwangsläufig von einem Ansehensverlust und der Einbuße internationaler Achtung begleitet. Unverzeihlich war vor allem, dass die Westgruppe der Truppen, der nahezu kampfstärkste Teil unserer gesamten Armee, der als Schild für alle Überraschungen dienen sollte, die aus dem Westen auf uns zukommen konnten, in eine unmögliche Lage gebracht wurde. Das Ansehen der UdSSR in der Welt gründete sich vor allem auf ihre

militärische Stärke, auf die Fähigkeit, jedem beliebigen Gegner in jeder beliebigen Richtung nicht wieder gutzumachenden Schaden zuzufügen. Der Schlag gegen die Armee konnte nur das eigene Gewicht in der Welt untergraben. Ein halbes Jahrhundert lang war die Infrastruktur der WGT, die jetzt in weniger als vier Jahren demontiert, größtenteils aber einfach vernichtet werden sollte, Steinchen für Steinchen aufgebaut worden. Völlig legitim ist die Frage, die Jurij Poljakov in diesem Zusammenhang stellte:

„Kann man einen Staat achten, der, nachdem er beschlossen hatte, sein Volk aus der Stagnation herauszuführen, es in die psychische und physische Erschöpfung gestürzt hat? Einen Staat, der nahezu splitternaht von seinen geopolitischen Grenzen davongelaufen ist, wie ein vom gestrengen Ehemann ertappter Liebhaber? Hätte man doch wenigstens seine Sachen mitgenommen. Dabei waren wir doch in eben diesem Europa buchstäblich über die Knochen von Millionen unserer eigenen Bürger angekommen, was immer man dort auch sagen mag.“¹²

Die Folgen dieser Handlungsweise bekam Russland in den letzten 13 Jahren ganz deutlich zu spüren. Jetzt ist klar, wie viel Kraft und Mittel nötig sind, um die Situation, die durch die Politik Gorbachevs und El'cins, in deren Ergebnis die Starken dieser Welt weder uns noch unsere Interessen berücksichtigt haben, entstanden ist, wenigstens teilweise zu verbessern.

Der Gerechtigkeit halber sei anerkannt, dass die katastrophalen Ergebnisse der ohne Gegenleistung erfolgten Aufgabe der durch das Blut und den Schweiß des Volkes, die Entbehrungen von Generationen und die mühsamen Anstrengungen der Diplomaten errungenen Positionen durch Moskau sich nicht sofort gezeigt haben und erkannt worden sind. Zunächst herrschte Euphorie vor – hurra, die Wende ist ohne Blutvergießen erreicht worden, das Zeitalter der allgemeinen Vereinigung ist angebrochen, der Russe und der Deutsche (aber auch der Amerikaner, der Engländer und andere) sind Brüder auf ewig, aller Zwist und Zank liegt hinter uns und vor uns das wolkenlose Reich des allgemeinen Glücks und Wohlergehens. Erst später und schrittweise begann man uns klarzumachen, dass wir auf dem westlichen Fest des Lebens überflüssig sind, dass die Philippiken in Richtung „sowjetischer Imperialismus“ weniger die UdSSR als vielmehr das ewige Russland im Blick hatten, dass der Westen auch nach dem Zerfall der Sowjetunion immer noch keinen starken und einflussreichen russischen Staat sehen will. Und auf den Abzug der WGT vom Hoheitsgebiet Deutschlands vor Ablauf der vereinbarten Frist folgten nicht Worte, sondern Taten – die Osterweiterung der NATO, der NATO-Krieg auf dem Balkan, die Erklärung von Teilen der GUS zu „nationalen Interessensphären“ der USA usw. Bei alledem hielt sich Deutschland scheinbar abseits: Wir wären ja bereit, euch entgegenzukommen, so erklärten uns die deutschen Offiziellen, aber unsere Mitgliedschaft in der NATO, in der Europäischen Union, erlegt uns Verpflichtungen auf, denen wir uns nicht entziehen können – also sprecht euch mit denen ab! Es ist schwer zu sagen, was in solchen Ausreden überwog – die Heuchelei oder der offene Hohn. Das Gewicht Deutschlands in der NATO oder der EU ist hinlänglich bekannt, und Entscheidungen sind dort nicht gegen ein deutsches Votum möglich. Erst nach dem Beginn des Kriegs der USA im Irak, der selbst Westeuropa anschaulich die Spesen einer Friedensordnung, in der die Handlungen Washingtons von niemandem kontrolliert werden, vor Augen führte, begann sich die Situation in dem bekannten Maß zu ändern.

¹² *Jurij A. Poljakov*, *Sočinenija v trech tomach*. Bd. 3, Moskva 1997, S. 422.